



Abschlussarbeiten am Institut für Europäische Studien (AIES-online)

Nr. 19

Das Konzept der Europäisierung am Beispiel der Republik Moldau

Eine Untersuchung politischer Entscheidungsmuster unter
Berücksichtigung der (Veto-)Rolle Russlands

von

Susanne Brunnbauer

April 2016



Susanne Brunnbauer ist Absolventin des Studienganges Europa-Studien mit sozialwissenschaftlicher Ausrichtung. Der hier vorliegende Text stellt die überarbeitete Fassung ihrer Bachelorarbeit dar, die an der Professur Kultur- und Länderstudien Ostmitteleuropas erarbeitet und von Prof. Dr. Stefan Garsztecki und Marcus Hornung M.E.S. betreut wurde.

Impressum

Herausgeber: Institut für Europäische Studien

Anschrift: TU Chemnitz, Institut für Europäische Studien, Thüringer Weg 9, 09126 Chemnitz

Erscheinungsort: Chemnitz

Abkürzungsverzeichnis

AA	Assoziierungsabkommen
AEI	Allianz für die Europäische Integration
BIP	Bruttoinlandsprodukt
DCFTA	Vertieftes und umfassendes Freihandelsabkommen (Deep and Comprehensive Free Trade Area)
EG	Europäische Gemeinschaft
ENP	Europäische Nachbarschaftspolitik
ENPI	Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument
ESRM	Europäische Strategie der Republik Moldau
EU	Europäische Union
EUBAM	European Union Border Assistance Mission to Moldova and Ukraine
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EURASEC	Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft (Eurasian Economic Community)
EWR	Einheitlicher Wirtschaftsraum
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Commonwealth for Independent States)
HDI	Human Development Index
IOM	International Organization for Migration
MEDA	Finanzielle und technische Begleitmaßnahmen in der Partnerschaft Europa-Mittelmeer
NATO	Organisation des Nordatlantikvertrages (North Atlantic Treaty Organization)
NUS	Neue Unabhängige Staaten
ÖP	Östliche Partnerschaft
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PCRM	Kommunistische Partei der Republik Moldau
PKA	Partnerschafts- und Kooperationsabkommen
PMR	Transnistrische Moldauische Republik (Pridnestrovian Moldavian Republic)
TACIS	Technische Hilfe für die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Technical Aid to the Commonwealth of Independent States)
USA	United States of America

Gliederung

1. Die Republik Moldau: Ein Land in Europa – ein europäischer Staat?	4
1.1 Fragestellungen und Fallauswahl	5
1.2 Beziehungsdreieck: Europäische Union – Republik Moldau – Russland.....	7
1.2.1 Republik Moldau: Das ärmste Land Europas.....	7
1.2.2 Russische Realpolitik und asymmetrische Abhängigkeiten	9
1.2.3 Normatives Interesse der EU an der Stabilisierung ihrer Nachbarschaft	13
1.2.4 <i>Frozen Conflict</i> um Transnistrien: Abbild konkurrierender Interessen.....	16
2. Theoretischer Rahmen: Konzept und Mechanismen der Europäisierung	16
2.1 Systematische Verankerung des Forschungsfeldes	16
2.2 Kernannahmen und Differenzierung.....	18
2.2.1 Externes Anreizsystem	18
2.2.2 Sozialisierung und <i>Lesson-drawing</i>	20
2.2.3 Differenzierung: Nachbarschaftseuropäisierung	21
2.3 Relevanz für Forschungsanliegen	23
3. Methodik und konzeptionelles Vorgehen	24
4. Europäisierung im Rahmen politischer Interdependenzen zwischen der EU und der Republik Moldau in Anbetracht der Rolle Russlands	27
4.1 Transformationsprozesse der 1990er Jahre.....	27
4.2 Vom Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zur Europäischen Nachbarschaftspolitik (1998-2003).....	33
4.2.1 Wechselhafte politische Rhetorik in Chişinău	33
4.2.2 Aufkeimendes Kooperationsinteresse zwischen der EU und Moldau	36
4.2.3 Schwäche des östlichen Vektors	42
4.2.4 Schleichende Europäisierung mit ausgeglichener Kosten-Nutzen-Kalkulation	46
4.3 Von der Europäischen Nachbarschaftspolitik zur Östlichen Partnerschaft (2004-2008).....	50
4.3.1 ENP als Zwischenschritt zur Integration für die Republik Moldau.....	50
4.3.2 Interne Erweiterungsmüdigkeit und externer Reformdrang der Union	56
4.3.3 Russland – <i>a more difficult partner</i>	61
4.3.4 Fortschreitende Europäisierung unter verschiedenen Vorzeichen	64
4.4 Von der Östlichen Partnerschaft zum Assoziierungsabkommen (2009-2014)	70
4.4.1 Republik Moldau zwischen politischem Stillstand, innerer Zerrissenheit und historischem Fortschritt	70
4.4.2 Mehr für mehr – Differenzierte Anreizpolitik der Union	75
4.4.3 Verhärtete Aversionen zwischen Chişinău und Moskau.....	79
4.4.4 Assoziierung als vorläufige Endstation der Europäisierung	82
5. Kritische Schlussbetrachtung	85

Literatur- und Dokumentenverzeichnis

1. Die Republik Moldau: Ein Land in Europa – ein europäischer Staat?

„Das nächste Pulverfass in Europa“¹, „Letzte Oase für Sowjetnostalgiker“², „Selbstbedienungsladen für Oligarchen“³ oder „Armenhaus Europas“⁴ – so prangen die betrüblichen Überschriften einschlägiger Zeitungen über den ohnehin spärlichen Publikationen zur Lage in der Republik Moldau, ein für viele Europäer anonymes Land in Europa.⁵ Seien es die geographische Distanz, kulturelle Unterschiede oder sprachliche Barrieren, die Republik ist bis heute nur verschwommen auf unsere Bildschirme gerückt. Dabei birgt das Land im Grenzraum zwischen dem europäischen Westen und post-sowjetischen Osten neben kultureller Vielfalt sowohl sicherheits- und geopolitische Brisanz als auch strategische Relevanz. Die EU scheint dies nach langem Zögern erkannt zu haben und zeigt wachsendes Interesse an einer stabilen und friedlichen östlichen Nachbarschaft. Dieser Gedanke ist jedoch nicht weiter neu: Robert Schuman, französischer Staatsmann, forderte zusammen mit Jean Monnet – beides „Gründerväter“ des europäischen Einigungsprozesses – bereits 1963: „Wir müssen das geeinte Europa nicht nur im Interesse der freien Völker errichten, sondern auch, um die Völker Osteuropas in diese Gemeinschaft aufnehmen zu können, wenn sie von der Unterdrückung, unter der sie leiden, befreit sind, und um ihren Beitritt und unsere moralische Unterstützung nachsuchen werden.“⁶ Natürlich entsprang dieses Zitat einem anderen Kontext, nämlich vor dem Hintergrund der Ost-West-Konfrontationen während des Kalten Krieges. Doch ist seine Essenz heute dennoch zeitgemäß? Seit Schuman ist freilich einiges geschehen: Die gegenwärtig selbstbewusst auftretenden und unabhängigen osteuropäischen Staaten zeigen unterschiedliche Ambitionen hinsichtlich eines Nachsuchens um Beitritt zur und moralischer Fürsorge durch die Europäische Union (EU); die Union als Integrationsmodell ist für sie in unterschiedlicher Weise attraktiv. Grundsätzlich stellt Art. 49 EUV in Abs. 1 fest: „Jeder Europäische Staat, der die in Artikel 2 genannten Werte achtet und sich für ihre Förderung einsetzt, kann

¹ Calugareanu/Schwartz (2015).

² Klußmann (2009).

³ Kellermann (2015).

⁴ Schneider-Deters/Schulze/Timmermann (2008), S. 46.

⁵ So zitiert Markus J. W. Broich den Erweiterungskommissar Günther Verheugen in seiner Dissertation: „Kaum jemand weiß in Westeuropa, wo das Land überhaupt liegt, und von seiner Hauptstadt Chişinău hat kaum einer je etwas gehört.“ Broich (2008), S. 284.

⁶ Robert Schumann (1963) zitiert in: Koopmann/Lequesne (2006), S. 11.

beantragen, Mitglied der Union zu werden.“⁷ Die Republik Moldau gehört zusammen mit der Ukraine dabei zu den Staaten, die als unzweifelhaft „europäisch“ betrachtet werden, denen ein Beitritt zur EU dennoch bisher nicht offen steht.⁸

Doch ohne klare Zusage können freilich Enttäuschung und Resignation über das Abstempeln als ein beliebiges Land in Europa erwachsen und ein politisches „Limbo“-tanzen⁹ begünstigen.¹⁰ Während die Ukraine für wissenschaftliche Analysen den Status eines beliebten Fallbeispiels der Schaukelpolitik zwischen Ost und West – insbesondere zwischen der EU und Russland – genießt, bleiben Untersuchungen zur politischen Entwicklungs- und Integrationsdynamik der Republik Moldau begrenzt. Obgleich sich die beiden Länder mit Blick auf ihre geographische Lage, ihre historische Entwicklung und angesichts ihrer wirtschaftlichen, politischen und sozialen Verbindungen sowohl zur EU als auch zu Russland deutlich ähneln, haben innerstaatliche Prozesse eine Europäisierung¹¹ in unterschiedlicher Weise gehemmt und vorangetrieben. Umso interessanter erweist sich das noch unvertraute Moldau als Beispiel für diese Arbeit.

1.1 Fragestellungen und Fallauswahl

Im Sinne des Ausspruchs ihres Wegbereiters Robert Schuman tut die EU heute ihr Übriges: Sie tritt in vielerlei Hinsicht und in zunehmendem Maße als globaler und insbesondere als weltpolitischer Akteur auf.¹² Die Union wirkt damit mittel- und unmittelbar auf ihre Mitglieds- wie Nachbarstaaten. Doch wie äußert sich dies mit Blick auf das politische Entscheidungsmuster der Zielstaaten? Das theoretische Konzept der Europäisierung nach dem Verständnis von Frank Schimmelfennig und Ulrich Sedelmeier kann dazu dienen, die Wirkung der EU sowohl unionsintern als auch auf ihr externes Umfeld zu systematisieren und zu charakterisieren.¹³ Dieses Konzept soll Grundlage der vorliegenden Arbeit sein. Die Kernannahmen der Theorie werden dabei am Beispiel der Republik Moldau überprüft und

⁷ Art. 49, Abs. 1 EUV; Die erwähnten Werte aus Art. 2 EUV umfassen die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte. Vgl. dazu: Art. 2 EUV.

⁸ Dabei impliziert der Begriff „europäisch“ die Zuwendung zum Werte- und Normensystem der EU sowie die historische und geographische Verwurzelung der Staaten mit dem europäischen Kontinent. Die Republik Moldau wird dahingehend als europäisch betrachtet; vgl. Phinnemore (2006), S. 2, 22. Gabanyi beschreibt die Republik als „Staat mit europäischer Tradition“; Gabanyi (2004), S. 12.

⁹ Sieg/Kulminski (2014), S. 4.

¹⁰ Vgl. ebenda, S. 3f.

¹¹ Europäisierung wird in dieser Arbeit nach dem theoretischen Konzept von Schimmelfennig und Sedelmeier verstanden. Für eine gründliche Darstellung vgl. Kapitel 2 dieser Arbeit.

¹² Vgl. dazu ausführlich Mayer (2004).

¹³ Vgl. Schimmelfennig/Sedelmeier (2005).

auf ihre Anwendbarkeit hin untersucht. Greifen sie bei der Entwicklung des Landes seit dessen ersten vertraglichen Beziehungen zur Union?¹⁴ Wie gestaltete sich der politische Kurs der Republik, der dazu führte, dass sie zum Vorreiter in der östlichen Nachbarschaftspolitik der EU wurde und heute als Erfolgsmodell gehandelt wird?¹⁵ Welche Anreize bietet die Union, um das Land in seinem Streben nach Europa zu unterstützen?¹⁶ Welche Rolle spielt der externe Akteur Russland, der mit alternativen Integrationsmodellen wie der Zollunion aufwartet?¹⁷ Konnte die Republik Moldau trotz konkurrierender geopolitischer Integrationsbemühungen seitens der EU und der Russischen Föderation seinen europäischen Kurs im Sinne der theoretischen Annahmen der Europäisierung nachhaltig verfolgen?¹⁸

Die Wahl der Republik Moldau als Fallbeispiel hat geographische, historische, strukturelle, gesellschaftspolitische als auch geopolitische Gründe. Sie bietet in vielerlei Hinsicht ein großes Potential zur Erforschung des Einflusses der EU und der Rolle Russlands auf den politischen Kurs des Landes. Die geographische Lage als „small land-locked country“¹⁹ in unmittelbarer Nachbarschaft zu den beiden globalen Mächten, der bis heute ungelöste und sicherheitspolitisch sensible Konflikt um das abtrünnige Gebiet Transnistrien, in dessen Lösungsverhandlungen die Union wie die Russische Föderation maßgeblich eingebunden sind, die starke wirtschaftliche Abhängigkeit und konkurrierende Integrationsperspektiven prägen das politische, wirtschaftliche sowie gesellschaftliche Leben der jungen Republik. Nach Winfried Schneider-Deters et al. sucht das Land in ähnlicher Weise wie auch die Ukraine und Belarus seit seiner Unabhängigkeit nach Festigung und Definition „ihrer unsicheren Positionierung im fragilen Beziehungsdreieck EU-Russland-Zwischeneuropa“²⁰ – ein volatiler multivektoraler Wettbewerb um die Aufmerksamkeit der Union und um den Erhalt des Bündnispartners im Osten.²¹

Seit den ersten Zügen ihrer Souveränität ist die Europäische Integration²² andererseits fortwährendes Paradigma im politischen wie auch gesellschaftlichen Diskurs der Republik.

¹⁴ Vgl. dazu Kapitel 4.2.4; 4.3.4; 4.4.4.

¹⁵ Gabanyi (2004), S. 20; Irmer/Wolf (2014), S. 1; Korosteleva (2010), S. 1281 und Schwengsbier/Chiochina (2014) betiteln die Republik Moldau als „Vorreiter“ innerhalb der europäischen Nachbarschaftspolitik während Rinnert (2013) die Rolle des Landes als „Musterschüler“ diskutiert: Rinnert (2013), S. 1. Zur umfassenden Untersuchung dieser Fragestellung vgl. Kapitel 4.2.1; 4.3.1; 4.4.1.

¹⁶ Vgl. dazu Kapitel 4.2.2; 4.3.2; 4.4.2.

¹⁷ Vgl. dazu Kapitel 4.2.3; 4.3.3; 4.4.3.

¹⁸ Vgl. dazu Kapitel 5.

¹⁹ Korosteleva (2010), S. 1267.

²⁰ Schneider-Deters/Schulze/Timmermann (2008), S. 16.

²¹ Vgl. Korosteleva (2012), S.106 und Vitu, Liliana (2004), S. 49.

²² „Europäische Integration“ wird in der Folge als feststehender Begriff verwendet und dann großgeschrieben,

Das wachsende Interesse der Union an mehr Engagement in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) sowie der Beitritt Rumäniens im Jahr 2007 ließen Moldau nicht nur näher an das europäische Werte- und Normensystem heranrücken und veränderten die geopolitische Konstellation in „Zwischeneuropa“²³ entscheidend; sie forderten andererseits auch eine Neubewertung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und zivilgesellschaftlichen Verbindungen des Staates zu seinem direkten Umfeld – letztlich mit durchschlagendem Erfolg?

1.2 Beziehungsdreieck: Europäische Union – Republik Moldau – Russland

„If Belarus is Europe’s ‚black sheep‘, Moldova’s concern is that it could remain its ‚black hole‘, lying as it does in a dead angle of vision between the Balkans, Central Europe and the former Soviet space.“²⁴

Catherine Guicherds’ Aussicht für die Zukunft der jungen Republik Moldau versprüht alles andere als Optimismus. Umso bedeutsamer erscheint es, diesen Sorgen auf den Grund zu gehen: Was verbirgt sich hinter den Befürchtungen zum schwarzen Loch Europas zu werden? Was ist aus den anfänglich so euphorischen Ambitionen der Republik geworden, die sich erst Anfang der 1990er Jahre gründete? Welche Rollen nehmen die EU und Russland in diesem Beziehungsgefüge ein? Diese Diskussionspunkte betreffen speziell die gegenwärtigen Verhältnisse der betrachteten Akteure. Um eine entwicklungsorientierte Analyse der o. s. Forschungsfragen dieser Arbeit vornehmen zu können, sollen zunächst aktuelle, grundlegende Eigenschaften der Handelnden, ihre Interdependenzen und ihr außenpolitisches Grundverständnis umrissen werden.

1.2.1 Republik Moldau: Das ärmste Land Europas

Mit einem durchschnittlichen Mindestlohn von 87 Euro im Monat²⁵, der in einigen Branchen sogar noch weit niedriger ausfällt, und dem schlechtesten Ranking im Vergleich zu allen EU-

wenn der Terminus im Kontext des bestimmten außenpolitischen Ziels der Republik Moldau gebraucht wird.

²³ Tchakarova definiert den Begriff „Zwischeneuropa“ als geographischer Raum zwischen Russland und der EU. Dieses Verständnis wird in der vorliegenden Arbeit aufgegriffen und für die spätere Verwendung des Begriffs vorausgesetzt; vgl. Tchakarova (2010), S. 1.

²⁴ Guicherd (2002), S. 32.

²⁵ Der per Gesetz 2010 vereinbarte Mindestlohn von 66,55 Euro wurde 2013 erhöht auf 87 Euro; vgl. Stemmer, (2011), S. 46. Nach aktuellem Wechselkurs entspricht dies 1858 Leu in Landeswährung; vgl. Bundesverband deutscher Banken (2015). Die letzte Gesetzesänderung trat am 01.05.2015 in Kraft; für die russische Fassung vgl. Government of Moldova (2015b).

Mitgliedsstaaten im *Human Development Index* (HDI) mit Platz 107 von 177²⁶ kann die Republik Moldau nur noch von den Zeiten als „Garten“²⁷, „Obst-, Gemüse- und Weinlieferant“²⁸ der Sowjetunion träumen. Sie gilt heute mit einer der niedrigsten durchschnittlichen Lebenserwartung von 69 Jahren²⁹ in Europa als dessen „Armenhaus“³⁰ und „Altenheim“^{31, 32}. Die Wirtschaft hat sich bis heute nicht vom Kollaps des Sowjetsystems erholt; das Land vermochte es nicht, sich während des zurückliegenden Vierteljahrhunderts aus seiner agrarischen prioritär subsistenzwirtschaftlichen Prägung zu befreien, die sich während der 45 Jahre-währenden sowjetischen Planwirtschaft etablierte und alle Chancen auf Modernisierung verwehrte. Die starke klimatische Abhängigkeit der Agrarwirtschaft und die allgemeine schwerwiegende Rohstoffarmut des Landes verschlimmern die Lage drastisch:³³ Ca. 40% der Bevölkerung lebte zum Zeitpunkt der Jahrtausendwende noch unterhalb der Armutsgrenze mit einem Pro-Kopf Einkommen von weniger als 2,15 US-Dollar pro Tag, ein Fünftel der Kinder in extremer Armut.³⁴

Heute liegt der Armutsanteil bei weit geringeren 12% – eine Entwicklung, die sich jedoch erst ab 2009 sichtbar vollzog.³⁵ Hinzu kommen starke regionale Disparitäten und ein besorgniserregendes Migrationsproblem: Mit knapp einer Million im Ausland lebender und arbeitender Moldauer, gehört die Republik zu den weltweit am stärksten von Migration betroffenen Staaten, wenngleich die Dunkelziffer weitaus höher sein dürfte.³⁶ Auch hier ist das Land gespalten: Neben den Ländern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) (wovon ca. 60% allein Russland betreffen), ist die EU – allen voran mit Italien – beliebtes Ziel der Migranten. Sie verlassen das Land primär, um im Ausland zu arbeiten und den übrigen Teil der Familie in ihrer Heimat zu ernähren.³⁷ Ihre Rücküberweisungen mit einem Anteil von

²⁶ Vgl. United Nation Development Programme (2015).

²⁷ Bochmann et al. (2012), S. 162.

²⁸ Gabanyi (2004), S. 9.

²⁹ Nach den aktuellsten Zahlen der World Bank aus dem Jahr 2013; vgl. World Bank (2015a).

³⁰ Schneider-Deters/Schulze/Timmermann (2008), S. 46.

³¹ Grund/Sieg (2008), S. 405.

³² Ausführlicher berichtet Gabanyi über die Armutproblematik in der Republik Moldau; vgl. Gabanyi (2004), S. 10f.

³³ Vgl. Broich (2008), S. 54.

³⁴ Vgl. Bochmann et al. (2012), S. 168 und Korosteleva (2012), S. 1268.

³⁵ Vgl. World Bank (2015b).

³⁶ Vgl. dazu umfassend: Bochmann et al. (2012), S. 163, 165 und Stemmer (2011); mit besonderem Blick auf den Zeitraum 2007-2012 vgl. International Organization for Migration (IOM) (2012).

³⁷ Die ortsansässige Mission der IOM führte in Kooperation mit der *European Commission Food Security Programme* und dem *International Monetary Fund* 2004 eine großangelegte Studie über die Migrationsdaten der Republik durch. Für den umfassenden Bericht vgl. IOM (2012).

ca. 35% am BIP sind dabei zentral für die Überlebensfähigkeit des Staates; auch wenn durch die Rimessen, die vielmehr dem informellen Sektor zugutekommen, der Fachkräftemangel und langfristig prognostizierte Einbrüche im produktiven Sektor nicht behoben werden können. Der damit verbundene erhebliche *Brain Drain* beschränkt die Entwicklungsmöglichkeiten der Republik.³⁸ Ein hohes Demokratie- und Rechtsstaatlichkeitsdefizit sowie eine korrupte Führungselite in Chişinău dienen den Migranten nicht als Anreiz zurück in ihre Heimat zu kehren.³⁹ Aktuell wird das Land kommissarisch angeführt von der pro-europäischen Regierung unter Premier Gheorghe Brega,⁴⁰ dem bereits vierten Regierungschef innerhalb eines Jahres. Nach einem Milliardenkandal im zurückliegenden Jahr, kam es vielerorts zu großen Protestbewegungen und sozialen Unruhe. Als im Herbst 2015 der Regierung das Vertrauen entzogen wurde, weigerte sich der derzeit amtierende Präsident Nicolae Timofti sein Amt zu räumen. In der Gesamtschau zeigt sich gegenwärtig eine prekäre Lage der Nation, sowohl wirtschaftlich, politisch als auch gesellschaftlich. Darüber hinaus sprechen Klaus Bochmann et al. auch von einem unterschweligen Identitätsproblem, indem sie der Republik einen inhomogenen Status als „Raum, in dessen Natur und Kultur sich Einflüsse von außen mit eigenständigen Gegebenheiten und Entwicklungen mischen“⁴¹ attestieren. Zu diesen Einflüssen gehören vorrangig die Russische Föderation im Osten sowie die EU⁴² im Westen, die jeweils mit konkurrierenden Integrationsmodellen werben und ihre Nachbarn dadurch zu Blicken in beide Richtungen zwingen; ein Zwiespalt, der einer zweigleisigen auswärtigen Politik dieser Staaten nur zuträglich ist.⁴³

1.2.2 Russische Realpolitik und asymmetrische Abhängigkeiten

Die russische Außenpolitik vollzog am Vorabend der Jahrtausendwende eine Kehrtwende gegenüber ihrem unmittelbaren Umfeld im Westen: Während der Zeit des Ost-Westkonflikts

³⁸ Vgl. Bochmann et al. (2012), S. 163; zur *Brain-Drain*-Problematik vgl. Grund/Sieg (2008), S. 407.

³⁹ 2014 belegte die Republik Moldau Platz 103 von insgesamt 175 erfassten Staaten des Korruptionsindex von Transparency International. Das Land liegt im Vergleich zu den anderen Ländern der Östlichen Partnerschaft im Mittelfeld, fällt aber deutlich hinter den europäischen Nachbarstaaten zurück; vgl. dazu: Transparency International (2015). Speziell zum Demokratie- und Rechtsstaatlichkeitsdefizit vgl. Schneider-Deters/Schulze/Timmermann (2008), S. 46.

⁴⁰ Vgl. Government of Moldova (2015a).

⁴¹ Bochmann et al. (2012), S. 159.

⁴² In dieser Arbeit werden die Betitelungen EU, Union und europäische Gemeinschaft synonym verwendet. Als ihr Vorläufer wird die Europäische Gemeinschaft (EG) jedoch gesondert benannt, um Verwirrung zu vermeiden.

⁴³ Vgl. Schneider-Deters/Schulze/Timmermann (2008), S. 42f., 47.

wurde die damalige Europäische Gemeinschaft (EG) in Moskau singulär als Handels- und Wirtschaftsraum ohne außen- und sicherheitspolitisches Gewicht wahrgenommen. 1999 kam es jedoch zum Umdenken: Die „Mittelfristige Strategie für die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Russischen Föderation und der Europäischen Union im Zeitraum von 2000-2010“⁴⁴ erkannte die Union als global selbstständig handelnden Akteur an und ordnete Russland selbst die Stelle einer Weltmacht als „Pol des Alten Kontinents“⁴⁵ zu.⁴⁶ Das Strategiepapier war Symbol für die neue außenpolitische Fokussierung Russlands auf Europa bzw. die EU als Partner und Konkurrenten.⁴⁷

Heute wird die russische Außenpolitik sowohl in der Theorie als auch in der Praxis von der Maxime der Realpolitik dominiert; diesem realistischen Verständnis der internationalen Beziehungen folgend, das vom Nullsummenspiel⁴⁸ sich gegenseitig kontrollierender oder Krieg führender autarker Machtpole beherrscht wird, verbietet sich Russland jegliche Einmischung im GUS-Raum – seinem selbstproklamierten „nahen Ausland“⁴⁹. Russland sieht seine mittel- und unmittelbare Nachbarschaft als „most natural terrain“⁵⁰ russischer Integrationspolitik an; historische Verbundenheit, geographische Lage, sicherheitspolitische und strategische Bedeutung, wirtschaftliche Abhängigkeit und ethnische Korrelationen bzw. die ureigene Verantwortung gegenüber der russischen Minderheit sind in diesem Raum die Rechtfertigungsgrundlage jedweder Einmischung von russischer Seite und klar abgrenzendes Moment gegenüber dem Westen.⁵¹ Russland selbst sieht sich als Garant von Sicherheit und Stabilität im ehemaligen Sowjetraum, einer Sphäre, die es zur Priorität seiner Interessen erklärt hat.⁵² Integrationsvorhaben wie die Östliche Partnerschaft (ÖP) der EU kritisierte die russische Führung deshalb klar als konkurrierend und nicht vereinbar mit russischen politischen und wirtschaftlichen Projekten in diesem Raum:⁵³ Dazu gehören die Eurasische

⁴⁴ Tchakarova (2010), S. 2.

⁴⁵ De Tinguy (2006), S. 86.

⁴⁶ Die neue Strategie zwischen Russland und der EU wird umfassender von Drofa (2013) und Fröhlich/von Bredow (2008) behandelt – insbesondere in Bezug auf die Anerkennung der Rolle der Union; vgl. De Tinguy (2006), S. 86; Drofa (2013), S. 41f. sowie Fröhlich/von Bredow (2008), S. 201f.

⁴⁷ Vgl. De Tinguy (2006), S. 86 und Schneider-Deters/Schulze/Timmermann (2008), S. 141ff.

⁴⁸ Der Begriff des Nullsummenspiels entspringt der realistischen Denkschule. Demnach kann es weder ein Machtvakuum in den internationalen Beziehungen geben noch „win-win-Spiele“ bei denen alle Akteure Gewinne aus einer Zusammenarbeit ziehen; vgl. dazu: Adomeit (2013), S. 124.

⁴⁹ Adomeit (2013), S. 129; Makarychev (2011), S. 109f. sowie Schneider-Deters/Schulze/Timmermann (2008), S. 33, 161: „[N]ahes Ausland“ wird in der Folge stets im Kontext der russischen Sichtweise auf die unmittelbare und mittelbare Peripherie des Landes verstanden und als feststehender Begriff verwendet.

⁵⁰ Makarychev (2011), S. 110.

⁵¹ Vgl. Adomeit (2013), S. 122f.; Freire (2012), S. 13f. sowie Makarychev (2011), S. 110.

⁵² Vgl. Freire (2012), S. 21.

⁵³ Adomeit (2013), S. 125, 132.

Wirtschaftsgemeinschaft (EURASEC)⁵⁴ sowie die Zollunion zwischen Russland, Belarus und Kasachstan,⁵⁵ die ab 2015 in den Einheitlichen Wirtschaftsraum (EWR) übergang und von da an schrittweise dem Fernziel einer Eurasischen Union näher kommen soll.⁵⁶ Diese von Russland initiierten eigenständigen Integrationsvorhaben, sollen jedoch nach eigenen Angaben kein Konkurrenzmodell zur EU darstellen; sie dienen nach russischem Verständnis vielmehr als „effektives Bindeglied“⁵⁷ zwischen Europa und Asien.⁵⁸

Fernab der genannten Kooperationsmodelle hingegen verfolgt Russland – ohne jegliches klare Instrumentarium zur Ausgestaltung der Beziehungen mit ihrer Nachbarschaft – alles andere als eine geradlinige und schlüssige Außenpolitik. Ganz im Gegenteil sorgt die Föderation durch ihr rivalisierendes und konkurrierendes Verhalten gegenüber der EU für Irritationen unter den ehemaligen Sowjetstaaten.⁵⁹ Mit dem Einsatz von *Hard Power*⁶⁰ zur Durchsetzung seiner Interessen,⁶¹ verkörpert die auswärtige Politik der Russischen Föderation zu weiten Teilen das Gegenstück zum *Soft Power* Ansatz der Union⁶² mit dem konkreten Werkzeugkasten der Europäischen Nachbarschaftspolitik.⁶³ Das Potential Russlands auch als *Soft Power* aufzutreten, ist unter Wissenschaftlern jedoch umstritten: So verweist Jaroslaw Cwiek-Karpowicz auf die Attraktivität des russischen Arbeitsmarktes aus geographischen und kulturellen Gründen, der sprachlichen Nähe vieler Staaten der ÖP sowie

⁵⁴ EURASEC fungiert als multilaterale Organisation mit wirtschaftspolitischem Schwerpunkt, die im Oktober 2000 gegründet wurde. Ziel ist die Errichtung einer Zollunion und eines einheitlichen Wirtschaftsraumes unter ihren Mitgliedsstaaten. Zu den gegenwärtigen Teilnehmern gehören neben Russland, Belarus, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan auch die seit 2002 aufgenommenen Beobachter Republik Moldau, Ukraine und Armenien; vgl. dazu: Eurasian Economic Community (EURASEC) (2015).

⁵⁵ Die Zollunion wurde 2010 gegründet; vgl. Cooper (2013), S. 2.

⁵⁶ Vgl. Adomeit (2013), S. 136f. und Polownikow (2012), S. 2. Polownikow (2012) bietet außerdem ein umfassendes Bild zu Entwicklung, Charakteristik und Zukunftsperspektiven der Zollunion.

⁵⁷ Adomeit (2013), S. 138.

⁵⁸ Vgl. Adomeit (2013), S. 138.

⁵⁹ Vgl. Adomeit (2013), S. 122 und Makarychev (2011), S. 110f.

⁶⁰ Englische Fachtermini wie *Hard- bzw. Soft Power, Frozen Conflict, Benchmarks* usw. werden in dieser Arbeit eingangs definiert und in der Folge stets als feststehende Ausdrücke verstanden und großgeschrieben.

⁶¹ Russische *Hard Power* äußert sich in erster Linie in der Anwendung von Gewalt (Georgien), wirtschaftlichen Sanktionen (Gas- und Weinkriege insbesondere mit der Republik Moldau), diplomatischen Aktivitäten, Propaganda sowie als „humanitär“ deklariertes Schutz der russischen Minderheit; vgl. dazu auch Korosteleva (2010), S. 1279. Adomeit beschreibt dies am Beispiel der russischen Außenwirtschaftspolitik gegenüber Belarus, die primär als Druckmittel eingesetzt wird, um eigene Vorstellungen durchzusetzen; vgl. Adomeit (2013), S. 139.

⁶² Nye definiert *Soft Power* als: „[G]etting others to want the outcomes what you want [through] the ability to shape [their] preferences“ bzw. als „an attraction to shared values and the justness and duty of contributing to the achievement of those values“; Nye (2004), S. 5, 7. *Hard Power* hingegen beschreibt er unter „military and economic might [...] inducements [...] or threats“; Nye (2004), S. 5.

Soft Power baut auf wirtschaftliche Unterstützung, kulturellen Austausch und politische Beziehungen auf, ist Partnerschaft mit wechselseitigem Nutzen und ist das Instrument der Zivilmacht, nicht der militärischen Macht; vgl. dazu ausführlich: Cwiek-Karpowicz (2012) und Fröhlich/von Bredow (2008), S. 135.

⁶³ Vgl. Makarychev (2011), S. 111 und Octavian (2014), S. 2.

gemeinsamer kultureller, religiöser und historischer Verbindungen,⁶⁴ während Andrey Makarychev sogar so weit geht, die russische auswärtige Politik als „Nachbarschafts-nicht-politik“⁶⁵ zu bezeichnen. Maria R. Freire spricht von einem „complex mosaic of relations“⁶⁶ und skizziert eine Mehrvektorenpolitik Russlands, während Richard Sakwa das Phänomen wie folgt beschreibt: „[W]hat Russia really wanted [foreign policy A; Anm. Original], and what it was forced to do [foreign policy B; Anm. Original].“⁶⁷ Streng nach den o. s. Kriterien Joseph Nyes' betrachtet, verfolgt Russland in seiner Handlungslogik jedoch mehr *Hard Power* als *Soft Power* – dies ist auch das grundlegende Verständnis dieser Arbeit.

Die Republik Moldau zeigt sich in vielerlei Hinsicht abhängig von Russland. Die Energiedependenz im Besonderen hat zur Anhäufung eines enormen Schuldenbergs und einer Deckung des Energiebedarfs von 98% durch Öl und Gas aus Russland geführt.⁶⁸ Russland seinerseits griff in der Vergangenheit immer wieder nach „Filetstücke[n]“⁶⁹ der moldauischen Wirtschaft und vergrößerte auf diese Weise seinen direkten Einfluss. Das abtrünnige Gebiet Transnistrien, das sich als einziger heute noch existenter Nachkömmling der Sowjetunion versteht, liegt sowohl wirtschaftlich als auch sicherheitspolitisch in russischer Hand. Gleichwohl stuft die Föderation die Handlungsfähigkeit und Selbstständigkeit der Titularnation – der Republik Moldau – im Besonderen als begrenzt und ihren Zustand als souveräner Staat als schwach und politisch unzuverlässig ein.⁷⁰

Russen bilden im moldauischen Staat die älteste und größte ethnische Minderheit.⁷¹ Vereint werden hierbei zwei Aspekte: Zum einen die ethnischen Russen, die nach der Volkszählung (ohne Transnistrien) 2004 5% der Gesamtbevölkerung Moldaus ausmachen und zum anderen der russisch-sprachige Bevölkerungsteil von 25-35%. Die russische Bevölkerung hatte sich während der Sowjetzeit als soziokulturelle Gruppierung in der Republik Moldau etabliert, die auch nach der Unabhängigkeit des Landes weiterhin die soziale, kulturelle als

⁶⁴ Cwiek-Karpowicz (2012), S. 5ff.

⁶⁵ Makarychev (2011), S. 111.

⁶⁶ Freire (2013), S. 13.

⁶⁷ Sakwa (2008), S. 242.

⁶⁸ Vgl. Broich (2008), S. 55.

⁶⁹ Adomeit (2013), S. 141 beschreibt am Beispiel Belarus die russische Übernahme von Unternehmen aus Öl- und Gasindustrie, Infrastrukturbetrieben und strategischen bzw. versorgungsrelevanten Großkonzernen. Russland nutzt gezielt die Einflussnahme auf besonders wichtige und sensible Bereiche der Ökonomie, um sich politische Mitsprache zu sichern.

⁷⁰ Vgl. Makarychev (2011), S. 111.

⁷¹ Vgl. Bochmann et al. (2012), S. 184.

auch wirtschaftliche Entwicklung beeinflusste, auch wenn die Zahl der ethnischen Russen sich verringerte.⁷²

1.2.3 Normatives Interesse der EU an der Stabilisierung ihrer Nachbarschaft

Der EU erwuchs nach Ende des Kalten Krieges und im Zuge ihrer späteren Ausdehnung Anfang des neuen Jahrhunderts eine stetig größer werdende sicherheitspolitische Rolle.⁷³ Die Chancen für Sicherheit, Stabilität und Wohlstand in einem zunächst rückständigen, gefährlich instabilen und heterogenen nachbarschaftlichen Umfeld zu sorgen, wurde dabei in der normativen Kraft der Union gesehen: Der Einsatz von *Soft Power* sollte dabei zum tragenden Moment werden.⁷⁴ Bereits der Vertrag von Maastricht aus dem Jahr 1993 definiert klar den wertbasierten Anspruch der Union, Frieden, Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte aktiv zu fördern;⁷⁵ ein normatives Paradigma, das auch der Vertrag von Lissabon 2009 aufgreifen und revitalisieren möchte.⁷⁶ Der Vertrag widmet der Nachbarschaftspolitik sogar einen eigenen Artikel und gibt dem Politikfeld eine zusätzlich stärkende Legitimation.⁷⁷ Die Union zeigt in ihrer auswärtigen Politik ein wachsendes Interesse am euroasiatischen Raum bzw. den Staaten jenseits ihrer östlichen Außengrenze, welches vorrangig normativ bestimmt wird.⁷⁸ Sie ist heute nicht nur „globaler Akteur“⁷⁹ und „wirtschaftliche Supermacht“⁸⁰, sondern besitzt über dies auch zivile und normative Macht⁸¹ als „Werteexporteur“⁸² – während die letzte Erscheinungsform klar das tragende Moment der europäischen auswärtigen Politik bildet.⁸³ Dabei strebt die EU auch nach dem Export ihrer liberalen und demokratischen Standards im politischen Akteursumfeld und bietet umfassende Unterstützung im dafür nötigen

⁷² Vgl. ebenda, S. 192.

⁷³ Vgl. Birk (2011), S. 48 und Kozub (2011), S. 25.

⁷⁴ Vgl. Birk (2011), S. 48.

⁷⁵ Vgl. Vertrag über die Europäische Union (1992), Präambel.

⁷⁶ Vgl. Rat der Europäischen Union/Europäische Kommission (2012), Präambel und Art. 2.

⁷⁷ Vgl. Rat der Europäischen Union/Europäische Kommission (2012), Art. 8 sowie Stratenschule/Priesmeyer-Tocz (2013), S. 64.

⁷⁸ Vgl. Grund/Sieg (2008), S. 405.

⁷⁹ Schneider-Deters/Schulze/Timmermann (2008), S. 29, 114; Vgl. ausführlich dazu: Fröhlich/von Bredow (2008).

⁸⁰ Kozub (2011), S. 20f.

⁸¹ Das Verständnis von Macht ist im Kontext dieser Arbeit zweigeteilt: Sie umfasst zum einen die Fähigkeit eines Akteurs, die eigenen Interessen durchzusetzen und seine Ziele zu erreichen (rationalistische Perspektive); Zum anderen ist dies die Fähigkeit eines Akteurs, einen anderen dazu zu motivieren, so zu handeln, wie er dies möchte (sozial-konstruktivistische Sichtweise); vgl. dazu: Paiano (2011), S. 39.

⁸² Vobruba (2007), S. 16ff.;

⁸³ Vgl. Kozub (2011), S. 20f., 30 und Vobruba (2007), S. 7.

Transformationsprozess.⁸⁴

Sie wird als Akteur *sui generis* – „a multiperspectival polity“⁸⁵ – beschrieben und ist in ihrer Funktions- und Handlungsweise dynamisch.⁸⁶ Befürchtungen über den Verlust an Dynamik und Funktionsweise durch ein Überstrapazieren ihrer Absorptionsfähigkeit im Zuge der letzten großen Erweiterungsrunde 2004, haben u. a. zu einem Reset der auswärtigen Beziehungen der EU zu ihren Nachbarn geführt und zur Umformung dieser zur Partnerschaft beigetragen. Fernab einer konkreten Beitrittsperspektive ist die Kooperationsform der Partnerschaft Ausdruck origineller „privilegierter Beziehungen“^{87, 88}. „Die Perspektive, diesem Club [der EU; Anm. SB] anzugehören“⁸⁹ sollte sich als „wirkungsvollste treibende Kraft für Veränderungen in den betreffenden Staaten [den Adressaten der Europäischen Nachbarschaftspolitik; Anm. SB]“⁹⁰ erweisen. Auch die Republik Moldau gehört zu diesen Partnern. Sie verbindet seit 27. Juni 2014 ein Assoziierungsabkommen (AA) mit der Union, welches dem Land die Chance auf die Übernahme von ca. 80% des EU-*acquis communautaire*⁹¹ ermöglicht.⁹²

1.2.4 *Frozen Conflict* um Transnistrien: Abbild konkurrierender Interessen

Nach der Unabhängigkeit der Republik Moldau richteten sich die Augen der internationalen Öffentlichkeit alsbald auf zwei Regionen des Landes, die bei Weitem nicht die Euphorie der Titularnation teilten. Während der Konflikt um die Region Gagausien eine friedliche Lösung fand,⁹³ spaltete sich die Transnistrische Moldauische Republik (PMR)⁹⁴ gewaltsam ab und

⁸⁴ Vgl. Kozub (2011), S. 31f. und Paiano (2011), S. 40.

⁸⁵ Kozub (2011), S. 27.

⁸⁶ Vgl. ebenda.

⁸⁷ Fröhlich/von Bredow (2008), S. 129.

⁸⁸ Vgl. Birk (2011), S. 48.

⁸⁹ Birk (2011), S. 48.

⁹⁰ Ebenda.

⁹¹ Die Übernahme des gemeinsamen Besitzstandes der Union (*acquis communautaire*) im Rahmen des AA ist auf die damit verbundene vertiefte und umfassende Freihandelszone (DCFTA) zurückzuführen, die die Umsetzung eines weitreichenden Regelkatalogs zur Harmonisierung der Gesetzgebung zwischen nationalem und EU-Recht voraussetzt. Vgl. dazu ausführlich: Muravska/Berlin (2014), S. 135-137; Nach Van de Water (2011), S. 2 handelt es sich dabei sogar um 80% der EU-Gesetzgebung. In dieser Arbeit wird die Bezeichnung *acquis communautaire* als feststehender Begriff für den gemeinsamen Besitzstand der Union vorausgesetzt.

⁹² Für das Assoziierungsabkommen vgl. Europäischer Rat (2014).

⁹³ 1994 gründete sich die Territorialautonomie Gagausien; vgl. dazu Büscher (2014), S. 2.

⁹⁴ Die Abkürzung PMR (abgeleitet von der offiziellen englischen Betitelung des *de facto* Staates) sowie Transnistrien und Tiraspol (als Hauptstadt) werden in der vorliegenden Arbeit synonym verwendet. Die Verwendung der englischen Abkürzung ist auf seine Gebräuchlichkeit in der wissenschaftlichen Literatur zurückzuführen, während die deutsche Übersetzung (TMR) in der wissenschaftlichen Literatur nur selten Anwendung findet.

existiert bis heute mit seinen knapp 555.000 Einwohnern⁹⁵ als völkerrechtlich nicht- anerkannter Landstreifen – als *de facto* Staat zwischen der Republik Moldau und der Ukraine.⁹⁶ Eine Lösung des nach wie vor festgefahrenen Konflikts durch Verhandlungen zwischen Tiraspol – der Hauptstadt der PMR – und Chişinău erscheint aus mangelnder Bereitschaft zu Zugeständnissen auf beiden Seiten als unwahrscheinlich.⁹⁷ Die verhärteten Fronten und ein quasi inexisterter diplomatischer Austausch tragen zur Einordnung der Konfrontation als *Frozen Conflict*, einem eingefrorenen Konflikt, bei.⁹⁸ Das Regime in Tiraspol stützt sich gegenwärtig in finanzieller Hinsicht in weiten Teilen auf informelle Geldquellen aus Schmuggel, illegalem Handel – dem Waffenhandel im Besonderen – sowie kostenfreiem Gas und Pensionszahlungen aus den Töpfen der Russischen Föderation.⁹⁹ Die PMR würde heute ohne die finanzielle Rückendeckung, weitreichende Subventionen und politische Unterstützung durch Russland an die Grenze der Überlebensfähigkeit gedrängt; seit seiner Gründung hat das Land im Zuge kontinuierlicher Abwanderungsprozesse außerdem stark an Bevölkerung verloren.¹⁰⁰ Große post-sowjetische Industriekombinate sind für alle beteiligten Akteure des Verhandlungsprozesses von vitalem Interesse – insbesondere aber für die Republik Moldau. Ihr gehen aufgrund der *de facto* Autonomie der PMR und wirtschaftlichem Eigenleben des abtrünnigen Transnistrien wichtige Einnahmequellen verloren.¹⁰¹ Für Russland hingegen ist das Sezessionsgebiet ein Trumpf, um Druck auf ihre westlichen Nachbarn ausüben zu können. Enge und stets gepflegte wirtschaftliche und politische Verbindungen zwischen Tiraspol und Moskau, die Sympathie des PMR-Regimes bestehend aus obsoleten Industrieeliten gegenüber sowjetischem Gedankengut und deren historische Solidarität zur ehemaligen UdSSR¹⁰² verstärken das Auseinanderdriften zwischen der Republik Moldau und dem abtrünnigen Transnistrien.¹⁰³ Während der *de facto* Staat etwas spöttisch auch als Museum des Kommunismus und Miniatur der ehemaligen Sowjetunion bezeichnet wird,¹⁰⁴ zeugt der Streit um den Status der Region von hoher strategischer, geopolitischer und wirtschaftlicher Brisanz im Rahmen des Beziehungsdreiecks EU – Republik

⁹⁵ Vgl. Ministry of Foreign Affairs (2015).

⁹⁶ Vgl. Bochmann et al. (2012), S. 24, 118ff., 124ff. und Korosteleva (2010), S. 1268.

⁹⁷ Vgl. Grund/Sieg (2008), S. 409.

⁹⁸ Vgl. allgemein definierend und anschaulich: Egbert (2009), S. 86; und ausführlicher dazu: Ciobanu (2009) im Besonderen ab S. 47ff.

⁹⁹ Vgl. Vitu (2004), S. 30f.

¹⁰⁰ Vgl. Sieg (2012), S. 6.

¹⁰¹ Vgl. Grund/Sieg (2008), S. 409f.

¹⁰² Vgl. Grund/Sieg (2008), S. 411.

¹⁰³ Vgl. ebenda.

¹⁰⁴ Vgl. Ciobanu (2009), S. 44.

Moldau – Russland. Schon allein deshalb ist ein Grundverständnis über den Hintergrund und Stand des *Frozen Conflict* maßgebend für die Beantwortung der zentralen Fragestellungen und bedingt ebenso als tragendes Moment den Fortgang der Europäisierungsprozesse in der Republik Moldau. Um eine profunde Untersuchung durchführen zu können, wird den benannten Kernthesen im Folgenden ein theoretisches Fundament zugrunde gelegt.

2. Theoretischer Rahmen: Konzept und Mechanismen der Europäisierung

2.1 Systematische Verankerung des Forschungsfeldes

Als Grundlage der Annahmen dieser Arbeit dient das theoretische Konzept der Europäisierung, welches die kurzfristigen und langfristigen Effekte der Unionsinstitutionen und -politiken auf Mitglieds-, Beitritts-, und Drittstaaten untersucht.¹⁰⁵ Der Ansatz der Europäisierung „as a process in which states adopt EU rules“¹⁰⁶ ist im großen Forschungsfeld der Internationalen Beziehungen den Überlegungen des Rationalismus und des sozialen Konstruktivismus zuzuordnen.¹⁰⁷ Er ist dabei in seinen Grundzügen eng mit der *Governance*-Schule¹⁰⁸ der europäischen Integration verbunden,¹⁰⁹ die sich mit den Auswirkungen der EU-Politik auf sowohl europäischem als auch auf nationalstaatlichem Level beschäftigt.¹¹⁰ Die Kombination der rationalistischen und konstruktivistischen Theorie gestattet es, Interaktionen internationaler Akteure nicht nur für sich im Einzelnen sondern auch in

¹⁰⁵ Vgl. Broich (2008), S. 14 und Emerson et al. (2004), S. 14.

¹⁰⁶ Schimmelfennig/Sedelmeier (2005), S. 7.

¹⁰⁷ Eine umfassende Untersuchung rationalistischer und sozial-konstruktivistischer Elemente der EU-Nachbarschaftspolitik liefern Kratochvil/Tulmets (2010). Sie diskutieren in ihrem Werk auf den Seiten 15-52 die theoretischen Grundlagen aus den Konzepten des Rationalismus und des Konstruktivismus im Besonderen. Kozub (2011) beschreibt die Kernaussage des sozialen Konstruktivismus als ein soziales statt materiell orientiertes Verhalten von Akteuren; vgl. Kozub (2011), S. 26. Risse (2003) stellt jedoch betont fest, dass weder der Rationalismus noch der soziale Konstruktivismus als eigenständige substantielle Großtheorien der Internationalen Beziehungen betrachtet werden können und eng miteinander verknüpft sind (vgl. Risse (2003), S. 4): So bietet sich die Verbindung ihrer zugrundeliegenden theoretischen Annahmen im Rahmen dieser Arbeit an.

¹⁰⁸ *Governance* wird in dieser Arbeit als Resultat eines interaktiven Zusammenspiels von Staaten bzw. staatsähnlichen Akteuren, ungeachtet ihrer territorialen Grenzen, mit dem Ziel der gemeinschaftlichen Lösung von Problemen definiert; vgl. Gänzle (2009), S. 4. Gänzle stellt außerdem direkte Bezüge zwischen *Governance* und Europäisierung in der EU-Peripherie her. Der Begriff der *Governance* wird in dieser Arbeit als feststehender Ausdruck verwendet.

¹⁰⁹ Vgl. Broich (2008), S. 19, 35f. und Schimmelfennig/Sedelmeier (2005), S. 5; Für eine umfassende Darstellung des theoretischen Ansatzes der Europäisierung am Beispiel des Erweiterungsprozesses vgl. Schimmelfennig/Sedelmeier (2002), S. 508ff.

¹¹⁰ Vgl. Schimmelfennig/Sedelmeier (2005), S. 1f.

variierenden Kontexten und Beziehungskonstellationen zu betrachten sowie deren inhärente Vielschichtigkeit zu berücksichtigen.¹¹¹

Die Mitbegründer des theoretischen Konzepts der Europäisierung, Frank Schimmelfennig und Ulrich Sedelmeier, folgen in ihrer Darstellung der EU dem Verständnis des Art. 3 EUV, der diese als liberal-demokratische Staatengemeinschaft beschreibt,¹¹² die – ihren Werten und Normen folgend – danach strebt, ihrer normativen Verpflichtung gegenüber Staaten gleicher Identität und Gesinnung mit den Mitteln der Konditionalität, der Sozialisierung oder durch freiwillige Imitation (sogenanntes *Lesson-drawing*) nachzukommen.¹¹³ Zunächst bezogen sich die Wissenschaftler auf den Einfluss der EG bzw. der EU auf die mittel- und osteuropäischen Staaten, denen die Gemeinschaft nach Ende des Kommunismus verstärkt Aufmerksamkeit schenkte und deren politischer und wirtschaftlicher Transformation sie sich maßgebend im Rahmen der Integration durch Beitrittsassoziiierung annahm.¹¹⁴ Das neue Konzept der Europäisierung beschränkte sich so zunächst auf theoretische Annahmen der Mitgliedschafts- und Beitrittseuropäisierung und entwickelte sich erst Ende der 1990er Jahre zur „distinctive research area in EU studies“¹¹⁵. Wesentlicher Motor für die Reformbereitschaft der Beitrittskandidaten, die „goldene Karotte“¹¹⁶, bot dabei die Aussicht auf Mitgliedschaft und die damit verbundenen gewinnbringenden Strukturen.¹¹⁷ Eine dritte Strömung, die sogenannte „Nachbarschaftseuropäisierung“¹¹⁸, reagierte in ihren Anfängen auf den erheblichen Wandel der außenpolitischen Rolle der EU nach der „big bang“¹¹⁹ Erweiterung 2004 Richtung Osten mit der Bewertung der Transformationskraft der EU auf ihre neue Nachbarschaft; wengleich dieser neue, erweiterte bzw. ausgedehnte Ansatz auf den Kerngedanken der Mitgliedschafts- und Beitrittseuropäisierung aufbaut.¹²⁰ Mit anderen Worten übernimmt die konzeptionelle Neuorientierung der Nachbarschaftseuropäisierung eine Art Pendant zur Integrationsforschung, welche sich verstärkt den EU-internen Effekten

¹¹¹ Vgl. Kratochvil/Tulmets (2010), S. 28f.

¹¹² Vgl. Art. 3 Abs. 1 und 5 EUV.

¹¹³ Vgl. Broich (2008), S. 14 und Schimmelfennig/Engert/Knobel (2003), S. 321.

¹¹⁴ Vgl. Emerson (2004a), S. 2 und Schimmelfennig/Sedelmeier (2005), S. 1.

¹¹⁵ Sedelmeier (2006), S. 5.

¹¹⁶ Langbein (2013), S. 38.

¹¹⁷ Vgl. ebenda, S. 37f.

¹¹⁸ Gawrich/Melnykovska/Schweickert (2010), S. 1210; Übersetzung aus dem Englischen: SB. Die Autoren widmen ihren gemeinsamen Artikel einer umfassenden Analyse der Nachbarschaftseuropäisierung am Beispiel der Ukraine.

¹¹⁹ Börzel (2010), S. 11.

¹²⁰ Vgl. Gawrich/Melnykovska/Schweickert (2010), S. 1210.

und der Europäisierung im Rahmen der Erweiterungspolitik widmet.¹²¹ Es sollen zunächst die wesentlichen Elemente des theoretischen Konzeptes abgesteckt werden, um in der Folge die Spezifika der Abwandlungen innerhalb der dritten Europäisierungsströmung definieren zu können und die dieser Arbeit zugrundeliegende Forschungsrichtung zu konkretisieren.

2.2 Kernannahmen und Differenzierung

Schimmelfennig und Sedelmeier unterscheiden im Prozess der Europäisierung zwischen zwei Handlungslogiken, die dem Agieren der Akteure bzw. deren Regelübernahme zugrunde liegen: die *Logic of Consequence* und die *Logic of Appropriateness*.¹²² Diesen Verhaltensprinzipien ordnen die Wissenschaftler in der Folge drei Erklärungsmodelle zu: das externe Anreizsystem (*External Incentive Model*), das Modell der Sozialisierung (*Social learning*) und das *Lesson-drawing*-Modell.¹²³

2.2.1 Externes Anreizsystem

Ausgangspunkt der *Logic of Consequence* ist es, dass die Akteure ganz im Sinne der theoretischen Annahmen des Rationalismus strategisch motiviert agieren, indem sie danach streben, ihren individuellen Nutzen und ihre Wohlfahrt zu maximieren und rational zu handeln.¹²⁴

Diese Annahme bestimmt den ersten Erklärungsversuch der Europäisierung, demzufolge ein externes Anreizsystem aus Belohnung und Sanktionierung seitens der EU dem rationalen Verhandlungsprozess mit Zielstaaten dient und die vernunftbasierte Kosten-Nutzen-Rechnung des betreffenden Nicht-EU-Staates ergänzt; je höher der Anreiz, desto stärker der Wirkungsgrad der Europäisierung.¹²⁵ Die EU verfolgte in der Vergangenheit nicht nur gegenüber ihren Beitrittskandidaten das strategische Prinzip der Konditionalität, sondern wendete dies als außenpolitisches Instrument auch im Rahmen der Unionsbeziehungen mit der europäischen Peripherie an.¹²⁶ Die EU bietet den Staaten technische und finanzielle

¹²¹ Vgl. Broich (2008), S. 14f., 19, 35.

¹²² Die jeweiligen englischen Fachtermini der theorieimmanenten Annahmen werden in dieser Arbeit als feststehende Begriffe verwendet. Der Begriff der *Logic of Consequence* wird in der wissenschaftlichen Literatur oft als *Logic of Consequentiality* wiedergegeben; vgl. hierzu beispielsweise Gänzle (2009), S. 4 und March/Olsen (1989), S. 160. Da das theoretische Konzept primär den Annahmen von Schimmelfennig und Sedelmeier folgt, wird in dieser Arbeit jedoch deren Betitelung *Logic of Consequence* vorgezogen.

¹²³ Vgl. umfassend dazu: Schimmelfennig/Sedelmeier (2005), S. 9ff.

¹²⁴ Vgl. Kratochvil/Tulmets (2010), S. 26.

¹²⁵ Vgl. Broich (2008), S. 41 und Schimmelfennig/Sedelmeier (2005), S. 9.

¹²⁶ Vgl. Schimmelfennig/Sedelmeier (2005), S. 2. Emerson et al. (2004) untersuchen die Anwendung von

Unterstützung und institutionelle Beziehungen wie z. B. einen schrittweisen Zugang zum Binnenmarkt und Visaliberalisierung. Sie fordert im Gegenzug die Konformität mit EU-Regeln und die Umsetzung bestimmter Zielsetzungen¹²⁷ – eine Art Zwangsmechanismus.¹²⁸ Sie vermeidet jedoch bisher das Instrument der negativen Konditionalität, d. h. sie verzichtet auf eine gezielte Bestrafung durch Sanktionen. Die EU kann so Einfluss auf das *Domestic Equilibrium* – den innerstaatlichen Status quo eines Staates – ausüben, indem sie Präferenzen und die Verteilung von Verhandlungsmacht innerhalb des Staates beeinflusst.¹²⁹ Dies geschieht entweder durch die direkte Interaktion mit der Zielregierung, welche nach Abwägung der Attraktivität der EU-Anreize über die Zweckdienlichkeit der Anpassung entscheidet, also ein „top-down“-Prozess^{130, 131}. Oder aber, die EU handelt im Rahmen einer differenzierten Stärkung verschiedener gesellschaftlicher Akteure, die in der Folge „von unten“ die Übernahme von EU Regeln forcieren – im Sinne eines „bottom-up“ Prozesses.¹³² Grundsätzlich gilt: „A government adopts EU rules if the benefits of EU rewards exceed the domestic adoption costs.“¹³³ Die Wahrscheinlichkeit, dass die Kosten-Nutzen-Kalkulation des Zielstaates zugunsten der Annahme der EU Regelungen ausfällt, „increases, if rules are set as conditions for rewards and the more determinate they are [...] [,] with the size and speed of rewards [...] [and] with the credibility of conditional threats and promises“¹³⁴. Übersteigen anfallende Kosten durch Vetospieler, deren Zustimmung für eine Änderung des Status quo erforderlich ist, jedoch die Gewinne, die der Zielstaat an eine Annäherung an die EU knüpft, „[thus,] the likelihood of rule adoption decreases“¹³⁵; dazu gehören beispielsweise Opportunitätskosten, die aus alternativen Integrationsangeboten, wie es beispielsweise die Eurasische Wirtschaftsunion oder die Zollunion zwischen Russland, Weißrussland und Kasachstan darstellen, sowie aus Kosten der Wohlfahrts- und Machteinbußen entspringen.¹³⁶ Das konditionale Anreizsystem der EU ist im Sinne der Europäisierung am ertragreichsten, wenn die Spielregeln bzw. die Anforderungen ausreichend bestimmt sind,

EU-Konditionalität im Kontext der Lösung von Sezessionskonflikten; vgl. Emerson et al. (2004), S. 7.

¹²⁷ Vgl. Paiano (2011), S. 43f.

¹²⁸ Vgl. Popescu (2004), S. 7.

¹²⁹ Vgl. Schimmelfennig/Sedelmeier (2005), S. 11.

¹³⁰ Ebenda, S. 12.

¹³¹ Vgl. ebenda, S. 11f.

¹³² Vgl. Broich (2008), S. 39. Die Begriffe *Top-down* und *Bottom-up* werden in der Folge als feststehende Begriffe verwendet und großgeschrieben.

¹³³ Schimmelfennig/Sedelmeier (2005), S. 12.

¹³⁴ Ebenda, S. 13, 16.

¹³⁵ Ebenda, S. 17.

¹³⁶ Vgl. ebenda, S. 16f.

der Anreiz für den Zielstaat sicher, in respektabler Höhe und zügig erfolgt, wenn die Glaubwürdigkeit der Konditionen gewahrt wird, Adaptionkosten gering ausfallen und die Anzahl an bzw. der Einfluss von Vetospielern unerheblich bleibt.¹³⁷ Grundsätzlich gilt jedoch, dass die Anwendung von Konditionalität im Sinne von Verhandlungen auf der Basis von Zwängen und Anreizen – einem Zwangsmechanismus der Europäisierung gleichkommend¹³⁸ – nicht automatisch zu einem endogenen tiefverwurzelten Prozess sozialen Wandels bzw. politischem Kurswechsel im Zielstaat führt.¹³⁹ Schimmelfennig und Sedelmeier kommen dieser theoretischen Lücke mit zwei weiteren sozial-konstruktivistisch orientierten Erklärungsmodellen nach.

2.2.2 Sozialisierung und *Lesson-drawing*

Das zweite Handelsparadigma, die *Logic of Appropriateness*, entspringt – anders als die rationale Aktionslogik – den Annahmen des sozialen Konstruktivismus und stellt die Frage nach der Attraktivität der kollektiven Identität der Union, ihren gemeinsamen Werten und nach den Grundüberzeugungen der involvierten Akteure.¹⁴⁰ Das heißt, inwieweit versteht sich der Zielstaat als europäisch und in welchem Maße teilt dieser den liberal-demokratischen Werte- und Normenkatalog der EU, der den unionalen Politiken zugrunde liegt?¹⁴¹ Nicht materielle Anreize bedingen das Handeln der Akteure, sondern die Überzeugung der Eignung – der *Appropriateness* – dieser Identität und dem damit verbundenen Set an europäischen Werten und Normen sowie das innere Bedürfnis, diese zu übernehmen.¹⁴² Der Zielstaat entscheidet sich für eine Regeladaption, solange er diese für legitim hält und sich mit den Regeln und Verfahren identifizieren kann. Anders als bei der rationalen *Logic of Consequence* wägt der Akteur seine Optionen nicht nach Kosten-Nutzen-Kalkül oder mit Blick auf mögliche Alternativen ab und bleibt auch nicht vorrangig auf diskursiver Ebene, sondern sieht in der Union mehr oder weniger eine wertvolle „aspiration group“¹⁴³, der er angehören möchte – oder eben nicht.¹⁴⁴ Wenngleich auch in diesem Modell sowohl *Top-down* als auch *Bottom-up* Vorgänge möglich sein können, besteht ein

¹³⁷ Vgl. ebenda, S. 12ff.

¹³⁸ Vgl. Popescu (2004), S. 7.

¹³⁹ Vgl. Emerson et al. (2004), S. 15 und Langbein/Börzel (2013), S. 571.

¹⁴⁰ Vgl. Schimmelfennig/Sedelmeier (2002), S. 508f., S. 513ff. und Schimmelfennig/Sedelmeier (2005), S. 18ff.

¹⁴¹ Vgl. Schimmelfennig/Sedelmeier (2002), S. 513f.

¹⁴² Vgl. Kratochvil/Tulmets (2010), S. 26 und Schimmelfennig/Sedelmeier (2005), S. 18.

¹⁴³ Schimmelfennig/Sedelmeier (2005), S. 19.

¹⁴⁴ Vgl. ebenda, S. 9, 19f.

wesentlicher Unterschied zum externen Anreizmodell darin, dass es sich um einen langfristigen Prozess des sozialen Lernens handelt, der auf der intensiven Interaktion und Interdependenz zwischen Union und Zielstaat sowie anschließender Normendiffusion basiert; die EU Institutionen übernehmen dabei die Rolle „as promoters or sites“¹⁴⁵ der Sozialisierung.¹⁴⁶

Neben dem eben beschriebenen Modell der Sozialisierung umfasst das Konzept der Europäisierung einen dritten Erklärungsansatz, den des *Lesson-drawing*. Der Transfer von Regeln, Werten und Normen geschieht nach diesem Modell idealtypisch freiwillig und ohne jeglichen externen Anstoß seitens der EU. Der Zielstaat nutzt Informationen von außen, um über das eigene Regelmodell und mögliche Alternativen zu reflektieren und zieht im Idealfall eine Anpassung an ein anderes Modell in Betracht; insbesondere dann, wenn er sich davon die Lösung innerstaatlicher Unzufriedenheit gegenüber dem Status quo erhofft und Funktionalität, Nutzen und Legitimität der europäischen Regelungen für gut heißt.¹⁴⁷ Bestärkt wird diese prüfende Betrachtung von einer gewissen innerstaatlichen Unzufriedenheit angesichts des Status quo, von der geographischen Nähe zur EU und einer positiv gestimmten EU-zentrierten Gesellschaft. Weitere Triebkraft einer bewussten freiwilligen Anpassung an das unionale Normenmodell ist neben einer großen innerstaatlichen Akzeptanz gegenüber den europäischen Regeln eine geringe Anzahl an Veto-Spielern, die Alternativmodelle der Integration bieten.¹⁴⁸ Die Annahmen des *Lesson-drawing* werden in der vorliegenden Arbeit im Zusammenhang mit der Sozialisierung betrachtet. Gründe hierfür sind zum einen die Tatsache der begrenzten Überprüfbarkeit von Vorgängen innerstaatlicher Imitation sowie zum anderen der enge Zusammenhang zwischen Imitation und sozialen Phänomenen, die nicht an materielle Anreize von außerhalb im Sinne des externen Anreizmodells gekoppelt sind.¹⁴⁹

2.2.3 Differenzierung: Nachbarschaftseuropäisierung

Die Europäisierungsforschung steckt klar Grenzen zwischen dem Zeitraum vor und nach der EU-Osterweiterung im Jahr 2004: Nicht nur kam es dadurch zu drastischen Verschiebungen

¹⁴⁵ Checkel (2005), S. 806. Checkel widmet seine umfassende Untersuchung gezielt der Rolle von Institutionen im Sozialisierungsprozess.

¹⁴⁶ Emerson et al. (2004), S. 14.

¹⁴⁷ Vgl. Olsen (2002), S. 20 und Schimmelfennig/Sedelmeier (2005), S. 10, 20f.

¹⁴⁸ Vgl. Schimmelfennig/Sedelmeier (2005), S. 20ff.

¹⁴⁹ Vgl. Popescu (2004), S. 12 und Schimmelfennig/Sedelmeier (2005), S. 10.

der Außengrenzen und damit zu einer neuen direkten Nachbarschaft der Union, sondern diese Entwicklung erforderte einen neuen einheitlichen politischen Ansatz – die Schaffung einer Grundlage für eine „area of security, stability and prosperity“¹⁵⁰. Dies gab der Europäisierung somit nicht nur geographisch, sondern auch in konzeptioneller Hinsicht eine neue Dimension. Durch die fehlende Beitrittsperspektive erwuchs im wissenschaftlichen Diskurs zunächst die Erwartung, dass der innenpolitische Einfluss der EU sich verringern würde und die Nachbarschaftseuropäisierung weniger Prozesse der Sozialisierung bzw. des *Lesson-drawing* fördern könne als es die Erweiterungseuropäisierung zu tun vermochte.¹⁵¹ Ob diese Vermutung zutrifft, kann zum heutigen Zeitpunkt noch nicht abschließend bewertet werden, ist jedoch Thema vieler Forschungsarbeiten.¹⁵² Die Nachbarschaftseuropäisierung untersucht den transformativen Einfluss der EU auf Drittstaaten mit geographischem Schwerpunkt auf die EU-Peripherie.¹⁵³ Michael Emerson, als einer der Initiatoren der Strömung, nahm eine erste Konzeptualisierung der Europäisierung von Drittstaaten ohne Beitrittsperspektive vor,¹⁵⁴ als „a special form of modernisation for the formerly communist and fascist dictatorships, as well as the still weak states of Europe [...] [and] as a wider process of political, economic and societal transformation“¹⁵⁵.¹⁵⁶ Johan P. Olsen beschreibt den Vorgang weiter als „exporting forms of political organization and governance that are typical and distinct for Europe beyond the European territory. Europeanization [...] concerns relations with non-European actors and institutions and how Europe finds a place in a larger world order.“¹⁵⁷

Die EU wendet gegenüber ihrer Nachbarschaft wie gegenüber potentiellen Beitrittskandidaten stets das Prinzip der Konditionalität an, jedoch unterscheidet sich die Europäisierung im Rahmen der Nachbarschaftspolitik an einem Punkt entscheidend von der Beitritts- und EU-internen Europäisierung: Es handelt sich hier nicht um „*acquis-*

¹⁵⁰ Börzel (2010), S. 14.

¹⁵¹ Vgl. Broich (2008), S. 11.; Emerson (2004a) im Allgemeinen und S. 17 im Besonderen; Emerson (2004b), S. 84 und Popescu (2004), S. 15f.

¹⁵² Olsen (2002) kategorisierte in seiner Arbeit – wie bereits erwähnt – erstmals verschiedene Ebenen der Europäisierung und untersuchte diese im Hinblick auf ihren bisherigen Mehrwert. Des Weiteren beschäftigen sich Gawrich/Melnykovska/Schweikert (2010) und auch Bachmann/Stadtmüller (2011) mit der Bedeutung der Europäisierung in der EU-Peripherie, während sich Emerson et al. (2004), speziell Europäisierungsprozesse im Rahmen der ENP widmen. Popescu (2004) untersucht außerdem die Bedeutung der Europäisierung für das Fortkommen der Konfliktlösung in Sezessionsgebieten.

¹⁵³ Vgl. Emerson et al. (2004), S. 7.

¹⁵⁴ Vgl. Broich (2008), S. 20. und Emerson (2004), S. 2.

¹⁵⁵ Emerson (2004), S. 2.

¹⁵⁶ Vgl. außerdem Emerson/Noutcheva (2004), S. 3.

¹⁵⁷ Olsen (2002), S. 4.

conditionality“¹⁵⁸, sondern um demokratiefördernde, politische Bedingungen ohne die Eröffnung einer Perspektive auf Beitritt.¹⁵⁹ Umso mehr stützt sich die Hebelkraft der EU in ihrer Peripherie auf starke unionale Geschlossenheit, Willenskraft und Interessenskonsolidierung sowie auf ausreichende Ressourcen und pro-europäische Eliten in den Zielländern, die es der Union ermöglichen, Veränderungen einzufordern.¹⁶⁰ Dabei stellt sich insbesondere die Frage, inwieweit die EU in ihrer nächsten Nachbarschaft Europäisierungstendenzen fördern könne, ohne die „golden carrot of membership“¹⁶¹ zu offerieren.

2.3 Relevanz für Forschungsanliegen

Das theoretische Konzept der Europäisierung ist für die Analyse der Fragestellungen dieser Arbeit maßgebend, wenngleich in der wissenschaftlichen Diskussion kritische Stimmen die Inkohärenz des Ansatzes bemängeln.¹⁶² Kritik geübt wird sowohl am Terminus als auch am Konzept der Europäisierung aufgrund der Vielschichtigkeit bzw. der „vielen Gesichter“¹⁶³ eines theoretischen Ansatzes *en vogue*.¹⁶⁴ Heinz-Jürgen Axt et al. suggerieren sogar, der Begriff habe die seit Jahrzehnten den europapolitischen Forschungsdiskurs bestimmende Integration bereits abgelöst und erklären, „es schein[e] dort [innerhalb der *scientific community*; Anm. SB] sogar so etwas wie einen Europäisierungsboom zu geben.“¹⁶⁵ Trotz fehlender ganzheitlicher und umfassend anerkannter Definition betont Olsen jedoch, dass Europäisierung kein Phänomen *sui generis* sei und somit kein exemplarisches Konzept darstelle, sondern der Ansatz indes die Möglichkeit des Vergleichs europäischer Dynamiken auf ihren Einfluss auf andere Steuerungssysteme biete.¹⁶⁶ Er begründet dies damit, dass „[the] European political order has not settled down in a new stable equilibrium“¹⁶⁷ und dass das theoretische Konzept der Europäisierung somit einem ständigen Entwicklungsprozess ausgesetzt ist. Die folgende Analyse stützt sich auf diese Argumentation und respektiert die Existenz einer gewissen Dynamik der europäischen Transformationsprozesse; dennoch

¹⁵⁸ Börzel (2010), S. 15 ; Herv. Original.

¹⁵⁹ Vgl. ebenda, S. 15.

¹⁶⁰ Vgl. Emerson et al. (2004), S. 12f.

¹⁶¹ Börzel (2010), S. 11.

¹⁶² Vgl. Broich (2008), S. 35.

¹⁶³ Olsen (2002) widmet diesem Thema einen ausführlichen Aufsatz.

¹⁶⁴ Vgl. Gawrich/Melnykovska/Schweickert (2010), S. 1209f. und Olsen (2002), S. 2.

¹⁶⁵ Axt/Milososki/Schwarz (2007), S. 136 (Herv. Original).

¹⁶⁶ Vgl. Olsen (2002), S. 2, 26.

¹⁶⁷ Ebenda, S. 26.

bleiben Grundannahmen der Europäisierungsforschung und die daraus abgeleiteten vereinfachten Annahmen das Fundament der Arbeit. So sind der aufgezeigte theoretische Kern der Europäisierung als auch die Thesen der dritten Strömung – der Nachbarschaftseuropäisierung – im Besonderen, Richtschnur zur Beantwortung der Fragestellungen. Anhand der aufgezeigten rationalen wie sozial-konstruktivistischen Merkmale sollen die Beziehungen, Interdependenzen und Integrationsbemühungen der Union gegenüber ihren Anrainern am Beispiel der Republik Moldau nachgezeichnet werden. Das zugrundeliegende theoretische Konstrukt in diesem Kontext ist in der Folge somit in zweifacher Hinsicht begrenzt: Zum einen geographisch, mit Blick auf den international anerkannten Staatsraum der Republik Moldau als Teil der östlichen Peripherie der Union, bzw. als Nachbar Russlands in dessen selbsternanntem nahen Ausland. Zum anderen thematisch, zumal die Arbeit ihren Fokus besonders auf die Rolle Russlands als potentieller Vetospieler der Europäisierung der Republik Moldau bzw. als externer Europäisierungskonkurrent unionaler Ambitionen legt.¹⁶⁸ Eine Sonderrolle kommt hierbei dem Konflikt um das Sezessionsgebiet Transnistrien zu: Die Region war in den zurückliegenden zweieinhalb Jahrzehnten immer wieder Austragungsort und Objekt geopolitischer Begehrlichkeiten aller involvierten Akteure und spiegelte das Zuwiderhandeln Russlands gegenüber der europäischen Ambitionen der Republik Moldau besonders deutlich wieder. Deshalb soll der Konflikt insbesondere im Hinblick auf seine hemmende oder unterstützende Funktion der Europäisierung der Republik Moldau auch in die Analyse mit einfließen, wenngleich betont wird, dass eine umfassende Aufarbeitung im Rahmen dieser Arbeit weder möglich noch sinnvoll ist.

3. Methodik und konzeptionelles Vorgehen

Zwei konkurrierende, wenngleich sich ebenso ergänzende Kernthesen sollen dazu beitragen, die politischen Entscheidungsmuster der Republik Moldau hinsichtlich einer Annäherung an die EU in Anbetracht der (Veto-)Rolle Russlands zu untersuchen und zu beantworten:

- Zum einen wird hierfür angenommen, dass die Europäisierung ein konstant zu beobachtendes Element der Entwicklung der Republik Moldau darstellt und die Kernannahmen des theoretischen Konzeptes greifen.

¹⁶⁸ Für weitere Anwendungsprobleme des theoretischen Ansatzes vgl. Broich (2008), S. 40f.

- Zum anderen wird vorausgesetzt, dass die Republik Moldau seit ihrer Gründung Spielball im geopolitischen Wettstreit zwischen der EU und Russland ist, wohingegen Russland heute keine attraktive Integrationsalternative mehr darstellt.

Die eben aufgezeigten theoretischen Annahmen sollen im Rahmen von drei voneinander abgegrenzten in ihrer Chronologie aufeinander folgender Abschnitten seit Inkrafttreten des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens (PKA) 1998 – dem formalen Beginn der Beziehungen zwischen der Republik Moldau und der Union – bis zum Abschluss des AAs 2014 auf die Fragestellungen dieser Arbeit hin untersucht werden. Das finale AA wird dabei aufgrund seiner Aktualität und dementsprechend geringen fundierten wissenschaftlichen Untersuchungen nicht umfassend behandelt; das Abkommen wird in seinen Kernpunkten jedoch berücksichtigt. Durchwegs Basis der Analyse bieten EU-Dokumente, landesspezifische Aktionspläne und Fortschrittsberichte zu einzelnen Politiken und Kooperationsformen, Forschungspapiere, wissenschaftliche Studien, Aufsätze und Analysen einschlägiger Institute sowie weitere Primär- und Sekundärliteratur zu forschungsrelevanten Themen. Publikationen über die Außenpolitik der Republik Moldau im Allgemeinen und über deren integrative Bestrebungen in euroasiatische Strukturen im post-sowjetischen Raum im Besonderen sind zwar begrenzt,¹⁶⁹ für den Rahmen dieser Arbeit jedoch ausreichend.

Auf einzelne Aspekte des Beziehungsgeflechts der Union mit der Republik Moldau, wie beispielsweise die Einbindung der Republik in die Schwarzmeersynergie¹⁷⁰ oder den Stabilitätspakt Südosteuropa¹⁷¹ kann im Rahmen dieser Arbeit nicht im Detail eingegangen werden, da dies die Fragestellung unnötig komplexer gestalten wie dehnen würde und die Konkretheit ihrer Beantwortung beeinträchtigen könnte; sie finden dennoch freilich Erwähnung. Auch wird anerkannt, dass die Beziehungen der Republik zu ihrer unmittelbar angrenzenden Nachbarschaft, d. h. zu Rumänien und der Ukraine im Konkreten, augenscheinlich eine wichtige Rolle für die Entwicklung und geostrategische Ausrichtung des Landes haben. Diese sind für den Zweck dieser Analyse jedoch nicht zielführend und werden, obgleich sie an einigen Stellen aufgrund ihrer kontextgebundenen Bedeutung benannt werden, nicht konkretisiert. Kern der Analyse sind vielmehr reaktive und progressive Veränderungen auf politisch-strategischer Ebene, meist den Initiativen der Führungseliten in

¹⁶⁹ Auch Vitu (2004), die sich in ihrer Arbeit der Außenpolitik Moldaus im Hinblick auf deren östliche Orientierung widmet, bemängelt die begrenzte wissenschaftliche Thematisierung der Republik Moldau als Fallbeispiel; vgl. Vitu (2004), S. 6.

¹⁷⁰ Vgl. ausführlich dazu Gabanyi (2007).

¹⁷¹ Vgl. Gabanyi (2004), S. 30: Mitgliedschaft der Republik Moldau seit 2001.

Chişinău, Moskau und der europäischen Institutionen in Brüssel folgend, die maßgebend den Europäisierungsfortschritt der Republik Moldau beeinflussten. Obgleich innergesellschaftliche Bewegungen und globalwirtschaftliche Entwicklungen ebenso wie Veränderungen im internationalen politischen Beziehungssystem in den Kontext der Untersuchung einbezogen werden können, werden nur signifikante entwicklungsrelevante Momente herausgegriffen. Im Fokus hingegen stehen politische Prozesse, außen- wie innenpolitische Kurswechsel und Diskurse. Die Abgrenzung der Zeiträume orientiert sich an historischen richtungsweisenden Momenten der Neuorientierung der europäischen auswärtigen Politik gegenüber ihrer Nachbarschaft im Allgemeinen und der Republik Moldau im Besonderen, die maßgebend für die Europäisierung des Staates waren und die aufgrund ihrer weitreichenden Folgen verschiedene Reaktionen des internationalen Umfelds, insbesondere von Russland, hervorriefen. Diese Etappen umfassen neben dem bereits erwähnten PKA 1998, die ENP, die 2004 mit der Mitteilung der Europäischen Kommission ihren Anfang nahm sowie ihre Differenzierung 2009 in die östliche und südliche Dimension und die damit verbundene Gründung der ÖP. Letztgenannte Initiative mündete schlussendlich in die Paraphierung des AAs zwischen der EU und der Republik Moldau im Juni 2014.

Jede Phase wird dreigliedrig nach politischen Entwicklungen und der Wirkung bestimmter Politiken und Ereignisse auf den EU-Kurs des gewählten Fallbeispiels untersucht:

- Erstens, in Bezug auf das Verhalten des Ziellandes, der Republik Moldau¹⁷²,
- zweitens, hinsichtlich der Verhaltensweise der Union¹⁷³ und
- drittens, mit Rücksicht auf die Rolle Russlands, dessen Reaktion und potentielle Einflussnahme¹⁷⁴.

Anhand dieser Grundlage sollen im Anschluss für jeden Zeitabschnitt Rückschlüsse auf die Evolution der Europäisierung des Landes gezogen werden.¹⁷⁵ Hinsichtlich der episodischen Abgrenzung wird betont, dass an einigen Stellen kein klarer entwicklungsbezogener Schnitt in der Chronologie erfolgen kann; zu großen zeitlichen Sprüngen kommt es jedoch nur in Verbindung mit Rückbezügen und der abschließenden Interpretation der Forschungsergebnisse. Einleitend erfolgt ein kurzer Abriss der ersten Jahre des

¹⁷² Vgl. dazu Kapitel: 4.2.1; 4.3.1; 4.4.1.

¹⁷³ Vgl. dazu Kapitel: 4.2.2; 4.3.2; 4.4.2.

¹⁷⁴ Vgl. dazu Kapitel: 4.2.3; 4.3.3; 4.4.3.

¹⁷⁵ Vgl. dazu Kapitel: 4.2.4; 4.3.4; 4.4.4.

unabhängigen Moldau, die außerdem über die Rahmenbedingungen, die Ende der 1990er – zu Beginn der formalen Beziehungen der Republik zur Union – im osteuropäischen Raum vorherrschend waren, Auskunft geben sollen.

4. Europäisierung im Rahmen politischer Interdependenzen zwischen der EU und der Republik Moldau in Anbetracht der Rolle Russlands

4.1 Transformationsprozesse der 1990er Jahre

Am 27. August 1991 erlangte die *Republica Moldova*¹⁷⁶ als einer der jüngsten Staaten Europas und als erster Nachfolgestaat der ehemaligen Sowjetunion ihre Souveränität; ihre Unabhängigkeit wurde somit international wie völkerrechtlich anerkannt.¹⁷⁷ Nach einer wechselhaften Vergangenheit geprägt von territorialer Unbeständigkeit, instabilen Herrschaftsverhältnissen und externer politischer Einflussnahme sowie einem halben Jahrhundert erheblicher „Russifizierung“¹⁷⁸ war dies freilich ein Neuanfang, aber auch ein Schritt ins Ungewisse für eine multiethnische Nation mit verworrener, schwacher nationaler Identität, ohne den Rückhalt eines starken externen Schutzgebers.¹⁷⁹ Die Unabhängigkeit brachte schnell die ethnische und kulturelle Spaltung der Bevölkerung zum Ausdruck: Sie teilte sich zwischen den Lagern der moldauischen Nationalisten mit dem Ziel eines eigenständigen und eigenverantwortlichen Moldau, den sogenannten *Russophilen*, die eine enge Anbindung an Russland in wirtschaftlichen wie politischen Belangen forderten und dem Block der sogenannten *Pan-Rumänen*, die sich die Zusammenführung mit Rumänien – ihrem erklärten Heimatland – zum Ziel gesetzt hatten.¹⁸⁰ Der Balanceakt zwischen den unterschiedlichen Lagern, sowie schwächelnde politische Institutionen und unbeständige, häufig wechselnde Regierungen hemmten in den ersten Jahren die Transformation des

¹⁷⁶ Die folgenden Beteiligungen werden in dieser Arbeit synonym verwendet: Republik Moldau / Republik / Moldau / der moldauische Staat bzw. Chişinău in Abgrenzung zu Moskau bzw. Brüssel. Das Territorium der Republik Moldau umfasst das heute international völkerrechtlich anerkannte Gebiet zwischen den Flüssen Dnestr und Prut, inklusive der abtrünnigen Region Transnistrien, die international von keinem Staat der Welt anerkannt wird; vgl. Bochmann et al. (2012), S. 157 und Broich (2008), S. 43.

¹⁷⁷ Vgl. Bochmann et al. (2012), S. 15; Broich (2008), S. 43 und Vitu (2004), S. 4.

¹⁷⁸ Broich (2008), S. 45. Russifizierung: Zur Zeit der Sowjetunion forcierte die Führung unter Stalin die Dissimilierung der Teilrepublik Moldau von Rumänien, um eine Wiedervereinigung oder Annäherung weitestgehend zu verhindern. Neben der zwingenden Annahme der russischen Sprache, kam es zur Vernichtung jeder Form rumänischer Identität bis hin zu Massendeportationen der Moldauer Bildungseliten nach Sibirien. Speziell dazu geben Bochmann et al. (2012), S. 22f., Broich (2008), S. 44-50 und Vitu (2004), S. 14f. ihrerseits Auskunft über weitere Aspekte der wechselhaften Vergangenheit der Republik.

¹⁷⁹ Vgl. Bochmann et al. (2012), S. 15; Tolstrup (2012), S. 65 und Vitu (2004), S. 4, 15, 40.

¹⁸⁰ Vgl. Phinnemore (2006), S. 4 und Vitu (2004), S. 4.

Landes.¹⁸¹ Die politische Führungselite der Republik Moldau bestand zu großen Teilen aus Angehörigen der ehemaligen sowjetischen Kader und war von Korruption und Klientelismus gekennzeichnet. Ihr Anreiz zur Durchführung grundlegender kostspieliger demokratischer Reformen fiel dementsprechend gering aus.¹⁸² Neben einem heftigen Streit über die offizielle prioritäre Sprache des Landes, gehörten außerdem zwei Separationskonflikte zum Erbe der Sowjetunion, die in engem Zusammenhang zu den sprachlichen Auseinandersetzungen standen. Im Falle der Eigenständigkeit fordernden Gagausiens – *Gagauz Yeri* –¹⁸³ konnten weitestgehend friedlich Regelungen über einen Autonomiestatus der Region und deren Selbstbestimmungsrechte getroffen werden.¹⁸⁴ Anders verlief dies hinsichtlich des Konfliktes um das abtrünnige Gebiet der selbstproklamierten Transnistrischen Moldauischen Republik, der in einem blutigen Kurzkrieg im Sommer 1992 endete und viele Opfer forderte. Im Nachgang der kriegerischen Auseinandersetzungen kam es zur dauerhaften Installation russischer Truppen im von nun an *de facto* Staat Transnistrien.¹⁸⁵ Die Hintergründe der separatistischen Bewegung sind jedoch mannigfaltig und können an dieser Stelle nicht umfassend erläutert werden; sie werden deshalb nur kurz umrissen. Ihr Kern beruht einerseits auf einem starken „pro-sowjetische[n], imperiale[n], staatsbezogene[n] Konservatismus“¹⁸⁶ einer mehrheitlich Russland zugewandten Bevölkerung, der die Regierung in Chişinău stets wenig kompromissbereit gegenübertrat; andererseits waren und sind große Bedenken der Führungseliten in Tiraspol, zukünftig wirtschaftliche und soziale Privilegien an die Herrschenden der Moldauer Hauptstadt zu verlieren, ausschlaggebend.¹⁸⁷ Als „Zone besonderer strategischer Interessen“¹⁸⁸ Russlands wurde Transnistrien militärisch, wirtschaftlich und politisch während des Konflikts und darüber hinaus unterstützt.¹⁸⁹ Die Föderation nahm eine maßgebende Position im Sezessionsprozess ein sowohl als Friedenswächter durch die Mit-Unterzeichnung des Waffenstillstandes unter Führung des damaligen Präsidenten Boris N. Jelzin als auch als

¹⁸¹ Vgl. Meister (2011), S. 2ff.

¹⁸² Vgl. Schneider-Deters/Schulze/Timmermann (2008), S. 161.

¹⁸³ Es handelt sich dabei um ein bis heute autonomes Gebiet im Südwesten des Landes.

¹⁸⁴ 1994 gründete sich die „Autonome Territoriale Einheit Gagausien“ vgl. Büscher (2014), S. 2; ausführlich zum bis heute gültigen Status der Region vgl. Executive Committee of Gagauzia (2015).

¹⁸⁵ Der offizielle Name des *de facto* Staates lautet: „Transnistrische Moldauische Republik“; für eine ausführliche Beschreibung der Sezessionsprozesse vgl. Bochmann et al. (2012), S. 24, 118-128 und Korosteleva (2010), S. 1268.

¹⁸⁶ Bochmann et al. (2012), S. 121.

¹⁸⁷ Vgl. Bochmann et al. (2012), S. 120, 123 und Tolstrup (2012), S. 65.

¹⁸⁸ Korosteleva (2010), S. 1268.

¹⁸⁹ Vgl. Tolstrup (2012), S. 66f.

Garant wirtschaftlicher und politischer Vorteilsstrukturen für Transnistrien gegenüber dem restlichen Moldau.¹⁹⁰ Seit der Installation der 14. Armee auf transnistrischem Gebiet blieb die Russische Föderation vor Ort präsent.¹⁹¹

Russland erkannte die Unabhängigkeit der Republik Moldau erst an, nachdem ihr Präsident Mircea Snegurs eingewilligt hatte, der GUS beizutreten. Die GUS als zwischenstaatlicher Zusammenschluss der Nachfolgestaaten der Sowjetunion sollte die russische Vormachtstellung im post-sowjetischen Raum auch nach dem Zusammenbruch der UdSSR garantieren;¹⁹² ganz im Sinne des von Liliana Vitu gezeichneten Bildes eines „Russia as the hub, the rest as the spokes“¹⁹³. Auch Moldau sollte 1994 eine der Speichen dieser Vereinigung werden, in der das Land vordringlich die Lösung seiner massiven wirtschaftlichen Probleme sah; militärisch bestand das Land jedoch auf seine Neutralität.¹⁹⁴ Die Mitgliedstaaten des neuen Zusammenschlusses zeigten sich jedoch weniger ambitioniert als ursprünglich angenommen und jedwede Initiativen verharteten auf der diskursiven und konsultativen politischen Dialogebene der post-sowjetischen Staatsoberhäupter, ohne jedoch konkrete Strukturen aufzubauen oder eine wertbasierte Gemeinschaft zu formieren.¹⁹⁵ Dem alternativen Charakter der GUS im Gegensatz zum europäischen Integrationsprojekt – der EU – fehlte es an Glaubwürdigkeit, Substanz und Integrationswillen seiner Mitglieder. So monierte der frühere moldauische Präsident Petru Lucinschi keine zehn Jahre nach Gründung der GUS am 21. Dezember 1991,¹⁹⁶ dass jedem bereits bewusst sei, dass die internen Arbeitsmechanismen der GUS nicht funktionieren würden.¹⁹⁷ Etwas schärfer stellen Schneider-Deters et al. fest: „Das ‚Great Game‘ [zwischen Russland und der EU; Anm. SB] fand nicht statt“¹⁹⁸. Die Beziehungen zur Föderation blieben jedoch ein maßgebender strategischer Vektor der auswärtigen Politik der Republik Moldau, während das Land der unionalen Erweiterungspolitik zunächst wenig Aufmerksamkeit schenkte.¹⁹⁹ Das Interesse Russlands an der Republik hingegen war in diesen ersten Jahren begrenzt. Mit

¹⁹⁰ Vgl. ebenda, S. 66.

¹⁹¹ Vgl. Vitu (2004), S. 27-30.

¹⁹² Vgl. Bochmann et al. (2012), S. 118.

¹⁹³ Vitu (2004), S. 4, 19.

¹⁹⁴ Vgl. ebenda, S. 4, 19.

¹⁹⁵ Vgl. Schneider-Deters/Schulze/Timmermann (2008), S. 33f.; außerdem beschreibt Vitu (2004) hierzu ausführlich den Fortgang der GUS; vgl. Vitu (2004), S. 19ff. Sie erläutert außerdem auf den Seiten 22-26 die Gründe der letztlichen Stagnation des Zusammenschlusses.

¹⁹⁶ Vgl. Broich (2008), S. 64.

¹⁹⁷ Vgl. Vitu (2004), S. 22.

¹⁹⁸ Schneider-Deters/Schulze/Timmermann (2008), S. 33; Herv. Original.

¹⁹⁹ Vgl. Broich (2008), S. 64-66.

dem erfolgreichen GUS-Beitritt des Landes war aus Sicht der russischen Führungseliten eine Westorientierung ohnehin bereits vereitelt worden. Außerdem lernte die jungen Republik fortlaufend die wirtschaftlichen Repressionsfähigkeiten und -methoden der Föderation zu fürchten; neun Mal kürzte ihr Russland zwischen 1994 und 2000 kurzerhand die Gasversorgung.²⁰⁰ Außerdem forderte Moskau ohne jedwede Ankündigung sofortige Schuldrückzahlungen und belegte die Wirtschaft kurzerhand mit einem Handelsembargo, sollten Entscheidungen in Chişinău ihrem Verständnis zuwiderlaufen. Die Föderation schuf auf diese Weise schnell Abhängigkeiten. Die Unterzeichnung eines Zusatzprotokolls 1995, das ursprünglich nur den vertraglichen Rahmen der russisch-moldauischen Beziehungen aus dem Jahr 1990 auffrischen sollte, erwies sich als bedauerlicher Fehler der Führung in Chişinău: Beide Seiten verpflichteten sich zur gegenseitigen Unterstützung der Aggressionsabwehr – ein unbestreitbarer Rechtfertigungsgrund *ad infinitum* jedweder politischer Intervention Russlands in die innerstaatliche Politik der Republik. Trotz ausbleibender Ratifikation durch das russische Parlament blieb dieses Protokoll wirksames Druckmittel.²⁰¹ An der politischen Entwicklung und demokratischen Bewegung der Republik zeigte sich die Führung in Moskau jedoch nur sporadisch interessiert: Einzig bei den Präsidentschaftswahlen 1996 griff Russland ein und riet öffentlich von der Wiederwahl des Präsidenten Snegur mit Verweis auf dessen korrupte Regierungsführung ab.²⁰²

Die Beziehungen zwischen der EU und Moldau zeugen in dieser ersten Phase von einseitiger Ignoranz und wechselseitigem halbherzigen Engagement.²⁰³ Sie beschränkten sich auf diplomatische Kontakte und waren in den Kontext grundlegender aber meist oberflächlicher Beziehungen der EU zu den westlichen Neuen Unabhängigen Staaten (NUS)²⁰⁴ im Allgemeinen eingebettet. Einzig erfolgreich war der moldauische Vorstoß zu Verhandlungen über ein PKA 1994.²⁰⁵ Die bewusste Zurückhaltung von europäischer Seite hatte mehrere Gründe: Zum einen war die EU zur damaligen Zeit in ihren Ressourcen limitiert und beschränkte ihre Unterstützung auf finanzielle Entwicklungshilfen für GUS-Staaten im Rahmen des *Technical Aid to the Commonwealth of Independent States* (TACIS)-

²⁰⁰ Vgl. Tolstrup (2012), S. 68.

²⁰¹ Vgl. Vitu (2004), S. 18.

²⁰² Vgl. Tolstrup (2012), S. 68.

²⁰³ Vgl. Broich (2008), S. 64.

²⁰⁴ Dazu gehören nach dem Verständnis der EU: Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Republik Moldau, Tadschikistan, Turkmenistan, Ukraine, Usbekistan; vgl. Europäische Kommission (2003), S. 2.

²⁰⁵ Vgl. Bochmann et al. (2012), S. 349 und Phinnemore (2006), S. 5.

Programms²⁰⁶; auch Moldau erhielt diese, wenngleich in deutlich begrenztem Umfang.²⁰⁷ Zum anderen bestärkten der Bürgerkrieg, der anschließende unklare Status und die unscharfe sicherheitspolitische Lage der Enklave Transnistrien die zögernde Haltung der Union. Der als instabil empfundene Landstreifen wurde bewusst „auf Armlänge“²⁰⁸ gehalten.²⁰⁹ So konstatiert David Phinnemore: „Moldova – alongside Belarus – was very much one of the Wider Europe’s ‘forgotten countries’“²¹⁰. Es verwundert nicht, dass die Forderungen und bittenden Briefe der moldauischen Führung unter dem Präsidenten Mircea Snegurs in den Jahren 1993 und 1994, die sich an die führenden Beamten der EU-Institutionen richteten und nach mehr Integration und mehr europäischer Zuwendung verlangten, zunächst kein Gehör fanden und unmittelbare Reaktionen ausblieben.²¹¹ Andererseits war die Republik selbst mit enormen internen wie externen Herausforderungen beschäftigt und politisch wie wirtschaftlich zu einer strategischen Neuorientierung und Klärung der außenpolitischen Beziehungen gezwungen.²¹² Der europäische Vektor war hierbei ein wichtiges Element der Rhetorik in Chişinău, obwohl die Handlungsbereitschaft zu wahrhaftiger Transformation im Rahmen konkreter Reformen bescheiden blieb.²¹³ Auch wechselnde Regierungen unter Präsident Snegur mit Premier Sangheil (1994-1997) und Ciubuc (1997-1998) an der Spitze änderten daran nichts. Sie verharrten hingegen mit ihrem politischen Programm auf niedrigstem Kursniveau gegenüber der Union, während sie der Mitgliedschaft in der GUS hingegen einen detaillierten Katalog an Aktivitäten widmeten.²¹⁴ Dennoch konnte am 28. November 1994 ein PKA zwischen der EU und der Republik Moldau auf den Weg gebracht werden – ein Abkommen, ähnlich den Übereinkommen, die mit anderen NUS-Staaten geschlossen wurden²¹⁵ – das aus Sicht Moldaus den Weg der Europäischen Integration besiegeln sollte, obwohl es deutlich unter den vertraglichen unionalen Mittel zurückblieb.²¹⁶ Im selben Jahr trat Moldau auch der GUS

²⁰⁶ Es handelt sich hierbei um finanzielle Hilfe- bzw. Unterstützungsleistungen der EU an Nachfolgestaaten der Sowjetunion (dazu werden neben den NUS-Staaten auch Russland und die Mongolei gezählt). Für die zugrundeliegende Verordnung vgl. Rat der Europäischen Union (1999b).

²⁰⁷ Vgl. Broich (2008), S. 120f.

²⁰⁸ Tolstrup (2012), S. 69; Übersetzung aus dem Englischen: SB.

²⁰⁹ Vgl. Bochmann et al. (2012), S. 349.

²¹⁰ Phinnemore (2006), S. 6; Herv. Original.

²¹¹ Vgl. Broich (2008), S. 66 und Phinnemore (2006), S. 5.

²¹² Vgl. Broich (2008), S. 121 und Phinnemore (2006), S. 6.

²¹³ Vgl. Tolstrup (2012), S. 69.

²¹⁴ Sangheil würdigte den Kurs der Europäischen Integration mit einem einzigen Satz, während die westliche Orientierung im Verlauf der ersten Amtsperiode Ciubucs sogar keinerlei Erwähnung; vgl. Vitu (2004), S. 48.

²¹⁵ Vgl. Bochmann et al. (2012), S. 349.

²¹⁶ Vgl. Broich (2008), S. 61.

bei und wurde deshalb von einigen Seiten der „Doppelstrategie“²¹⁷ bzw. des Ausgleichs unvereinbarer Interessen zwischen der Union und dem integrativen Gegenspieler Russland bezichtigt.²¹⁸ Absichtserklärungen aus Chişinău, die stets auf diskursiver deklaratorischer Ebene blieben, ohne aber konkrete reformbemühte Aktionen im Rahmen des PKAs zur Folge zu haben, machten das Auftreten der Republik gegenüber der europäischen Gemeinschaft nicht glaubwürdiger. Die Union ihrerseits antwortete darauf stets mit Ignoranz oder Verweisen auf die nötigen aber bisher ausgebliebenen Fortschritte Moldaus bei der Umsetzung des PKAs.²¹⁹ Nach Inkrafttreten eines Interimsabkommens am 1. Mai 1996,²²⁰ welches erste, für die Republik vorteilhafte Regelungen in handelsrelevanten Bereichen vorsah sowie der Installation eines ersten Dialogforums – dem Kooperationskomitee – ändert sich dies dennoch nur zögerlich.²²¹

Eine erste Situationsanalyse der politischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten der Republik erfolgte im Jahr 1995 und deren Ergebnisse wurden bis zur Ratifizierung am 1. Juli 1998 nicht weiter berücksichtigt: Dies kann als deutliches Zeichen europäischen Desinteresses und geringer inhaltlicher Relevanz des PKAs gewertet werden.²²² Erstmals wurde Moldau in europäische Strukturen aufgenommen als es ein Jahr nach der Initiative zum PKA am 13. Juli 1995 als erster GUS-Mitgliedstaat dem Europarat beitrug.²²³ Die europäischen Ambitionen gewannen im politischen Diskurs der Republik zunehmend an Präsenz und Frequenz, wenngleich weitere eindringliche Briefe der Regierung in Chişinău nach Brüssel unerhört blieben und die erstmalige öffentliche Bekanntgabe des Ziels der Republik, nämlich den Abschluss eines AAs mit der Union, am 13. Dezember 1996, keine Beachtung fanden.²²⁴

²¹⁷ Ebenda, S. 64.

²¹⁸ Vgl. ebenda, S. 64.

²¹⁹ Vgl. Broich (2008), S. 65f.

²²⁰ Vgl. Europäische Kommission (1998a).

²²¹ Vgl. Bochmann et al. (2012), S. 350f.

²²² Vgl. Broich (2008), S. 65 und Phinnemore (2006), S. 5f.

²²³ Vgl. Broich (2008), S. 64 und Phinnemore (2006), S. 6.

²²⁴ Vgl. Broich (2008), S. 66f.

4.2 Vom Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zur Europäischen Nachbarschaftspolitik (1998-2003)

Das Inkrafttreten des PKAs im Juli 1998²²⁵ setzte dem über drei Jahre dauernden Verhandlungsprozess ein Ende und besiegelte den Rahmen erster formaler bilateraler Beziehungen zwischen der Republik Moldau und der EU.²²⁶ Das auf vorerst zehn Jahre begrenzte Abkommen umfasste neben der Aussicht auf verbesserte Handelsbeziehungen, die Förderung von Investitionen, insbesondere im Bereich der Privatwirtschaft, und die Zusammenarbeit in Zollfragen. Auch ein intensiver politischer Dialog, eine enge kulturelle Zusammenarbeit und die Unterstützung bei der Harmonisierung des Rechtssystems sollten der Republik auf ihrem Weg der Transformation hin zu mehr Demokratie und einer stabilen Marktwirtschaft als Stütze dienen.²²⁷

4.2.1 Wechselhafte politische Rhetorik in Chişinău

Das Jahr 1998 stellte überdies einen politisch-strategischen Bruch der Führung in Chişinău dar, welcher die Folgejahre maßgebend veränderte: Nach den Parlamentswahlen im März 1998 fixierte die neue Regierung erstmalig die EU-Integration als strategisches Ziel ihrer Politik. Ein Ziel, welches auch die nachfolgende Regierungskoalition ein Jahr später zügig weiterverfolgte.²²⁸ Unter dem reformorientierten Ministerpräsidenten Ion Ciubuc, Abgeordneter der Partei *Alianța pentru Democrație și Reforme* (dem Bündnis für Demokratie und Reformen) wurden 1998 wichtige Weichen einer EU-Annäherung gestellt. Nicht nur sollte eine nationale Strategie zur EU-Integration erarbeitet werden, sondern auch die Verbindungen in Richtung Westen zu einzelnen Mitgliedstaaten der Union intensiviert werden. Von deren Expertise an politischen und wirtschaftlichen Reformen erhofften sich die Führungseliten zu profitieren.²²⁹ An dieser Kurswahl und den damit verbundenen reformorientierten Plänen des Vorgängers hielt auch die ein Jahr später anschließende Nachfolgerregierung unter Ion Sturza fest und nahm sich dem EU-zentrierten Kurs unter dem Motto „Supremacy of the Law, Revival of Economy, European Integration“²³⁰ verstärkt an.

²²⁵ Vgl. Europäische Kommission/Rat der Europäischen Union (1998).

²²⁶ Vgl. Korosteleva (2010), S. 1272.

²²⁷ Vgl. Bochmann et al. (2012), S. 169, 349f. sowie den Vertragstext des PKA: Europäische Kommission (1998b) insbesondere Art. 1. Für einen prägnanten Überblick vgl. außerdem die Pressemitteilung der Kommission aus dem Jahr 1998: Europäische Kommission (1998a).

²²⁸ Vgl. Broich (2008), S. 67 und Korosteleva (2010), S. 1268f.

²²⁹ Vgl. Broich (2008), S. 67f.

²³⁰ Vitu (2004), S. 48; vgl. dazu im Allgemeinen Phinnemore (2006), S. 8.

Ein überaus ambitioniertes Arbeitsprogramm umfasste neben dem Ziel, ein Freihandelsabkommen mit der EU zu paraphieren und ein Visaregime zu errichten, die zügige Ausarbeitung der von Ciubuc bereits initiierten Integrationsstrategie. Die Beziehungen zur Russischen Föderation und zur GUS wurden mit Hinblick auf die Vermeidung einer erneuten Doppelstrategie absichtlich in den Hintergrund gerückt und fanden nur im Kontext des Transnistrienkonflikts Erwähnung.²³¹ Aufgrund des Engagements dieser Regierung entstand das Papier *The Strategy of the Republic of Moldova for Association with the EU*.²³² Das Kabinett unter Sturza währte aber nicht länger als ein Jahr; dies hatte deutlich negative Folgen für die Beziehungen der Republik zur EU. Was die Regierungen unter Ciubuc und Sturza klar vermieden hatten – eine Multivektorenpolitik durch das Ausbalancieren zwischen einem rhetorisch „gebetsmühlenartigen“²³³, fortschrittslosen EU-Kurs und einer Wiederannäherung an den strategisch reizvolleren Partner Russland – wurde nun vorherrschendes Paradigma der folgenden auswärtigen Politik.²³⁴ Nach einem kurzen Intermezzo der Regierung unter Premier Braghis 1999-2001 wurde die kommunistische Partei (PCRM) im Februar 2001 an die Spitze des Landes gewählt. Die neue Administration mit Vladimir Voronin als ihrem Präsidenten (ab April 2001) konzentrierte im Sinne eines *de facto* präsidentiellen Systems sogleich alle Macht auf das Staatsoberhaupt und verfolgte nun vehement eine Re-orientierung in Richtung Osten sowie eine kulturelle und sprachliche Re-Russifizierung.²³⁵ Voronins Vergleich der Republik Moldau mit einem „europäischen Kuba“²³⁶, das gegenüber Europa – wie einst Kuba gegenüber den USA – widerstehen müsse, war bezeichnend für den außenpolitischen Kurs in den ersten Amtsjahren Voronins.²³⁷ Diese sich abschottende Haltung führte aber auch dazu, dass Voronin ein intransparentes, autoritär geführtes und kaum wettbewerbsfähiges System schuf, in welchem weder für Reformen Raum blieb, noch oppositionelle reformwillige Kräfte die Zentralisierung der Macht verhindern konnten;²³⁸ ein deutlicher Rückschritt der demokratischen Performanz des Landes.

²³¹ Vgl. Vitu (2004), S. 48.

²³² Phinnemore (2006), S. 8.

²³³ Broich (2008), S. 73.

²³⁴ Vgl. Broich (2008), S. 73ff. und Vitu (2004), S. 48.

²³⁵ Vgl. Vitu (2004), S. 22, 36, 48f. und Tolstrup (2012), S. 69.

²³⁶ Vitu (2004), S. 36.

²³⁷ Vgl. Phinnemore (2006), S. 9, Radio Free Europe/Radio Liberty (2003) und Vitu (2004), S. 36.

²³⁸ Vgl. Meister (2011), S. 2 und Tolstrup (2012), S. 69.

Die Unbeständigkeit der Regierungen in der Republik, die wirtschaftliche Rezession und der weiterhin offene und von Russland dominierte Verhandlungsprozess um Transnistrien machten einen geradlinigen und progressiven EU-Kurs kaum durchführbar und waren Zeichen einer außen- wie innenpolitischen Spaltung des Landes. So vielversprechend die politische Rhetorik den Reformkurs der Republik auch darstellte, so konnte sie nicht über die miserable wirtschaftliche Lage des Landes hinwegtäuschen. Der kaum ökonomisch konsolidierte Staat schlitterte bedrohlich in Richtung Staatsbankrott mit sich anhäufenden Schulden aus dem Energiebedarf von etwa 11% des gesamten BIP.²³⁹ Das zweite Treffen des dem PKA entsprungenen Kooperationsrates²⁴⁰ im Januar 2000 ergab ein klares Urteil: Die Bewältigung der wirtschaftlichen Rezession könne nur durch die ambitionierte Fortsetzung der Reformen erreicht werden;²⁴¹ über die konkreten Maßnahmen schieden sich jedoch die Geister.²⁴² Während sich Ende der 1990er Jahre innerhalb der Vielzahl an Parteien und politischen Bewegungen eine wachsende Gruppe an Befürwortern der EU-Integration formiert hatte, die dieses Ziel mehrheitlich im Mai 2000 in einer Erklärung zur fundamentalen strategischen Zielsetzung der Republik Moldau²⁴³ erhob, brachte die neue kommunistische Regierung ab 2001 zunächst eine Zäsur. Zum ersten Mal seit ihrer Unabhängigkeit stand die Republik 2002 in offener Kritik der europäischen Institutionen, da die kommunistische Führung Proteste aus dem oppositionellen Lager mit massiven Einschränkungen und Verboten beantwortet hatte.²⁴⁴ Wenngleich ein diplomatisches Eingreifen der Union in letzter Minute erfolgte, so war es dennoch Ausdruck eines gewachsenen Interesses der EU an einem stabileren Moldau, das auch weiterhin dem demokratischen Kurs treu bleiben sollte. Die Führung in Chişinău bemängelte zwar stets das Fehlen von Richtgrößen bei der Umsetzung des PKAs und sah sich ohne klar definiertes Ziel unzureichend motiviert; dennoch erreichte das Land erste Fortschritte bei der Angleichung an EU-Besitzstand.²⁴⁵

Die außenpolitische Strategie unter der Präsidentschaft Voronins – wenn diese denn existierte – ließ zunächst eine Rückkehr zur Schaukelpolitik der 1990er Jahre vermuten; sie

²³⁹ Vgl. Korosteleva (2010), S. 1268.

²⁴⁰ Auf dieses Gremium wird u. s. nochmals ausführlicher eingegangen.

²⁴¹ Vgl. Broich (2008), S. 74.

²⁴² Vgl. Phinnemore (2006), S. 9.

²⁴³ 20 von 28 Vereinigungen unterzeichnen die Erklärung; vgl. dazu: Broich (2008), S. 74; Phinnemore (2006), S. 9 und Vitu (2004), S. 49f.

²⁴⁴ Vgl. Tolstrup (2012), S. 70.

²⁴⁵ Vgl. Korosteleva (2012), S. 106. Korosteleva nennt neben Errungenschaften um Bereich der Marktöffnung und erste Gesetzgebung zur Angleichung an EU-*acquis*.

stellte sich letztendlich jedoch nicht als grobes und unüberwindbares Hindernis des EU-Kurses heraus.²⁴⁶ Ganz im Gegenteil: So war es Voronin selbst, der trotz entschiedener Zurückweisung aus Brüssel einen EU-Beitritt der Republik bis 2007 prophezeite und fälschlicherweise mehrfach Hoffnungen auf eine innereuropäische Zukunft des Landes schürte.²⁴⁷ So verglich er beispielsweise das bestehende PKA mit den Europaabkommen der mittelosteuropäischen Beitrittskandidaten: Ein Trugschluss, da das PKA alles andere als eine Beitrittsofferte darstellte.²⁴⁸ Außerdem zählten die Errichtung einer eigenen *National Commission for European Integration*,²⁴⁹ die Schaffung einer neuen EU-fokussierten Abteilung des Außenministeriums und die Gründung einer zwischenministeriellen Arbeitsgruppe zu eben diesem Thema zu den bedeutsamen und symbolträchtigen ersten Schritten der Institutionalisierung des europäischen Kurses.²⁵⁰ Auch innerhalb der Gesellschaft insgesamt schien ein pro-europäischer Richtungswechsel greifbar. Die Umfragewerte unabhängiger Meinungsforschungsinstitute belegten dies deutlich: Während die Unterstützung gegenüber einer EU-Integration des Landes Mitte der 1990er Jahre noch deutlich gering ausfiel, bewerteten im Mai 2003 bereits 42% der Moldauer diese Aussicht als positiv.²⁵¹ Den Hintergrund dafür bildeten neben den bereits erwähnten innenpolitischen Veränderungen sowohl strategische Überlegungen in den Brüsseler Institutionen zu Beginn des 20. Jahrhundert im Kontext der herannahenden Osterweiterung als auch das verstärkt imperialistische Gebaren Russlands, das zu mehr Zurückhaltung der Moldauer gegenüber der Russischen Föderation führten. Vieles sprach dafür, dass sich die Republik bereits einen „Platz im Europäischen Zug“²⁵² besetzt zu haben schien.

4.2.2 Aufkeimendes Kooperationsinteresse zwischen der EU und Moldau

Der integrative Anreiz von Seiten der EU gegenüber der Republik Moldau blieb vorerst gering, da es dem Großteil der Unionsmitglieder angesichts der bereits kräfteaubenden Beitrittsgespräche mit den osteuropäischen Staaten an Enthusiasmus fehlte.²⁵³ Das PKA, das

²⁴⁶ Vgl. Phinnemore (2006), S. 11.

²⁴⁷ Vgl. ebenda, S. 11.

²⁴⁸ Vgl. Korosteleva (2012), S. 107.

²⁴⁹ Vgl. Gheorghiu (2003).

²⁵⁰ Vgl. Gheorghiu (2003) und Korosteleva (2012), S. 107.

²⁵¹ Vgl. Phinnemore (2006), S. 11.

²⁵² Phinnemore (2006), S. 11.

²⁵³ Vgl. ebenda, S. 13.

erst am 1. Juli 1998 – über drei Jahre nach seiner Unterzeichnung – in Kraft trat,²⁵⁴ gab keinerlei Hinweise auf eine mögliche Weiterentwicklung hin zu einer *Finalité*²⁵⁵ der Beziehungen zur Union wie sie beispielsweise ein Beitritts- oder Assoziierungsabkommen dargestellt hätte. Dies war ein klares Abbild der „Prokrastination“²⁵⁶ der EU.²⁵⁷ Für das Bitten und Drängen der moldauischen Führung auf Integration schienen die Brüsseler Institutionen unempfänglich.²⁵⁸ Dennoch zeigten sie sich an einer strukturellen und formellen Intensivierung der bilateralen Beziehungen interessiert und verstärkten diese insbesondere durch den Aufbau zusätzlicher politischer Kooperationsforen auf verschiedenen Ebenen: Dazu gehört neben dem Kooperationsrat – einem Dialog bestehend aus moldauischen Ministern und EU-Kommissaren – auch das Parlamentarische Kooperationskomitee, welches sich aus den Abgeordneten der Republik Moldau und EU-Parlamentariern zusammensetzt.²⁵⁹ Die erste Sitzung des Kooperationsrats zwei Wochen nach in Kraft treten des PKAs wurde von Seiten der Europäischen Kommission als entscheidender Erfolg gewertet, insbesondere aufgrund der daraufhin folgenden „Vertiefung der Zusammenarbeit mit dem Ziel, [der] schrittweise[n] Einbindung der Republik Moldau in einen größeren europäischen Wirtschaftsraum.“²⁶⁰

Darüber hinaus verstärkte die Union ihre finanziellen Aufwendungen im Rahmen von TACIS; während im Laufe der 1990er Jahre 164 Mio. Euro an die Republik bezahlt wurden, vergrößerte sich der Betrag auf 283 Millionen Euro von der Jahrtausendwende bis 2003.²⁶¹ Das PKA eröffnete zudem die Möglichkeit, nach erfolgreich durchgeführten Reformen zukünftig auch Verhandlungen über die Errichtung einer Freihandelszone zu beginnen und sah eine allmähliche Annäherung an die Gesetzgebung der Union vor.²⁶² Ein ehrgeizigeres Ziel, im Sinne einer Aussicht auf umfassende verbindliche Intensivierung der Beziehungen

²⁵⁴ Vgl. Rat der Europäischen Union/Europäische Kommission (1998), S. 2.

²⁵⁵ Der aus dem Französischen entlehnte Begriff der *Finalité* kann im Deutschen mit „Zweckbestimmung“ oder „Ziel“ übersetzt werden. Dennoch wird der französische Ausdruck für diese Arbeit vorgezogen, da er im Kontext weit mehr als ein „Ziel“ vorgibt; er impliziert im Wesentlichen das Ultimatum – aus Sicht der Union – und das Maximum – in diesem Falle aus Sicht der Republik Moldau – der bilateralen Beziehungen zwischen der Union und einem Nicht-Beitrittskandidaten.

²⁵⁶ Korosteleva (2010), S. 1272; Übersetzung aus dem Englischen: SB.

²⁵⁷ Vitu (2004) führt hierzu außerdem die geringe Attraktivität und Popularität der Republik Moldau für einige der Unionsmitglieder an – ihnen fehlen geographische Nähe, Fortschritt und wirtschaftliche wie politische Stabilität vgl. Vitu (2004), S. 40.

²⁵⁸ Vgl. Bochmann et al. (2012), S. 350.

²⁵⁹ Vgl. Bochmann et al. (2012), S. 350 und Korosteleva (2012), S. 106.

²⁶⁰ Europäische Kommission (1998c); Für die Bedeutung der Sitzungen des Gremiums vgl. außerdem Broich (2008), S. 70.

²⁶¹ Vgl. Bochmann et al. (2012), S. 349.

²⁶² Vgl. Europäische Kommission (1998b), S. 6f.

durch eine neue Generation von Abkommen, vermied das Übereinkommen dennoch vollständig. Ganz im Gegenteil wiederholte die Europäische Kommission stetig und ausdauernd, dass ohne die ganzheitliche Implementierung des PKAs auch keine Erweiterung der Beziehungen möglich sei.²⁶³ Die Führung in Chişinău blieb ebenso hartnäckig: Als die EU 1999 ihre Initiative zu einem Stabilitätspakt für Südosteuropa veröffentlichte,²⁶⁴ drängte Moldaus amtierende pro-europäische Regierung intensiv auf die Beteiligung an diesem neuen geopolitischen, wirtschaftlich gewinnbringenden Programm²⁶⁵ und erzielte mit ihrem stetigen Pochen an die Tore der EU zumindest einen Teilerfolg. Denn die Union war bisher den Ambitionen Moldaus gegenüber einer unterstützenden unionalen Einmischung bei der Lösung des Transnistrienkonflikts auf Distanz geblieben und zeigte sich nun zusehends gewillter, sich aktiver am Verhandlungstisch einzubringen.²⁶⁶ Mit der neuen kommunistischen Führung unter Voronin ab 2001 schwenkte die Blickrichtung der Republik jedoch in Richtung Osten und das Ziel der Europäischen Integration bleibt auf der Ebene trivialer folgenloser Absichtserklärungen.²⁶⁷ So brachte auch die zuerkannte Mitgliedschaft im Stabilitätspakt für Südosteuropa aus mangelndem Interesse der Führungselite dem Land keinerlei politische oder wirtschaftliche Vorteile. Damit erstickte schnell jede Hoffnung auf die Anerkennung eines potentiellen Kandidatenstatus – wie er allen westlichen Balkanstaaten im Rahmen des Paktes gewährt worden war.²⁶⁸ So waren die Schlussfolgerungen des Europäische Rates in Kopenhagen im Dezember 2002,²⁶⁹ die nicht nur die folgende große Erweiterungsrunde 2004 zementierten, sondern auch Rumänien und Bulgarien zu nächsten Beitrittskandidaten erhoben, eine deutliche, wenngleich ernüchternde Botschaft für Moldau, die Ukraine und Belarus, nämlich vom Erweiterungsprozess einstweilen ausgeschlossen zu bleiben.²⁷⁰

Die anstehende Osterweiterung und die damit im Rahmen weitreichender Grenzverschiebungen verbundenen neuen und elementaren sicherheitspolitischen Herausforderungen heizten um die Jahrtausendwende aber auch EU-interne Debatten über die Zukunft der EU-Außengrenzen und der neuen Nachbarschaft an und ließen die Idee eines

²⁶³ Vgl. Phinnemore (2006), S. 13.

²⁶⁴ Vgl. Rat der Europäischen Union (1999a).

²⁶⁵ Vgl. Vitu (2004), S. 41.

²⁶⁶ Vgl. Phinnemore (2006), S. 14 und Vitu (2004), S. 29, 42.

²⁶⁷ Vgl. Vitu (2004), S. 43.

²⁶⁸ Vgl. Phinnemore (2006), S. 13 und Vitu (2004), S. 44.

²⁶⁹ Vgl. Rat der Europäischen Union (2002), S. 5.

²⁷⁰ Vgl. Vitu (2004), S. 5.

„Wider Europe“²⁷¹ aufflammen.²⁷² Dieser Gedanke wurde durch die gemeinsame Initiative von Polen, Großbritannien und Schweden im Rahmen eines neuen Konzepts verstärkt und konkretisiert, das die bestehenden Beziehungen zu den südlichen und östlichen Anrainern ergänzen, jedoch nicht ersetzen sollte;²⁷³ zunächst lag der Fokus dennoch eindeutig auf den neuen Nachbarn im Osten, der Ukraine, Belarus und der Republik Moldau – „a territory in-between“²⁷⁴.²⁷⁵ Javier Solana, der damalige Hohe Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik, wurde gemeinsam mit Erweiterungskommissar Chris Patten beauftragt, eine Strategie auszuarbeiten; sie wurde von der Kommission am 11. März 2003 präsentiert.²⁷⁶ Im Zentrum stand insbesondere das Anliegen, „neue Trennungslinien“²⁷⁷ in Europa zu vermeiden und alternative vertragsrechtliche Beziehungsformen mit diesen Ländern zu finden, die zu enger, differenzierter Kooperation führen und die Attraktivität von Beitrittsübereinkommen eindämmen sollten.²⁷⁸ So folgerten Patten und Solana in ihrem Vorschlag, dass der potentielle zukünftige Ausschluss dieser Staaten aus der Uniongemeinschaft als Wohlstandszone und Stabilitätsgarant möglicherweise das Risiko eines nachfolgenden Misserfolgs einer nachhaltigen Europäisierung in sich bergen könnte.²⁷⁹ Das *Wider Europe*-Konzept bekam schon bald ein neues Prädikat: Im Rahmen der „Europäischen Nachbarschaftspolitik“²⁸⁰ sollte zukünftig dem „Ring befreundeter [EU-Nachbar-; Anm. SB] Staaten“²⁸¹ ein weitaus größerer Anreiz-Baukasten als bisher geboten werden. Der damalige Kommissionspräsident Romano Prodi beschrieb dies 2002 mit den Worten als: „sharing everything but institutions“²⁸² bzw. „more than partnership and less than membership, without precluding the latter“²⁸³. Diese Akzentuierung sollte dezidiert eine Gleichstellung mit der bisherigen EU-Erweiterungspolitik aus dem Weg räumen.²⁸⁴ Und obwohl sich erste konzeptuelle Briefwechsel der EU Mitgliedstaaten an die Europäische

²⁷¹ Europäische Kommission (2002).

²⁷² Vgl. Kratochvil/Tulmets (2010), S. 61f.

²⁷³ Vgl. ebenda, S. 63f.

²⁷⁴ Ebenda, S. 71.

²⁷⁵ Vgl. ebenda, S. 71.

²⁷⁶ Vgl. Kratochvil/Tulmets (2010), S. 64f.; für das offizielle Dokument der Kommission vgl. Europäische Kommission (2003).

²⁷⁷ Europäische Kommission (2003), S. 4.

²⁷⁸ Vgl. Kratochvil/Tulmets (2010), S. 71. und Langbein (2013), S. 30.

²⁷⁹ Vgl. Kratochvil/Tulmets (2010), S. 71f.

²⁸⁰ Europäische Kommission (2004).

²⁸¹ Europäische Kommission (2003), S. 4.

²⁸² Europäische Kommission/Prodi (2002).

²⁸³ Ebenda.

²⁸⁴ Vgl. Kratochvil/Tulmets (2010), S. 66.

Kommission bezüglich der Adressaten einer neuen auswärtigen EU Politik auf potentielle zukünftige Kandidaten in Osteuropa bezogen, wurde dieser Aspekt aufgrund seines bitteren Beigeschmacks einer neuen Erweiterungsrunde zügig vom strategischen Planungstisch geräumt.²⁸⁵

Die neue „Europäische Sicherheitsstrategie“²⁸⁶, die im Jahr 2003 als grundlegendes zukunftsweisendes Dokument der Union verabschiedet wurde, erhob die außenpolitische Rolle der EU auf eine neue Stufe.²⁸⁷ Erstmals formuliert sie, dass es „im Interesse Europas [liege], dass die angrenzenden Länder verantwortungsvoll regiert werden. [Und] Nachbarländer, die in gewaltsame Konflikte verstrickt sind, [und] schwache Staaten, in denen organisierte Kriminalität gedeiht“²⁸⁸ durchaus ein Problem für die Union darstellen. Im Sinne eines externen Stabilisators bekennt sich die Union auf diese Weise auch konkret zu einem zukünftig verstärkten Engagement bei der Regelung von *Frozen Conflicts* wie in Transnistrien.²⁸⁹ Die Europäische Sicherheitsstrategie wird sogar noch deutlicher und koppelt die wirtschaftlich wie politisch vorteilhafte Zusammenarbeit der Union zu ihren Nachbarn an die Prämisse, dass sich die Gemeinschaft gleichzeitig deren innerstaatlichen Herausforderungen annehmen müsse.²⁹⁰ Für die EU blieb ein kooperatives, jeder Konkurrenz erhabenes Agieren mit Russland, als „unverzichtbarer Teil der Region“²⁹¹, wichtiger Bestandteil jeden Engagements in ihrer östlichen Peripherie und damit Voraussetzung einer erfolgreichen Stabilisierung des post-sowjetischen Raumes. Der erste Versuch aus Brüssel im Mai 2003 mit Russland einen Dialog über die zukünftige Partizipation der EU bei der Konfliktlösung zu beginnen, wurde von Moskau zwei Monate später unmissverständlich zurückgewiesen;²⁹² Russland legte großen Wert darauf, „Herr des Verfahrens zu bleiben“²⁹³. Die Entwicklung der neuen Außenstrategie der Union konnte die Russische Föderation dennoch nicht verhindern: Nach den Vorarbeiten von einzelnen EU-

²⁸⁵ Vgl. ebenda, S. 64f.

²⁸⁶ Europäischer Rat (2003).

²⁸⁷ So wird gleich in den einführenden Worten des Strategiepapiers betont darauf hingewiesen, dass die Union aufgrund ihrer wirtschaftlichen Stärke wie politischen Strahlkraft „zwangsläufig ein globaler Akteur“ sei und dementsprechend „Verantwortung für die globale Sicherheit und für eine bessere Welt“ mittragen müsse; Europäischer Rat (2003), S. 1.

²⁸⁸ Europäischer Rat (2003), S. 7; vgl. außerdem De Tinguy (2006), S. 98.

²⁸⁹ Vgl. De Tinguy (2006), S. 98f.

²⁹⁰ Vgl. Koopmann (2006), S. 20.

²⁹¹ Schneider-Deters/Schulze/Timmermann (2008), S. 41. Die Autoren zitieren aus dem unveröffentlichten Teil des *Wider-Europe* Strategiepapier-Entwurfs von Javier Solana und Chris Patten vom August 2002.

²⁹² Vgl. De Tinguy (2006), S. 100.

²⁹³ Ebenda, S. 99.

Ratsvorsitzen und unter großem Einsatz von Patten und Solana, veröffentlichte die Europäische Kommission am 11. März 2003 ihre Initiative für ein „Größeres Europa“²⁹⁴ – *Wider Europe*. Das Konzept der Kommission schließt für die Schaffung eines „erweiterten Raum[es] politischer Stabilität und funktionierender Rechtsstaatlichkeit“²⁹⁵ und für die Etablierung einer „Zone des Wohlstands und der guten Nachbarschaft“²⁹⁶ das Instrument der Konditionalität als wirksames Mittel ein. Um die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Vorteile der Übernahme europäischer Standards, Werte und Normen nutzen zu können, seien deshalb im Vorfeld substantielle Reformschritte nötig. Damit erkannte die Union offiziell die Schwächen und mangelhaften Anreizstrukturen der laufenden PKAs an, die für die Zielstaaten unzureichend bestimmt waren und zu geringe Vorzüge enthielten.²⁹⁷ Projekte, wie das einer Freihandelszone, die beispielsweise das PKA mit Moldau vorsah, waren daher aufgrund der Rückständigkeit des Partnerlandes ungeeignet und führten nur zur beidseitigen Enttäuschung.²⁹⁸ Die neue Vision der Europäischen Kommission verstand sich hingegen fortschrittlich als „differenziertes, schrittweises und mit Maßstäben ausgestattetes Konzept“²⁹⁹ auf der Basis überprüfbarer länderspezifischer Aktionspläne, deren erfolgreiche Umsetzung gebührend belohnt werden sollte,³⁰⁰ ein außenpolitisches Novum der Kooperationsbereitschaft der Union gegenüber ihren Nachbarn, das für bessere Kalkulierbarkeit und Transparenz des Konditionalitätsprinzips sorgen sollte.³⁰¹ Nach der Mitteilung der Europäischen Kommission besiegelte der Europäische Rat in Thessaloniki im Mai desselben Jahres die neue ENP.³⁰² Die Führungseliten in Chişinău zeigten sich dennoch enttäuscht, denn obgleich es den pro-europäischen Erklärungen der Regierung bisher wissentlich an glaubwürdigen Aktionen fehlte, bleibt ihr höchstes Ziel und denkbar größter Anreiz, eine EU-Beitrittsperspektive, auf Weiteres – wenn nicht für immer – urkundlich verwehrt.³⁰³ Während es zunächst insbesondere für die kommunistische Führung weiterhin zweifelsfrei schien, dass es keinen Grund für die Entscheidungsnotwendigkeit zwischen zwei

²⁹⁴ Europäische Kommission (2003).

²⁹⁵ Ebenda, S. 3.

²⁹⁶ Ebenda, S. 4.

²⁹⁷ Vgl. Europäische Kommission (2003), S. 5.

²⁹⁸ Vgl. ebenda, S. 11.

²⁹⁹ Ebenda, S. 15.

³⁰⁰ Vgl. ebenda, S. 17f.

³⁰¹ Vgl. ebenda, S. 17.

³⁰² Vgl. Europäische Kommission (2003) und Rat der Europäischen Union (2003b).

³⁰³ Vgl. Europäische Kommission (2003), S. 5 und Vitu (2004), S. 45f.

Integrationsvektoren Ost bzw. West für Moldau gäbe,³⁰⁴ warnte Patten im Juli 2003 nachdrücklich vor einer derart schizophrenen Einstellung: Der Versuch der gleichzeitigen Angleichung von Rechtsvorschriften innerhalb der NUS sowie die Annäherung eines dieser Staaten an EU-*acquis* gleiche einem dreidimensionalen Schachspiel und könne von Seiten der Union nicht ignoriert oder gar gebilligt werden.³⁰⁵

Die Enttäuschung schien komplett als der amtierende Erweiterungskommissar Günter Verheugen keine fünf Tage nach der großen EU-Osterweiterung am 1. Mai 2004 verkündete, dass von nun an für längere Zeit die westliche Grenze der ehemaligen Sowjetunion die östliche Grenze der EU bleiben werde.³⁰⁶ Trotz dieser Rhetorik blieb ein grundlegender revolutionärer Fortschritt jedoch erhalten: Die Republik Moldau war nun in vollem Umfang auf das Radar der Union gelangt.³⁰⁷ Sanktionen, die im Februar 2003 dem Regime von Transnistriens Präsidenten Smirnov auferlegt wurden, waren ein deutliches Zeichen dafür, dass es die Union ernst meinte.³⁰⁸

4.2.3 Schwäche des östlichen Vektors

Die moldauisch-russischen Beziehungen wurden im ausgehenden 20. Jahrhundert von den Entwicklungen um die Lösung des Transnistrienkonflikts überschattet: Nachdem die erste Verhandlungsrunde im direkten Anschluss an den Waffenstillstand im Juli 1992 zwar die geopolitischen Interessen Russlands manifestierte – ein unbefriedigendes Resultat für die Republik Moldau – waren die Erwartungen in Chişinău gegenüber dem zweiten Anlauf, der im Mai 1997 nach dem russischen Vorstoß unter Außenminister Primakov erfolgte, groß. In Moskau kam es schließlich zur Unterzeichnung des Memorandums über die *Normalization of Relations Between the Republic of Moldova and Transdneistria*.³⁰⁹ Für die Führung in Chişinău waren die weiteren Verhandlungen, die den Absichten Moskaus und Tiraspol folgend eine föderale Regelung zum Ziel haben sollten, jedoch unzureichend und enttäuschend. Der anschließende Rückzug der Republik aus den Gesprächen führte unmittelbar zur Ausdehnung der militärischen Präsenz Russlands auf transnistrischem Gebiet – auf unbestimmte Zeit.³¹⁰ Zwar ließ sich Moskau auf dem Gipfel der Organisation für

³⁰⁴ Vgl. Vitu (2004), S. 50.

³⁰⁵ Vgl. ebenda, S. 50f.

³⁰⁶ Vgl. Phinnemore (2006), S. 15.

³⁰⁷ Vgl. ebenda, S. 14.

³⁰⁸ Vgl. De Tinguy (2006), S. 101.

³⁰⁹ Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (1997).

³¹⁰ Vgl. Korosteleva (2010), S. 1277.

Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Istanbul im November 1999³¹¹ für die Zustimmung zu einer formalen Fristvereinbarung bis zur definitiven Munitionsvernichtung bis Ende 2001 und einem endgültigen Truppenabzug bis Ende 2002 gewinnen, jedoch kam es bis heute – trotz Verlängerung der Deadline 2003 – aus „technischen Gründen“³¹² nicht zur Umsetzung des zweiten Teils der Vereinbarung. Nachdem die russische Führung eine Sonderklausel durchsetzen konnte, nach der ein Rückzug nur dann gerechtfertigt wäre, wenn „the necessary conditions are in place“³¹³, liegt das Verbleiben der russischen Armee ausschließlich in den Händen und dem Ermessen Moskaus.³¹⁴ Die Verhandlungen zwischen der Republik Moldau, Russland, Transnistrien, der OSZE und der Ukraine, konnten den Konflikt weder lösen, noch nachhaltig voranbringen; der zunächst großflächige Ausschluss jedweder westlichen Verhandlungsmacht – der EU eingeschlossen – sowie das leichte Aushebeln des OSZE-Einflusses als externer Schlichter durch die Vetoposition Russlands stärkte die Kontrollposition der Föderation gegenüber einer potentiellen Lösungsfindung bzw. gegenüber dem Erhalt des Status quo.³¹⁵ Dies ging einher mit einer außenpolitischen Strategie Russlands, die unter Vladimir Putin im Jahr 2000 auf eine neue Grundlage gestellt werden sollte: Das Nationale Sicherheitskonzept formulierte die zentrale Zielsetzung, die Stellung des Landes als Großmacht und einflussreiches Zentrum umfassend zu stärken.³¹⁶ Besonders im Bereich der nachbarschaftlichen Beziehungen der Föderation symbolisierte dies einen Wandel: Weg von der Wunschvorstellung einer Wiedereingliederung hin zu einer von Pragmatismus geprägten und interessengeleiteten gezielten Einwirkung.³¹⁷ Ferner betonte die kurz später folgende „Mittelfristige Strategie für die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Russischen Föderation und der Europäischen Union (2000-2010)“³¹⁸ klar die Einordnung Russlands als Weltmacht, die für sich die Freiheit beanspruche, „seine Innen- und Außenpolitik selbst zu bestimmen und durchzuführen [...] [und] eigenverantwortlich seine Position und Tätigkeiten in internationalen Organisationen

³¹¹ Vgl. Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (1999).

³¹² Vgl. Vitu (2004), S. 28. Russland berief sich diesbezüglich auf Widerstand aus Tiraspol, der jedoch nach der Einschätzung von Beobachtern als eigens von Russland initiierte Reaktion verdächtigt wurde, vgl. Vitu (2004), S. 28.

³¹³ Vitu (2004), S. 28; Herv. SB. Was unter *necessary conditions* verstanden werden könnte, blieb ungeklärt.

³¹⁴ Vgl. De Tinguy (2006), S. 100 und Vitu (2004), S. 28.

³¹⁵ Vgl. Vitu (2004), S. 29.

³¹⁶ Vgl. Freire (2012), S. 22 und für das offizielle Dokument: vgl. The Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation (2000).

³¹⁷ Vgl. Freire (2012), S. 22f. und Schneider-Deters/Schulze/Timmermann (2008), S. 35.

³¹⁸ Regierung der Russischen Föderation (1999); Übersetzung aus dem Russischen: SB; vgl. außerdem: De Tinguy (2006), S. 86.

auszuüben“³¹⁹. Die neuen außenpolitischen Akzente Russlands waren Reaktion auf den Attraktivitätsverlust ihres einstigen Aushängeschildes post-sowjetischer Integration, die GUS, über die immer häufiger kritische Stimmen aus den Reihen enttäuschter Mitgliedstaaten laut wurden, die deren Ineffektivität anprangerten.³²⁰ Die von der Republik Moldau ersehnten Lösungen brennender Probleme, wie die Krise um das abtrünnige Transnistrien und die wirtschaftliche Rezession, blieben unbeantwortet.³²¹ Sogar Russland zog sich nach der Machtübernahme Vladimir Putins 2001 allmählich sowohl aus der Leitungsriege als auch aus bestimmten wirtschaftsrelevanten Bereichen getroffener Vereinbarungen zurück³²² und richtete seinen Fokus verstärkt auf die bilateralen Beziehungen zu seinen Nachbarn sowie auf kleinere partielle Kooperationsformate wie dem EWR (2003) oder den verstärkten Versuchen, Transnistrien unter eigenen Einfluss zu bringen.³²³ Der außenpolitische Strategiewechsel Russlands beinhaltete ebenso verstärkte bilaterale Beziehungen zwischen der Föderation und der Republik Moldau nach Amtsantritt des Kommunisten Voronin 2001. Dies erweckte zunächst den Eindruck einer Abwendung Chişinăus von europäischen Bestrebungen zugunsten alternativer Integrationskonzepte.³²⁴ Im Laufe der ersten Regierungsjahre zeigte sich Voronin jedoch eher vermittelnd und pendelnd zwischen integrationsorientierten verbalen Zusagen an Moskau und ausdrücklichen Bitten an die EU-Institutionen in Brüssel, der Republik auf ihrem EU-Kurs entgegenzukommen. Während der politischen Ausschreitungen zwischen Opposition und dem kommunistischen Lager 2002 zeigte Russland kein Interesse daran, die der Demokratie abträglichen Entwicklungen zu verhindern und das Land zu stabilisieren – ganz im Gegenteil: Voronin konnte auf Unterstützung der Führung aus Moskau hoffen, die über mediale Propaganda und finanziellen Rückhalt den Konflikt noch weiter anheizte.³²⁵ Durch derartige Aktionen und machtpolitische Überlegungen erhoffte sich Russland, seinen Einfluss in der benachbarten Sphäre zu erhalten und maßgebend an der künftigen Architektur des östlichen Europas

³¹⁹ Regierung der Russischen Föderation (1999), Absatz 1.1; Übersetzung aus dem Russischen: SB.

³²⁰ Vgl. Vitu (2004), S. 23.

³²¹ Ein Kuriosum: Als einzig spürbares Ergebnis erhielt die Republik im Jahre 2002 99 weißrussische Traktoren zum Spottpreis - eine Bilanz jahrelanger Bemühungen um wirtschaftliche Integration und Aufbau von innergemeinschaftlicher Präferenzstrukturen, der selbst der amtierende russlandzugewandte Präsident Vladimir Voronin Sarkasmus entgegenbrachte: “[T]his is the result of Moldova’s integration into CIS.” Vladimir Voronin zitiert in Vitu (2004), S. 23.

³²² Vgl. Vitu (2004), S. 25.

³²³ Vgl. Schneider-Deters/Schulze/Timmermann (2008), S. 35, 159, 169 und Zabarah (2011), S. 163.

³²⁴ Vgl. Phinnemore (2006), S. 9.

³²⁵ Vgl. Tolstrup (2012), S. 70f.

mitgestalten zu können.³²⁶ Auf wirtschaftlicher Ebene bemühte sich Moskau dies dadurch zu erreichen, dass es zum einen mit Aufkäufen und Übernahmen der wichtigsten Unternehmenszweige staatliche Einnahmequellen zu dominieren versuchte und zum anderen gezielt Leitungsstäbe großer und strategisch wichtiger Konzerne mit pro-russischen Bediensteten besetzen ließ.³²⁷ Das Konkurrenzdenken Moskaus und das Bestreben das Nullsummenspiel in Zwischeneuropa durch ein „Zementieren des Status quo“³²⁸ für sich zu entscheiden, erwiesen sich jedoch blind gegenüber dem europäischen Vektor des politischen Kurses der Republik Moldau. Ende 2003 kam es dann zum Zerwürfnis der Führung in Chişinău mit der russische Regierung: Diese legte der unvorbereiteten moldauischen Obrigkeit am 16. November ein Memorandum – das sogenannte *Kozak-Memorandum* – vor, das die Errichtung eines föderalen Staates mit weitreichenden politischen Mitspracherechten der Vetomacht Russlands vorsah und die russische Truppenpräsenz unter dem Vorwand der Friedenswahrung auf weitere 20 Jahre ausgedehnt hätte.³²⁹ Dieser russische Vorschlag erwies sich als rein unilaterale Initiative, die im Alleingang und unter Ignoranz jedes bestehenden Übereinkommens bzw. Übergehen der übrigen Verhandlungspartner OSZE und Ukraine erfolgte. Nachdem Moskau noch 1999 auf dem OSZE Gipfel in Istanbul im Rahmen der sogenannten *Istanbul Commitments* einem Truppenabzug zugestimmt hatte,³³⁰ widersetzte es sich durch das Memorandum dieser Abmachung in vollem Umfang. Die internationale Empörung war groß und die entrüsteten Reaktionen von Seiten der EU, den USA und der NATO trugen dazu bei, dass Voronin im letzten Moment einen Rückzug antrat und die Unterzeichnung verweigerte.³³¹ Dies hatte gravierende Folgen für die weiteren Beziehungen zwischen Moldau und der Russischen Föderation, da eine Absage der Zusammenarbeit mit Russland und eine gleichzeitige Annäherung an den Rivalen EU aus russischer realpolitischer Sicht unweigerlich zu einer Niederlage im Nullsummenspiel führen musste.³³²

³²⁶ Vgl. Schneider-Deters/Schulze/Timmermann (2008), S. 37.

³²⁷ Vgl. ebenda, S. 76.

³²⁸ Ebenda, S. 163.

³²⁹ Vgl. De Tinguy (2006), S. 100; Grund/Sieg (2008), S. 411 und Tolstrup (2012), S. 67.

³³⁰ Vgl. Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (1999); auf den Seiten 51f. werden die Regelungen zum Truppenabzug Russlands paraphiert. Die Unterschrift des Vertreters der Russischen Föderation findet sich auf S. 250. Des Weiteren vgl. dazu: Grund/Sieg (2008), S. 411.

³³¹ Vgl. De Tinguy (2006), S. 100 und Grund/Sieg (2008), S. 410f.

³³² De Tinguy (2006), S. 101.

Es verwundert kaum, dass Russland den Einbezug in die neue Nachbarschaftspolitik der EU offen und betont ablehnte.³³³ Das Hauptargument war das russische Bestehen auf die Garantie eines Sonderstatus seiner Beziehungen zur Union und die ausdrückliche Zurückweisung einer Europäisierung.³³⁴ Unterschiedslos mit sämtlichen klein- und mittelgroßen Staaten der Mittelmeerregion und Osteuropas unter den Deckel der ENP in einen Topf geworfen zu werden, kam der Führung in Moskau einem Affront gleich.³³⁵ Auf dem EU-Russland-Gipfel in St. Petersburg erreichte die russische Führung mit einem eigenständigen bilateralen Abkommen schließlich ihr Ziel der Sonderbeziehungen.³³⁶

4.2.4 Schleichende Europäisierung mit ausgeglichener Kosten-Nutzen-Kalkulation

Das Inkrafttreten des PKAs 1998 symbolisiert den ersten großen Schritt der Republik Moldau in Richtung Europa und bildet als erstes bilaterales Abkommen ein wichtiges formales Grundgerüst für die potentielle Europäisierung des Landes und den Auftakt eines intensiven diplomatischen Austausches. Es definiert und fixiert erstmals, in welchen Bereichen die Union Reformfortschritte der Republik Moldau erwartet, um ihr später Vorzüge zu gewähren. Während die EU bisher Distanz wahrte, formuliert dieses Abkommen die grundlegende wenngleich noch immer offenkundig zurückhaltende unionale Bereitschaft für eine langfristige Zusammenarbeit mit der Republik. Nicht nur erwähnt die Union explizit die Anwendung von Konditionalität, nämlich die Koppelung gewährter Vorteile an die erfolgreiche Umsetzung wirtschaftlicher, demokratischer und rechtsstaatlicher Reformen, sondern nennt auch den zu erwartenden Mehrwert der Zusammenarbeit für die Republik: Die Aussicht auf ein Freihandelsabkommen mit der Union. Dennoch stehen einige offene Posten auf der Ausgabenseite der moldauischen Kalkulation: Hinweise auf kurzfristige Belohnungen für Reformtätigkeiten tauchen im Abkommen nicht auf, die *Finalité* der Beziehungen zur EU bleibt ungeklärt und auch an konkreten, überprüfbaren Richtwerten für Reformen fehlt es in den Ausführungen des PKAs. Das Abkommen ähnelt mehr „einem Scheck auf die Zukunft“³³⁷, wie es Schneider-Deters et al. formulieren.

³³³ Vgl. Kratochvil/Tulmets (2010), S. 67.

³³⁴ Vgl. ebenda, S. 72.

³³⁵ Vgl. Schneider-Deters/Schulze/Timmermann (2008), S. 139.

³³⁶ Vgl. ebenda, S. 149.

³³⁷ Ebenda, S. 140.

Zunächst ist 1998 die Bilanz der Kosten-Nutzen-Rechnung der Republik Moldau demnach ausgeglichen, was zu einer mühelosen Schaukelpolitik in Chişinău in den folgenden Jahren führt. Die dortige politische Führung handelt nach rationalistischen nutzenmaximierenden Motiven und wägt zwischen östlichen und westlichen Anreizen und damit verbundenen Aufwendungen bzw. potentiellen Opportunitätskosten ab. Konditionalität im Sinne des Forschungskonzeptes übt die EU zu Beginn der Periode in deutlich begrenztem Umfang aus: Sie beharrt auf der Umsetzung der PKA-Bestimmungen, bevor ein *Upgrade* der Kooperation überhaupt in Betracht gezogen werden könne. Solange sich beide Integrationsvarianten – Ost und West – in ihren Vorzügen und Nachteilen ausgleichen, fühlt sich die politische Führung Moldaus nicht dazu verpflichtet, sich für die eine oder andere Variante zu entscheiden (Äußerungen hochrangiger Politiker belegen dies klar). Die Leichtigkeit, mit der Präsident Voronin in den ersten Jahren seiner Amtszeit zwischen Brüssel und Moskau zu jonglieren vermag, zeigt nur allzu deutlich, wie inkonsequent der politische Kurs der Republik im Allgemeinen erfolgt und wie wenig sich dieser von außen steuern lässt. Zur Europäisierung im Sinne einer rationalistisch-motivierten Regelübernahme des europäischen Werte- und Normenkataloges kommt es deshalb vorerst nicht, gleichwohl aber zu politischen Deklarationen, einem pro-europäischen Diskurs und ersten EU-zentrierten politischen Papieren,³³⁸ die in ihrer Gesamtheit genau dies bezwecken. Während die Republik aus dem alternativen östlichen Integrationsmodell, der GUS, bislang keinen Mehrwert erzielen konnte, gewinnt der europäische Vektor trotz fehlender *golden carrot* der Beitrittsperspektive in der zweiten Hälfte des betrachteten Zeitraums in sozial-konstruktivistischer Hinsicht ganz im Sinne der *Logic of Appropriateness* verstärkt an Zuspruch. Obwohl materielle Anreize weitestgehend fehlen, wächst in der Republik die Verbundenheit mit der europäischen Identität und das Bedürfnis, der „aspiration group“³³⁹ (der EU) anzugehören. Der Grad der sozial-motivierten Europäisierung hält sich zwar in Grenzen und greift meist nur punktuell, andererseits aber beginnt sich der europäische Gedanke in der Gesellschaft allmählich zu verwurzeln. Zwei aufeinanderfolgende pro-europäische Regierungen fixieren die EU-Integration erstmals als strategisches Politikziel und stellen somit wichtige Weichen einer EU-Annäherung. Obwohl Präsident Voronin zu Beginn

³³⁸ Vgl. dazu S. 29-32. Zu den wichtigsten Entwicklungen gehörten u. a.: Das Strategiepapier *The Strategy of the Republic of Moldova for Association with the EU*, das Regierungsprogramm *Supremacy of the Law, Revival of Economy, European Integration* sowie erste Institutionalisierungsunternehmungen wie die Errichtung einer eigenen National Commission for European Integration.

³³⁹ Schimmelfennig/Sedelmeier (2005), S. 19.

seiner Amtszeit dem außenpolitischen Kurs der Republik zu einer Renaissance des östlichen Vektors verhilft, ist Moldau augenscheinlich auf das Radar der Union gerückt. Anliegen der Republik, wie beispielsweise die Bitte um Aufnahme in den Stabilitätspakt Südosteuropa, finden nun zusehends Gehör.

Eine entscheidende Rolle als Vetospieler einer progressiven Europäisierung der Republik Moldau in der ersten Hälfte der betrachteten Periode spielt Russland: Sowohl als dominanter Wortführer in den Verhandlungen um die Lösung des Transnistrienkonflikts, als auch als Gönner wirtschaftlicher und politischer Vorteilsstrukturen gegenüber der kommunistischen Führung in Chişinău und als einflussreicher Wirtschaftsakteur. Neben der Bewahrung des Anreizes einer alternativen Integrationsgemeinschaft, der GUS, gelingt es der Regierung in Moskau beinahe bei der Lösung des Transnistrienkonflikts – dem für die Republik Moldau so zentralen Politikum – den entscheidenden Zug zu spielen und die Zustimmung der Führung in Chişinău für eigennützige Konzepte, d. h. die Unterzeichnung des *Kozak*-Memorandums, zu gewinnen. Auch wenn sich Russlands Macht vorläufig mit der Anziehungskraft der Union die Waage hält – beide auf geringem Niveau – muss an dieser Stelle die Bedeutung der Föderation als Kontrahent und Vetospieler der Europäisierung Moldaus hervorgehoben werden; denn sie bietet der Republik lange Zeit einen Zufluchtsort vor der unbefriedigenden Zurückweisung durch die EU. Die *Wider Europe*-Initiative in der zweiten Hälfte des betrachteten Zeitabschnitts als Antwort auf die neuen geopolitischen Veränderungen im Rahmen der bevorstehenden großen Osterweiterung der Union ist indes nicht nur historischer Startpunkt einer völligen Neuausrichtung der europäischen Außenpolitik und „stepping stone“³⁴⁰ der Union auf die Stufe eines „real global player“³⁴¹, sondern auch stärkendes Moment des externen Anreizgefüges der EU für eine potentielle Annäherung der Republik Moldau. Die neue Vision der Union für ihre Nachbarn verspricht durch Differenzierung, Transparenz und verbesserte Kalkulierbarkeit ein weit größeres Anreizsystem als es noch der bilaterale Rahmen des PKAs vermochte. Die EU gewinnt durch eine bislang nie dagewesene Ernsthaftigkeit gegenüber ihren östlichen Partnern sowohl an Glaubwürdigkeit als auch ihr Integrationsmodell an Attraktivität. Der Mehrwert, dem Ring aus Freunden angehören zu können,³⁴² die wachsende finanzielle Unterstützung sowie nicht nur unionale Zusagen, sondern ein erstes substantielles Einlösen des Versprechens auf

³⁴⁰ Korosteleva (2012), S. 2.

³⁴¹ Europäische Kommission/Prodi (2002).

³⁴² Vgl. ebenda.

größeres Engagement bei der Lösung des Transnistrienkonflikts führen zu einem positiven Ergebnis der Kosten-Nutzen-Rechnung der Republik zugunsten des europäischen Integrationsmodells. Die Enttäuschung über das Ausbleiben des erhofften und größten Anreizes einer Beitrittsperspektive verdeutlicht dennoch die bleibenden und erheblichen Unkosten der Europäisierung für Moldau. Auch die Aussicht, mit allen östlichen und südlichen Nachbarn der Union in den Topf für mehr multi- als bilaterale Beziehungen der Partnerstaaten, aber nicht in den der Assoziierungsländer geworfen zu werden, erhöht den Preis einer Annäherung. Die klaren Ansagen und Bedingungen aus Brüssel, die Republik müsse sich für ein Integrationsmodell entscheiden und könne kein dreidimensionales Schach spielen,³⁴³ erhebt die Rolle der Vetospieler, insbesondere der Russischen Föderation, gegenüber einer Europäisierung Moldaus zum maßgebenden, womöglich zum entscheidenden Faktor für den weiteren Verlauf der Integrationslinie des Landes. Die schleichende Erkenntnis Russlands, dass die Attraktivität des europäischen politischen wie auch wirtschaftlichen Systems eine weitaus größere Herausforderung bedeuten könnte, als es die Gemeinschaft der NATO bislang darstellt, führt nicht nur zum Ende des „Honeymoon“³⁴⁴ der europäisch-russischen Beziehungen der 1990er Jahre, sondern verhärtet die Positionen und bestärkt beidseitig den Aktionismus in der unmittelbaren Nachbarschaft.³⁴⁵

Russlands selbstbezogenes Weltmachtstreben und damit verbundene realpolitische Überlegungen den Status quo in der Nachbarschaft – insbesondere in Transnistrien – zum eigenen Zwecke zu besiegeln bzw. alternative Integrationsbestrebungen im selbsternannten nahen Ausland zu torpedieren, schwächt die Vetoposition der Föderation gegenüber den Europäisierungstendenzen der Republik Moldau. Das unilaterale Eingreifen Russlands für die Lösung des Transnistrienkonflikts, ohne jegliche Absprache und einzig egoistischen Zielen folgend, verstärkt die Ressentiments des Westens – allen voran der EU und der OSZE – gegenüber der russischen Handlungs- und Sichtweise. Dies führt sodann zu einem großen Verlust an Glaubwürdigkeit der Föderation auf internationaler Ebene; dementsprechend zeitgleich aber auch zu einem Vertrauensverlust in Chişinău. Trotz nach wie vor russlandfreundlicher politischer Rhetorik und der Überzeugung einer realiter gegebenen Wahl zwischen den Integrationsmodellen, zeichnet sich erstmals eine Distanzierung zwischen

³⁴³ Vgl. Vitu (2004), S. 50f.

³⁴⁴ Schneider-Deters/Schulze/Timmermann (2008), S. 149.

³⁴⁵ Vgl. ebenda, S. 149ff.

Moldau und Russland ab. Die GUS als Staatengemeinschaft und Medium der Einflussnahme Russlands verliert zusehends an Ansehen und Attraktivität; insbesondere gilt dies für die Republik Moldau zu der Zeit, als die Hoffnungen auf Lösung der dringenden Probleme des Landes im Rahmen einer Mitgliedschaft alles andere als erfüllt werden. Eine meist rational handelnde Führungselite in Chişinău ist sich der effektiv höher ausfallenden Kosten der GUS-Integration bzw. der Opportunitätskosten einer entgangenen Europäischen Integration bewusst und gibt zunehmend öffentlich ihre Enttäuschung gegenüber den Beziehungen zum Osten kund. Es zeigt sich alsbald, dass das russische Veto der Europäisierung der Republik Moldau nur solange funktionieren kann, solange das Land seinen „Schlingerkurs“³⁴⁶ zwischen Ost und West fortsetzt.

Sowohl das russische Vorpreschen im Rahmen des *Kozak*-Memorandums, als auch die zeitlich nahezu parallele Veröffentlichung des Vorhabens einer Europäischen Nachbarschaftspolitik seitens der Union bedeutet einen Einschnitt in die politischen Orientierungslosigkeit der Republik Moldau zugunsten des europäischen Vektors, d. h. der Europäisierung. Obwohl die Regierung in Chişinău nie beabsichtigte ihre guten Beziehungen zur GUS in Frage zu stellen, so wird in dieser Periode doch deutlich, dass sie der Republik nun einen „Platz im Europäischen Zug“³⁴⁷ reserviert hat.

4.3 Von der Europäischen Nachbarschaftspolitik zur Östlichen Partnerschaft (2004-2008)

4.3.1 ENP als Zwischenschritt zur Integration für die Republik Moldau

Die unmittelbare Reaktion der Republik Moldau auf das *Upgrade* der Beziehungen zur Union zeugte von Frustration und Ernüchterung. Die Vision der Mitgliedschaft in der EU wich zunächst einer Illusion; zumindest rückte das Ziel eines Beitritts in unbestimmte Ferne.³⁴⁸ Die Depression währte jedoch nicht lange und die politische Führung nahm sich der Chancen und Vorteile des neuen außenpolitischen Konzepts der Union an. Die Bemühungen der Republik Moldau als guter und vorbildlicher Partner aufzutreten und damit vorteilhafte und weitreichendere Vertragskonditionen zu erreichen als es der bisherige bilaterale Rahmen bot, folgten dabei weiterhin dem Leitbild einer späteren Mitgliedschaft des Landes in der EU; den Beitritt prognostizierte Präsident Voronin pathetisch wiewohl leichtsinnig bereits bis

³⁴⁶ Schneider-Deters/Schulze/Timmermann (2008), S. 163.

³⁴⁷ Phinnemore (2006), S. 11; Übersetzung aus dem Englischen: SB.

³⁴⁸ Vgl. ebenda, S. 12.

2007.³⁴⁹ Ein erstes Strategiepapier der Republik über einen Zeitraum von zwei Jahren (2004-2006) stellte dafür wegbereitend erstmals die zentralen Hemmschwellen für Wirtschaftswachstum und sozialen Wohlstand heraus. Als wichtigste Ziele wurden in der Folge die unbedingte Reduzierung der Armut und die Stärkung der Industrie für einen nachhaltigen Aufschwung der Ökonomie des Landes festgelegt.³⁵⁰ Ein sich anschließendes *Moldovan Village National Programm* verfolgte gleiche Schlüsselziele und berücksichtigte ab 2005 außerdem die Entwicklung des ländlichen Raumes der Republik Moldau.³⁵¹

Das Jahr 2005 war außerdem in vielerlei Hinsicht dem Fortschritt zu zurechnen und der Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses der Union folgend: ein „Wendepunkt“³⁵² der bilateralen Beziehungen zur Union. Mit großem Engagement wurde bis Dezember 2004 der gemeinsame Aktionsplan von Kommission und Führungskräften in Chişinău ausgearbeitet, der nach Annahme durch den Kooperationsrat im Februar 2005 den vorläufigen bilateralen Handlungsrahmen zwischen der EU und der Republik Moldau für die nächsten drei Jahre festschrieb.³⁵³ Einen Monat zuvor hatte bereits die Eröffnung der ersten Ständigen Vertretung der Republik Moldau in Brüssel mit hoher Symbolkraft die Ära wachsender vertrauter Beziehungen eingeläutet, die von einem pro-europäischen Führungswechsel in Chişinău begleitet wurden und die Ernsthaftigkeit der Regierungspolitik bezeugen sollten.³⁵⁴ Eine ehrgeizige nationale „Europäische Strategie“ (ESRM)³⁵⁵ wurde parallel zum Aktionsplan im Rahmen der ENP entworfen: Sie fixierte auf knapp 480 Seiten die strategische Vorgehensweise von Reformbemühungen mit sowohl kurz-, mittel- als auch langfristigen Maßnahmen und sollte die Umsetzung des Aktionsplans unterstützen. *Finalté* der Beziehungen zur Union blieb aus Sicht der Republik dennoch weiterhin ihr Beitritt; die ESRM hob dafür die wichtigsten bisher erreichten Etappen nochmals hervor.³⁵⁶

Zentrale Eckpunkte des Aktionsplans von 2005 waren neben innenpolitischen Reformen im Bereich Wirtschaft, Politik und Soziales, ein beidseitiges Verantwortungsbewusstsein gegenüber einer finalen und friedlichen Lösung des Transnistrienkonflikts sowie eine

³⁴⁹ Vgl. Broich (2008), S. 61 und Korosteleva (2010), S. 1278.

³⁵⁰ Vgl. Bochmann et al. (2012), S. 168f.; für das Strategiepapier vgl. International Monetary Fund (2004).

³⁵¹ Vgl. Bochmann et al. (2012), S. 169 und Tirgian (o. J.), S. 5.

³⁵² Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss (2008), S. 89.

³⁵³ Vgl. Phinnemore (2006), S. 12, 16.

³⁵⁴ Dazu gehörte beispielsweise die Besetzung eines neuen Vizepremiers: den ehemaligen pro-europäischen Außenminister Andrei Stratan; vgl. Phinnemore (2006), S. 12.

³⁵⁵ Broich (2008), S. 11; für das Strategiepapier vgl. Institute for Public Policy (2007).

³⁵⁶ Vgl. Broich (2008), S. 93; Institute for Public Policy (2007), S. 1ff., 7, 17, 31 sowie Phinnemore (2006), S. 12.

verstärkte grenzüberschreitende Kooperation.³⁵⁷ Hinsichtlich der notwendigen Reformbemühungen seitens der Republik Moldau bedeutete dies die Stärkung der Verwaltung und der Gerichtsbarkeit, die Sicherung der europäischen demokratischen Grundwerte im Allgemeinen und der Meinungsfreiheit im Besonderen, die Zusammenarbeit im wirtschaftlichen und regulativen Bereich sowie den Aufbau eines gemeinsamen Grenzkontrollmanagements; ein erstes Monitoring war nach zwei bis drei Jahren (bis 2007) vorgesehen.³⁵⁸ Schon bald erzielte die Republik erkennbare Fortschritte im Bereich der Demokratie als auch bei der Implementierung wirtschaftlicher Reformen, die sich im ersten Fortschrittsbericht der Kommission für das Jahr 2007 widerspiegeln.³⁵⁹ Außerdem wurden zahlreiche kleinere nationale Strategiepapiere zur ökonomischen und regionalen Entwicklung auf den Weg gebracht, die konkrete Problemfelder ins Visier nahmen und Lösungsansätze vorantrieben.³⁶⁰ Außerdem bestärkte die zunehmende Präsenz der EU-Institutionen in Chişinău die positive EU-euphorische Stimmung im Land: So gehörten Ereignisse wie die Entsendung eines Sonderbeauftragten aus Brüssel mit dem Mandat der Unterstützung der Verhandlungen um Transnistrien im März 2005³⁶¹, die Errichtung einer gemeinsamen Mission zur Unterstützung der moldauisch-ukrainischen Grenzbehörden und zur Eindämmung von illegalem Waffen- und Menschenhandel, Drogenschmuggel und organisiertem Verbrechen, die sogenannte *EU Border Assistance Mission* (EUBAM) am 30. November 2005³⁶² und die Eröffnung der EU-Delegation in der Hauptstadt im Dezember gleichen Jahres³⁶³ zu den Meilensteinen des moldauischen EU-Kurses.³⁶⁴ Die von nun an dauerhafte und sichtbare Präsenz der Union in der Republik spiegelte sich auch in den Umfragewerten der Meinungsbarometer in Anbetracht einer stetig wachsenden pro-europäischen Tendenz der Öffentlichkeit wider: Die Zustimmung stieg von 64,3% im Dezember 2005 auf 70% im März/April 2006.³⁶⁵ Sichtbar wurde dies durch den erneuten Wahlsieg Voronins 2005 – er war im Wahlkampf als Galionsfigur der Europäischen

³⁵⁷ Vgl. Bochmann et al. (2012), S. 351 und Phinnemore (2006), S. 12.

³⁵⁸ Vgl. Bochmann et al. (2012), S. 351; European Union External Action Service (2005) sowie Phinnemore (2006), S. 16;

³⁵⁹ Vgl. Broich (2008), S. 89 und insbesondere Europäische Kommission (2008b), S. 4.

³⁶⁰ Darunter Strategiepapiere für die Regionalentwicklung des Landes, für die Stimulierung wirtschaftlichen Wachstums sowie für die Reduzierung der Armut vgl. Bochmann et al. (2012), S. 168ff.

³⁶¹ Vgl. Rat der Europäischen Union (2005a).

³⁶² Vgl. Rat der Europäischen Union (2005b); einen umfassenden Überblick liefert außerdem die offizielle Website der Mission, vgl. European Union External Action Service (2015c).

³⁶³ Vgl. European Union External Action Service (2015b).

³⁶⁴ Vgl. Bochmann et al. (2012), S. 351f.; Broich (2008), S. 91 sowie Phinnemore (2006), S. 16.

³⁶⁵ Vgl. Phinnemore (2006), S. 12.

Integration aufgetreten. Der Ablauf der international als frei und als demokratischen Mindeststandards genügend deklarierten Wahlen bestärkte den demokratischen Reformkurs des Landes, obgleich großer Nachholbedarf im Bereich der Fairness, Transparenz und Medienfreiheit bemängelt wurde.³⁶⁶ Der einst russland-freundliche Voronin entfernte sich seit der Enttäuschung über das *Kozak*-Memorandum immer deutlicher von den Intentionen Moskaus. Der Moskauer Aktionismus in Form der – wenngleich erfolglosen – rigorosen Intervention in das Wahlgeschehen der Republik Moldau im Jahre 2005, der die potentielle Niederlage des als illoyal betrachteten Voronin zum Ziele hatte, verschärfte die Abwendung der Republik von ihrem östlichen Partner.³⁶⁷ Das außerordentliche Mandat des eigens für ein Fortkommen im Verhandlungsprozess ernannten Sonderbeauftragten aus Brüssel hingegen, führte zu einem neuen Anlauf der Gespräche um die Lösung des Transnistrienkonfliktes; dem Dorn im Auge der Republik Moldau. Während bisher Russland der entscheidende Gesprächspartner und Initiator von Lösungsvorschlägen gewesen war, trat just ein aus Chişinău Sicht neutralerer und angenehmerer Verhandlungspartner auf die Bühne. Von nun an waren Gesprächsrunden unter der Beteiligung der westlichen Mächte als Beobachter in einem neuen, sogenannten 5+2-Format³⁶⁸ vorgesehen.³⁶⁹ All dies wurde von den politischen Führungseliten als zusätzlicher und essentieller Schritt in Richtung EU interpretiert. Bereits vor dem Beitritt Rumäniens zur EU am 1. Januar 2007 verfügte das künftig unmittelbare Nachbarland Moldau über einen Basisrahmen der Beziehungen zur Union, wenngleich ein weiteres alternatives vertragliches *Upgrade* nicht nur erhofft, sondern insbesondere in Anbetracht des 2008 auslaufenden PKA auch konkret artikuliert wurde.³⁷⁰ Freihandel und Assoziierung waren die Schlagwörter der Zielvorstellung der Republik, während das womöglich stärkste Argument der Republik gegenüber einer Assoziierung zur Union die Verkündung der Kopenhagener Vereinbarung blieb, die besagt, dass „die assoziierten mittel- und osteuropäischen Länder, die dies wünschen, Mitglieder der Europäischen Union werden können“³⁷¹.

³⁶⁶ Vgl. Grund/Sieg (2008), S. 407.

³⁶⁷ Vgl. Broich (2008), S. 86, 93.

³⁶⁸ Dazu gehören: Russland, Republik Moldau, PMR, Ukraine sowie EU und USA als Beobachter. Die offizielle Betitelung der Verhandlungsrunde lautet wie folgt: *Permanent Conference of Political Issues Within the Framework of the Negotiation Process Towards a Transnistrian Settlement*, vgl. Ciurea/Tugui (2013), S. 4.

³⁶⁹ Vgl. European Integration Studies Centre; Institute for Development and Social Initiatives, *Viitorul* (2007), S. 17 und Korosteleva (2012), S. 107.

³⁷⁰ Vgl. Phinnemore (2006), S. 16f.

³⁷¹ Europäisches Parlament (1993), S. 12; Herv. SB.

Die Republik zeigte sich ebenso engagiert gegenüber verbesserten bilateralen Beziehungen zu einzelnen Unionsmitgliedern – allen voran ihren gut-nachbarschaftlichen Verbindungen zur Ukraine und zu Rumänien – und wandte sich demonstrativer in Richtung Westen.³⁷² Weitere Schritte in Richtung Europa waren außerdem die Eröffnung einer gemeinsamen Visastelle in Chişinău im April 2007³⁷³ und das Inkrafttreten des Abkommens über Rückübernahme und Visaerleichterung zu Beginn 2008.³⁷⁴ Im März des gleichen Jahres rückte die Republik schließlich auf die Liste der Staaten, denen die EU autonome Handelspräferenzen gewährt; dies war ein weiteres markantes Datum der Annäherung der Republik an die Union, da es den Weg zu einem vertieften und umfassenden Freihandelsabkommen (DCFTA) mit der EU ebnete. Außerdem startete die Republik als eines der wenigen erlesenen Pilot-Länder eine Mobilitätspartnerschaft mit der Union.³⁷⁵ Sie dient der Zusammenarbeit in allen migrationspolitischen Fragen, von der Verbesserung legaler Migration bis hin zur Bekämpfung von Menschenhandel und illegalen Migrationsbewegungen. Partnerschaften auf der niedrigsten bis zur höchsten zivilgesellschaftlichen wie politischen Ebene in allen relevanten Bereichen – sogenannte *twinning*-Projekte – stärken außerdem die bilaterale Zusammenarbeit und verbessern den Dialog aller involvierten Akteure.³⁷⁶

Erste erfolgreiche Reformbemühungen dürfen jedoch auch nicht über die weiterhin bestehenden massiven Schwierigkeiten der marktwirtschaftlichen Entwicklung des Landes sowie über einzelne Rückschritte im Bereich Demokratie und Rechtsstaatlichkeit hinwegtäuschen. Die zahlreichen strategischen Ansätze und verabschiedeten Entwicklungspapiere fanden meist keine erfolgreiche Umsetzung. So kritisieren Bochmann et al. beispielsweise, dass Regionalisierungskonzepte der Führung in Chişinău aufgrund deren starken Zentralisierungsbestrebungen und einer unzureichenden Interessenvertretung der involvierten Akteure ohne Erfolg blieben und der Anschluss der Republik an die Entwicklungsstufe der umliegender Staaten aussichtslos sei.³⁷⁷ Die Empfänglichkeit für Korruption blieb weiterhin auf hohem Niveau und verschlechterte das ohnehin miserable

³⁷² Vgl. Broich (2008), S. 91f.

³⁷³ Vgl. Europäische Kommission (2007a).

³⁷⁴ Vgl. Europäische Kommission (2010) und Europäisches Parlament (2010), S. 14.

³⁷⁵ Vgl. Bochmann et al. (2012), S. 352 und Rat der Europäischen Union (2008).

³⁷⁶ Vgl. Korosteleva (2010), S. 1275; Eine ausführliche Darstellung über verschiedene *Twinning*-Initiativen und deren Bedeutung bietet die Website der Generaldirektion Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung der Europäische Kommission; vgl. dazu Europäische Kommission (2015).

³⁷⁷ Vgl. Bochmann et al. (2012), S. 174.

Investitionsklima.³⁷⁸ Eine Wahlrechtsänderung im April 2008 zugunsten der amtierenden kommunistischen Führung und mit den sich anschließenden Folgen einer unverhältnismäßigen Schwächung der Opposition und einer deutlichen Restriktion der Bürgerrechte, rief scharfe Kritik aus Brüssel hervor.³⁷⁹ Und es gab weiteren Grund zur Sorge: Obwohl die technischen Rahmenbedingungen von Reformen in Chişinău erarbeitet und regulativ wie institutionell durch Gesetzgebung verabschiedet wurden, monierte die Europäische Kommission in ihrem Fortschrittsbericht 2008, dass „[the] effective implementation of reforms remains a challenge“³⁸⁰. Da dies selbst die Kommission als bedenklich einstufte, scheint der Vorwurf Elena Korostelevas, die politische Führung in Chişinău spiele das Spiel einer „small-step tactic“³⁸¹ nicht unangemessen; so sichere sich Chişinău mit pro-europäischer Redekunst finanziellen Rückhalt von Unionsseite und sei zeitgleich darum bemüht den Status quo aufrecht zu erhalten, so die Wissenschaftlerin weiter.³⁸² Für die Republik Moldau, eines der führenden Empfängerländer von EU-Finanzhilfen pro Kopf im Rahmen des neu geschaffenen Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments (ENPI)³⁸³ mit einer Projektfinanzierungssumme von über 209 Mio. Euro allein in der Periode 2007-2010,³⁸⁴ erwies sich dies lange Zeit als lukrativ und erfolgversprechend.³⁸⁵ In Brüssel wurde jedoch wegen der oben genannten Bedenken auf eine Verlängerung des Aktionsplans hingewirkt, die Neuverhandlungen nach Auslaufen des PKAs hinausgezögert und mit Besuchen hochrangiger EU-Funktionäre in Chişinău versucht, diesen Entscheidungen Nachdruck zu verleihen.³⁸⁶ Die vorschnelle Prognose des Präsidenten Voronin auf einen EU-Beitritt bis 2007 blieb unerfüllt und rückte nicht annähernd in

³⁷⁸ Vgl. Broich (2008), S. 93.

³⁷⁹ Dazu gehörten: die Anhebung der Sperrklausel; Beschränkungen der für Fraktionsbildung, begrenzende wahlrechtliche Regelungen gegenüber Bürger mit zweifacher Staatsbürgerschaft. Mehr dazu: Grund/Sieg (2008), S. 408.

³⁸⁰ Europäische Kommission (2008c), S. 2; Korosteleva (2010) nennt dazu insbesondere Reformschwierigkeiten im Bereich der Justiz, Korruption, Investitionsklima und Medienfreiheit S. 1274f.

³⁸¹ Korosteleva (2010), S. 1276.

³⁸² Vgl. Korosteleva (2010), S. 1276.

³⁸³ Das ENPI als neues Finanzinstrument der EU-Nachbarschaftspolitik ersetzt TACIS (vgl. dazu S. 27) und MEDA (vgl. Rat der Europäischen Union (1996)), die bislang für die finanzielle Unterstützung dienten. Es handelt sich dabei mehr um eine Neubetitelung und -ausrichtung bestehender Programme als einem gänzlich neuartigen Instrument; vgl. Fernandes (2012), S. 92f.

³⁸⁴ 1991-2006 erhielt die Republik im Vergleich magere 320 Mio. Euro aus dem TACIS-Fonds bzw. im Rahmen weiterer Makrofinanzhilfen; allein 100 Mio. Euro davon wurden in den letzten drei Jahren dieses Zeitraumes ausgezahlt; vgl. Bochmann et al. (2012), S. 169.

³⁸⁵ Vgl. Korosteleva (2010), S. 1276.

³⁸⁶ Vgl. Grund/Sieg (2008), S. 408 und Korosteleva (2010), S. 1274.

greifbare Nähe.³⁸⁷ Voronin zeigte sich dennoch überzeugt, dass die Republik Moldau zum „fronrunner“³⁸⁸ der ENP werden könne, indem es das Land schaffe, „to negotiate a new [and more binding; Anm. Original] deal with Europe the following year“³⁸⁹ – also 2009. Ferrero-Waldner bestätigte diese Perspektive und versprach ein neues Vertragskonstrukt, sollte sich die Republik an die Konditionen und Fristen halten. Ein Schachzug der Union, der die Republik Moldau schlussendlich zu konkreten sicht- und spürbaren Veränderungen bringen sollte und Ausdruck eines unionalen Umdenkens war.

4.3.2 Interne Erweiterungsmüdigkeit und externer Reformdrang der Union

Der Schritt der großen Erweiterung der Union am 1. Mai 2004 um zehn neue Mitgliedsstaaten warf alsbald die Fragen nach dem danach, d. h. nach der zukünftigen Aufnahmefähigkeit der EU als auch der künftigen Grenzsicherung an den neuen Ostgrenzen der Gemeinschaft auf.³⁹⁰ Das Konzept der ENP sollte negative Folgeerscheinungen der Expansion in der neuen Nachbarschaft dämpfen, bestehende Programme in diesen Ländern, wie beispielsweise der Stabilitätspakt für Südosteuropa und bilaterale PKAs durch neue vorteilhafte Instrumente und Anreizstrukturen ergänzen und die Nachbarschaftspolitik im Allgemeinen sowie die politische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit im Besonderen stärken.³⁹¹ Das primäre Ziel war es, den Anrainern – statt eines Beitrittes – eine „europäische Perspektive“³⁹² zu geben und sie, gleich einem „Ring aus Freunden“³⁹³, in ihrer wirtschaftlichen und demokratischen Stabilität zu stärken sowie gemeinsame europäische Werte zu etablieren.³⁹⁴ Die Entstehung einer europäischen Bastion sollte hingegen durch eine gemeinsame, gleichberechtigte Verfahrensweise ausgeschlossen werden.³⁹⁵ Aus rationaler Perspektive erklärt Georg Vobruba dieses Vorgehen als „kalkulierte[] Inklusion“³⁹⁶, da die Union die Zusammenarbeit mit ihrer Peripherie aus primär eigennützigen Überlegungen und Stabilisierungsinteressen suchte.

³⁸⁷ Vgl. Korosteleva (2010), S. 1278.

³⁸⁸ Ebenda, S. 1274.

³⁸⁹ Ebenda.

³⁹⁰ Vgl. Broich (2008), S. 9f.

³⁹¹ Vgl. Broich (2008), S. 10; Koopmann (2006), S. 19; Paiano (2011), S. 48 sowie Vobruba (2007), S. 14.

³⁹² Broich (2008), S. 12.

³⁹³ Europäische Kommission/Prodi (2002).

³⁹⁴ Vgl. Europäische Kommission (2003), S. 4; Koopmann (2006), S. 11 sowie Paiano (2001), S. 49.

³⁹⁵ Vgl. Fernandes (2012), S. 83 und Paiano (2011), S. 49.

³⁹⁶ Vobruba (2007), S. 9.

Was sich zu Beginn der betrachteten Periode bereits abzeichnete, offenbarte sich spätestens mit dem Scheitern des Verfassungsvertrages (unterzeichnet am 29. Oktober 2004)³⁹⁷, nämlich die wachsende Resignation der Unionsmitglieder gegenüber der unionalen Expansionskraft und die Einsicht, die EU sei vorerst mit der inneren Konsolidierung ihrer nunmehr 25 Mitgliedstaaten gefordert.³⁹⁸ Während bis dato die Mitgliedschaft in der Union als entscheidender Anreiz für Stabilität in der Peripherie der Union gehandelt wurde, versuchte sich die Gemeinschaft nun an einem neuen alternativen Mechanismus zur ebenbürtigen Stabilitätsförderung in der unmittelbaren und mittelbaren Nachbarschaft³⁹⁹ – dieser Mechanismus folgte nach Schneider-Deters et al. einer „Strategie der halboffenen Tür“⁴⁰⁰. Zu den „großen Karotten“⁴⁰¹ der „Mitgliedschaft – Minus“⁴⁰² gehörte dabei die Handelsliberalisierung, die auf lange Sicht den Zugang zum Binnenmarkt offerierte, während kurzfristig finanzielle Unterstützungsleistungen durch TACIS bzw. später im Rahmen des ENPI flossen.⁴⁰³ Nach einem ersten Entwurf im Rahmen der Mitteilung *Wider-Europe* der Kommission im März 2003, die sich auf die östlichen Partnerländer beschränkte, folgte im Mai 2004 das Strategiepapier zur Europäische Nachbarschaftspolitik, in dem die Implementierung der ENP in insgesamt sechzehn Ländern der EU-Peripherie im Fokus stand.⁴⁰⁴ Dem europäischen Grundkonsens einer neuen Form der Partnerschaft folgend, sollte – fern von den Prämissen der bisherigen Erweiterungspolitik – von der konventionellen Beitrittskonditionalität abgesehen werden und Richtwerte, sogenannte *Benchmarks*, Entwicklungen, Fort- und Rückschritte besser messbar machen.⁴⁰⁵ Maßgebliches Instrument zur Umsetzung stellten neben den fortwährenden finanziellen Hilfestellungen bilaterale Aktionspläne über einen vorläufigen Zeitraum von drei bis fünf Jahren zwischen der Union und den einzelnen Partnerländern dar, die auch die Konditionen einer potentiellen künftigen vertraglichen Weiterentwicklung formulierten.⁴⁰⁶ Ein grober Bauplan war allen Aktionsplänen der Union mit ihren östlichen Anrainern gemein: Dessen Hauptthemen reichten von politischem Dialog, über Reformen in Richtung einer

³⁹⁷ Vgl. Europäischer Rat (2004).

³⁹⁸ Vgl. Broich (2008), S. 16, 89, 91.

³⁹⁹ Vgl. ebenda, S. 10, 13.

⁴⁰⁰ Schneider-Deters/Schulze/Timmermann (2008), S. 29.

⁴⁰¹ Paiano (2001), S. 49.

⁴⁰² Ebenda, S. 48; Übersetzung aus dem Englischen: SB.

⁴⁰³ Vgl. ebenda, S. 49.

⁴⁰⁴ Vgl. nochmals zusammenfassend Vobruba (2007), S. 8.

⁴⁰⁵ Vgl. Korosteleva (2012), S. 2.

⁴⁰⁶ Vgl. Europäische Kommission (2004), S. 5; Koopmann (2006), S. 21 und Koopmann/Lequesne (2006), S. 12.

marktwirtschaftlichen Ordnung bis hin zu Fragen von Justiz und Innerem sowie der Förderung der Zivilgesellschaft und wurden im weiteren Verlauf in wechselseitigem Einvernehmen und auf Grundlage von Länderanalysen den geopolitischen Gegebenheiten des Ziellandes angeglichen.⁴⁰⁷ Ziel dieser Vorkehrung war es, die teils drastischen Divergenzen zwischen den Ländern der Nachbarregion zu umgehen und für ausreichend Differenzierung des Politikansatzes zu sorgen.⁴⁰⁸ Grenzüberschreitende Programme der Zusammenarbeit sollten außerdem zur wechselseitigen Kostenersparnis beitragen.⁴⁰⁹

Auch der Aktionsplan zwischen der Union und der Republik Moldau stützt sich auf „partnership, joint ownership and differentiation“⁴¹⁰ und lädt die Republik ein, am EU-*acquis communautaire* teilzunehmen und ihre Beziehungen mit der EU zu intensivieren;⁴¹¹ über die Gestaltung der Intensität der Zusammenarbeit könne Moldau anhand seines Engagements bei der Übernahme von europäischen Werten und bei der Realisierung seiner Reformbestrebungen entscheiden.⁴¹² Zum ersten Mal in der Geschichte ihrer Beziehungen setzte die EU konkret die Unterstützung bei den Verhandlungen um eine Lösung im Transnistrienkonflikt als Handlungsschwerpunkt und Zielmarke fest.⁴¹³ Am Aktionsplan wurde jedoch kritisiert, einerseits eine beachtliche Dosis an Eigeninteresse der EU zu beinhalten und stark zwischen Zentrum (EU) und Peripherie (Republik Moldau) zu differenzieren, während er andererseits „zu dünn“⁴¹⁴ im Bereich der EU-Verantwortung blieb.⁴¹⁵ Um finanzielle Zuwendungen ausschöpfen zu können und eine Aussicht auf eine graduelle teilweise Integration zu erhalten, war die Republik nun eindeutig dazu gefordert, schrittweise den europäischen Normen- und Wertekodex zu übernehmen.⁴¹⁶

Die ENP stellte gegenüber den bisherigen bilateralen Beziehungen der Union mit den Ländern des post-sowjetischen Raumes einen deutlichen „Sprung nach vorn *in puncto* Differenzierung“⁴¹⁷ dar, indem sie die gemeinsame Ausarbeitung konkreter maßgeschneiderter Aktionspläne vorsah, die anhand länderspezifischer Fortschrittsberichte

⁴⁰⁷ Vgl. Europäische Kommission (2004), S. 3; Koopmann (2006), S. 22 und Paiano (2011), S. 61.

⁴⁰⁸ Vgl. Europäische Kommission (2004), S. 8 und Koopmann/Lequesne (2006), S. 13.

⁴⁰⁹ Vgl. Koopmann (2006), S. 26f.

⁴¹⁰ European Union External Action Service (2005), S. 1.

⁴¹¹ Vgl. ebenda.

⁴¹² Vgl. ebenda.

⁴¹³ Vgl. ebenda, S. 1, 3, 11f.

⁴¹⁴ Bochmann et al. (2012), S. 351.

⁴¹⁵ Vgl. Korosteleva (2010), S. 1273.

⁴¹⁶ Vgl. European Union External Action Service (2005), S. 1 und Koopmann (2006), S. 23.

⁴¹⁷ Langbein (2013), S. 32; Herv. Original.

überprüfbar gemacht werden sollten.⁴¹⁸ Kritiker, wie Antonio Missiroli, bemängeln am ENP-Ansatz dennoch: „[P]riorities for action [...] amounted to a long shopping list of very diverse items without any visible hierarchy. [...] [T]he ENP seems to suffer (still) from being *neither enlargement nor foreign policy proper*“⁴¹⁹ und auch Max Paiano kommentiert, dass die ENP als politischer Ansatz ein hybrides Zwischending bleibe und einem unfertigen Arbeitsprozess entspringe⁴²⁰ – einer „Strategie der halboffenen Tür“⁴²¹ sozusagen.⁴²² So blieb der innigste Wunsch der Republik Moldau, nämlich die Hoffnung auf Assoziierung, unerfüllt und wurde betont abgewiesen.⁴²³ Auch Initiativen unter dem Vorzeichen einer verstärkten regionalen Zusammenarbeit, wie beispielsweise die Einbindung der Republik Moldau im Jahr 2007 in das regionale Projekt der Schwarzmeersynergie, das der Vernetzung zwischen Europa und Zentralasien dienen sollte und über einen umfassenden Katalog an Kooperationsfeldern verfügte, täuschten darüber nicht hinweg.⁴²⁴ Die Union begab sich andererseits mit ihrem neuen Ansatz selbst auf unsicheres Terrain. Die Ambitionen von Staaten wie der Republik Moldau und der Ukraine, deren Stabilität bei weitem nicht garantiert war, die auch nach vollständiger Integration in die EU streben, konnten durch die ENP mittel- bis langfristig nicht befriedigt werden.⁴²⁵ So beantwortete die Union den Ehrgeiz der Republik zwiespältig: Sie band das Land zwar nun stärker ein, schaffte eine „europäische Perspektive“⁴²⁶ für die ausdauernden Rufe aus Chişinău und widmete sich weitaus gezielter dem Reformfortschritt als noch wenige Jahre zuvor; insbesondere durch eine deutlichere physische Präsenz in Chişinău und ein aktiveres Engagement für die Lösung des *Frozen Conflict* um Transnistrien. Die Union gewann durch diese Zusage ein großes Stück Vertrauen und Glaubwürdigkeit seitens der Republik Moldau zurück, zumal sich deren Beziehungen zu Russland kontinuierlich verschlechterten.⁴²⁷ Eine klare Antwort auf die unilaterale russische Initiative zum *Kozak*-Memorandum stellte die von der Union und den USA unterstützte „3-D-Strategie“⁴²⁸ der Republik Moldau dar: Sie beinhaltete neben einem dreiteiligen Verhandlungsziel aus Demokratisierung, Demilitarisierung und Dekriminalisierung ein 5+2-

⁴¹⁸ Vgl. ebenda, S. 32f.

⁴¹⁹ Missiroli (2008), S. 4; Herv. Original.

⁴²⁰ Vgl. Paiano (2011), S. 54.

⁴²¹ Schneider-Deters/Schulze/Timmermann (2008), S. 29.

⁴²² Vgl. ebenda, S. 29.

⁴²³ Vgl. Broich (2008), S. 12, 89.

⁴²⁴ Vgl. Fernandes (2012), S. 87 und Paiano (2011), S. 51.

⁴²⁵ Vgl. Broich (2008), S. 13.

⁴²⁶ Broich (2008), S. 12.

⁴²⁷ Vgl. dazu das folgende Kapitel 4.3.3.

⁴²⁸ Korosteleva (2010), S. 1278.

Verhandlungsformat zur Lösung des Konfliktes vor, bestehend aus den Hauptverhandlungsführern Russland, Ukraine, Republik Moldau, OSZE und Transnistrien sowie aus den Beobachtern USA und EU ab November 2005.⁴²⁹ Zusammen mit der EU-begleiteten *EUBAM*-Mission⁴³⁰ in der moldauisch-ukrainischen Grenzregion vergrößerte sich der unionale Einfluss und deren Präsenz auf diese Weise um ein beachtliches Vielfaches.⁴³¹ Insbesondere die jüngeren EU-Mitgliedstaaten bekräftigten die Bedeutung des Engagements der Gemeinschaft für deren östliche Peripherie, durch die sich Länder wie die Republik Moldau erst von der Einflussnahme Russlands emanzipieren könnten.⁴³²

Während sich einerseits die Kritiker auch innerhalb der EU-Institutionen häuften und eine erneute Überarbeitung des Nachbarschaftskonzeptes zugunsten eines höheren Grades an Effizienz forderten, andererseits die Zusagen hochrangiger EU-Vertreter gegenüber den Zielländern – wie Ferrero-Waldners Versprechen auf Neuverhandlungen in Chişinău⁴³³ – alsbald nach Einlösung drängten, präsentierten Polen und Schweden am 26. Mai 2008 dem Rat einen Vorschlag, wie sich ein derartiges *Upgrade* gestalten könnte.⁴³⁴ Die ÖP als Teil eines differenzierteren Nachbarschaftskonzeptes versprach Ländern wie der Republik Moldau u. a. „[m]ehr für mehr“⁴³⁵, d. h. mehr Anreiz für mehr Reformen.⁴³⁶ Bislang funktionierte die ENP als ein politischer „one size fits all“-Ansatz⁴³⁷, der in seiner Zielsetzung sowohl auf östliche wie südliche Nachbarn nahezu identisch angewandt wurde und ungenügend auf die lokalen Realitäten und Bedürfnisse der Zielländer einging;⁴³⁸ auch die jeweiligen individuellen Aktionspläne basierten auf dem gleichen Tenor. Einen ersten Anstoß zur Überarbeitung und Aktualisierung des ENP-Grundkonzeptes von 2004 gab zwar schon die Mitteilung der Europäischen Kommission „Für eine starke Europäische Nachbarschaftspolitik“⁴³⁹ im Dezember 2007; es blieb jedoch ein Anstoß und an inhaltlichen

⁴²⁹ Vgl. European Integration Studies Centre; Institute for Development and Social Initiatives ‚Viitorul‘ (2007), S. 17 und Korosteleva (2010), S. 1278.

⁴³⁰ Vgl. dazu S. 44 dieser Arbeit.

⁴³¹ Vgl. Korosteleva (2010), S. 1278.

⁴³² Vgl. Koopmann/Lequesne (2006), S. 15.

⁴³³ Vgl. Korosteleva (2010), S. 1274.

⁴³⁴ Vgl. Fernandes (2012), S. 84.

⁴³⁵ Europäische Kommission, Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik (2012), S. 2.

⁴³⁶ Die Europäische Kommission konkretisiert in ihrer Mitteilung die praktische Umsetzung des „Mehr für mehr“ Prinzips: vgl. Europäische Kommission, Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik (2012), S. 4f.

⁴³⁷ Langbein (2013), S. 51.

⁴³⁸ Vgl. Langbein (2013), S. 33ff.

⁴³⁹ Europäische Kommission (2007b).

Neuerungen begrenzt und oberflächlich.⁴⁴⁰ Für die Republik Moldau eröffnete diese Korrektur die Hoffnung auf mehr Anreize und mehr Integration, während sie das Land potentiell ein Stück weiter von ihrem östlichen Kurs abbringen könnte; jedoch zeigte schon die Analyse der letzten Periode, dass sich die Russische Föderation als potentieller alternativer Integrationsvektor für die Orientierung der politischen Fahrtrichtung der Republik Moldau bereits in der Vergangenheit als spürbarer Vetospieler erwies.

4.3.3 Russland - *a more difficult partner*⁴⁴¹

Russland, dessen machtpolitisches Ziel es war, autonome Beziehungen auf gleichberechtigter Basis mit der Union zu pflegen, sah sich durch die neue Nachbarschaftspolitik der EU mit bisher nie da gewesenen Realitäten konfrontiert: mit einer (aus russischer Sicht) unilateralen weitreichenden Expansion des europäischen Normen- und Wertekataloges im deklarierten nahen Ausland der Föderation sowie mit einem offensichtlichen Kontrollverlust in Zwischeneuropa.⁴⁴² Auch das Einlenken am Vorabend der EU-Osterweiterung 2004, als auf einem „Gipfeltreffen“ in St. Petersburg in einer Gemeinsamen Erklärung über die künftigen vier „Gemeinsamen Räume“⁴⁴³ den bilateralen Beziehungen zwischen der EU und Russland eine neue Grundlage gegeben wurde, blieb diese zunächst rein deklaratorisch und konnte über die Spannung der Akteure nicht hinwegtäuschen.⁴⁴⁴ Russland hatte es nach eigener Ansicht unter der Führung Putins wieder auf die „Weltbühne“⁴⁴⁵ geschafft und war von nun an nicht mehr nur objektiver Beobachter der internationalen Arena, sondern unabhängig, frei und flexibel in seinem Agieren.⁴⁴⁶ So räsionierte beispielsweise der Journalist Fyodor Lukyanov es sei nicht Russland, das auf die übrige Welt angewiesen sei, sondern ganz im Gegenteil der Rest der Welt, der nicht ohne die Russische Föderation umhin könne.⁴⁴⁷ Diese egozentrische Handlungslogik verdeutlichte sich

⁴⁴⁰ Vgl. Europäische Kommission (2007b); Korosteleva (2012) verweist hier auf die mehrfach geäußerten Bedenken des Europäischen Parlaments; vgl. insbesondere Korosteleva (2012), S. 5f.

⁴⁴¹ Fernandes (2012), S. 85.

⁴⁴² Vgl. Fernandes (2012), S. 83. Eine ausführliche Darstellung der russischen Perzeption liefert außerdem De Tinguy (2006), S. 85ff.

⁴⁴³ Rat der Europäischen Union (2003a), S. 1; Übersetzung aus dem Englischen: SB.

⁴⁴⁴ Vgl. De Tinguy (2006), S. 95 und Fernandes (2012), S. 83.

⁴⁴⁵ Schneider-Deters/Schulze/Timmermann (2008), S. 115.

⁴⁴⁶ Vgl. Schneider-Deters/Schulze/Timmermann (2008), S. 115ff.

⁴⁴⁷ Vgl. Schneider-Deters/Schulze/Timmermann (2008), S. 122.

insbesondere im Intervenieren der Föderation in der Republik Moldau, das als „zivilisatorische Mission“⁴⁴⁸, wie es Putin selbst nannte, erfolgte.

Das Eingreifen Moskaus in die international als frei anerkannten Wahlen 2005 richtete sich offenkundig gegen den amtierenden Präsidenten Voronin und beinhaltete das Angebot strategischer und politischer Beratung der Oppositionsparteien durch Moskau und deren mediale Unterstützung im Wahlkampf. Die Intervention blieb erfolglos, denn Voronin mitsamt pro-europäischem, reformorientiertem Regierungsprogramm wurde trotz massiver Diskreditierung und der Androhung von Sanktionen aus Moskau erneut zum Präsidenten gewählt.⁴⁴⁹ Nichtsdestoweniger zeigte dieser Verlauf zweierlei: Zum einen, wie sehr Russland auf die Rückgewinnung an Einfluss im post-sowjetischen Moldau bemüht war, zum anderen, wie wenig erfolgreich sein Agieren in Anbetracht der alternativen europäischen Integrationsmöglichkeit gleichsam blieb. Stattdessen versuchten die post-sowjetischen Staaten mit symbolischen Organisationsgründungen wie der „Gemeinschaft der Demokratischen Wahl“ 2005⁴⁵⁰ dem Druck der russischen Föderation gegen- und standzuhalten.⁴⁵¹ Die Reaktion des realpolitisch handelnden Russlands auf das drohende Entgleiten der eigenen Kontrolle über die Republik Moldau bzw. auf die erhöhte Präsenz und Einflussnahme der EU in der strategisch bedeutsamen Nachbarschaft der Föderation ließ nicht lange auf sich warten. Der pro-europäische Kurs der Republik Moldau wurde alsbald mit Sanktionen belegt, die von einem Importverbot von Agrarprodukten, insbesondere von Fleisch, Früchten, Gemüse und Wein, bis hin zu drastischen Kürzungen der Gaslieferungen sowie empfindlichen Erhöhungen der Gaspreise zwischen 2006 und 2007 reichten. Der Export der Republik nach Russland brach in sich zusammen und halbierte sich nahezu von 353 Mio. auf 182 Mio. US-Dollar 2006.⁴⁵² Als Grund des Embargos nannte die Führung in Moskau ausständige Tilgungen der enormen Energieschulden;⁴⁵³ ihr Intervenieren im

⁴⁴⁸ Schneider-Deters/Schulze/Timmermann (2008), S. 174. Die Autoren zitieren den russischen Präsidenten in einer dessen Ansprachen im Mai 2005.

⁴⁴⁹ Vgl. Tolstrup (2012), S. 71.

⁴⁵⁰ Zu Ihren Mitglieder gehören: Ukraine, Republik Moldau, Rumänien und Polen; vgl. Schneider-Deters/Schulze/Timmermann (2008), S. 176.

⁴⁵¹ Vgl. ebenda, S. 176.

⁴⁵² Während bereits 2006 ein Anstieg von 80 auf 100 US-Dollar pro Barrel verzeichnet wurde, erhöhte sich dieser später sogar auf 160 US-Dollar pro Barrel; ausführlich zu den russischen Sanktionen berichten Tolstrup (2012), S. 71 und Zabarah (2011), S. 167.

⁴⁵³ Vgl. Korosteleva (2010), S. 1278.

Vorfeld der Wahlen 2005 rechtfertigte sie mit dem Schutz der Rechte der russischen Minderheit auf dem Territorium der Republik Moldau.⁴⁵⁴

Während Moskau zusehends auf Konfrontationskurs mit Chişinău ging und sich die Republik selbst verstärkt von ihrem östlichen Partner distanzierte, verbanden Russland und Tiraspol vitale Interessen an einem engen und gleichgesinnten Austausch. Nachdem die Ukraine und Moldau im März 2006 mit der Einführung einer bilateralen Vereinbarung über Herkunftsangaben auf Zollstempeln der Wirtschaft Transnistriens große Verluste einbrachten, reagierte Moskau mit der Entsendung von Hilfskonvois nach Tiraspol, während es die Aktion als „economic blockade [...] leading to a human catastrophe“⁴⁵⁵ rügte.⁴⁵⁶ Das Regime in der transnistrischen Hauptstadt unter ihrem Präsidenten Smirnov bekannte sich im gleichen Jahr mit einem - international nicht anerkannten - Referendum dezidiert zur Assoziierung mit Russland und gegen eine Eingliederung in die Republik Moldau.⁴⁵⁷ Im Mai 2006 besiegelten die Partner außerdem eine umfassende Annäherung des transnistrischen Staatssystems an das Russische, die fast einer Eingliederung der TMR in die Föderation gleichkam; ab Juli selben Jahres erklärte sich Russland überdies zur Zahlung sämtlicher Pensionszahlungen der russischen Bürger auf dem Territorium Transnistriens bereit.⁴⁵⁸ Die Abhängigkeit der abtrünnigen Region von Russland bzw. deren Abwendung von Moldau sowie der Status quo des pro-russischen Kurses in Tiraspol schien vorerst zementiert.⁴⁵⁹ Das Referendum der politischen Führung in Tiraspol im September 2006 unter dem Vorsatz der Erlangung der Souveränität und zur verstärkten Verbindung mit Russland war faktisch logische Folge; trotz der Tatsache, dass dies von keinem Staat der Welt anerkannt wurde.⁴⁶⁰ Die Lösung des Konflikts mit der Republik Moldau *per se* erschien nicht als Priorität auf der außenpolitischen Agenda Russlands; nach erfolglosem Vorpreschen im Rahmen des *Kozak*-Memorandum war eine zeitnahe Verständigung der Verhandlungspartner nicht möglich. Den Status quo zu zementieren und den strategischen Trumpf gegenüber westlicher Einflussnahme damit nicht aus der Hand zu geben, blieb für Moskau die weitaus vielversprechendere Aussicht.⁴⁶¹

⁴⁵⁴ Vgl. Grund/Sieg (2008), S. 410.

⁴⁵⁵ Zabarah (2011), S. 165.

⁴⁵⁶ Vgl. ebenda, S. 165.

⁴⁵⁷ Vgl. ebenda, S. 166, 175.

⁴⁵⁸ Vgl. ebenda, S. 168.

⁴⁵⁹ Vgl. ebenda, S. 176.

⁴⁶⁰ Vgl. Grund/Sieg (2008), S. 409.

⁴⁶¹ Vgl. ebenda, S. 410.

Die dominierende und intervenierende Haltung Russlands gegenüber der Republik Moldau nach der Absage des *Kozak*-Vorschlages erreichte ihr Ziel eines politischen Kurs- und Richtungswechsels des Landes zwar nicht, zeigte jedoch seine Wirkung dahingehend, dass die Regierungspartei aufgrund der wirtschaftlich desaströsen Lage als auch der gestärkten Oppositionsparteien zusehends manövrierunfähig wurde.⁴⁶² Die zentrale Botschaft Putins in Vertretung der Russischen Föderation auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007, zukünftig in alle wesentlichen sicherheitspolitischen Fragen in Europa mit eingebunden werden zu wollen, verdeutlichte das Ziel der Föderation, seinen Einfluss in der betrachteten Region auch zukünftig sichern zu wollen.⁴⁶³ Die militärische Intervention in Georgien im Sommer 2008 zeugte von der rigorosen Verfolgung dieser Absicht und verschlechterte das bereits geschädigte Ansehen Russlands in der Republik Moldau noch weiter.⁴⁶⁴ Gegen Ende des betrachteten Zeitabschnitts zeigt sich ein eklatanter Prioritätenwechsel der Republik Moldau weg von einer Multivektorenpolitik, wie sie noch in der ersten Phase beschrieben wurde zu einer klar zentrierten europäischen Richtung; Russlands Strategie tat dafür ihr Übriges.

4.3.4 Fortschreitende Europäisierung unter verschiedenen Vorzeichen

Wie bereits im Vorfeld festgestellt werden konnte, entsteht das Politikmodell der ENP vor dem Hintergrund veränderter sicherheitspolitischer und wirtschaftlicher Herausforderungen und Interessen der Union in ihrer der großen Erweiterung 2004 folgenden neuen unmittelbaren Nachbarschaft.⁴⁶⁵ Neben der Gestalt der Union als *Soft Power*-ausübender, wert- und normenbasierter globaler Akteur, die sich im Rahmen der ENP mit Schlagworten wie der Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten wiederfindet, sind auch rationale Intentionen der Gemeinschaft, wie die Stabilisierung und Sicherheit in der europäischen Peripherie, im neuen Nachbarschaftskonzept augenscheinlich.⁴⁶⁶ Eine „privilegierte Partnerschaft“⁴⁶⁷ ist „Herzstück“⁴⁶⁸ der neuen, auf gemeinsamen Werten basierenden Beziehungen mit den Nachbarn und kommt den im Rahmen der ENP bis dato vorrangig genutzten Erweiterungsinstrumenten der Konditionalität und des *Top-down*

⁴⁶² Vgl. Tolstrup (2012), S. 71f.

⁴⁶³ Vgl. Schneider-Deters/Schulze/Timmermann (2008), S. 32.

⁴⁶⁴ Vgl. Cwiek-Karpowicz (2012), S. 7f.

⁴⁶⁵ Vgl. Paiano (2011), S. 55.

⁴⁶⁶ So spricht Vobruba (2007), S. 9 beispielsweise von der erwähnten „kalkulierten Inklusion“.

⁴⁶⁷ Europäische Kommission (2004), S. 3.

⁴⁶⁸ Korosteleva (2012), S. 1; Übersetzung aus dem Englischen: SB.

Ansatzes der Regelübernahme deutlich nahe.⁴⁶⁹ Obwohl die Union in ihrem Grundsatzdokument (ENP) betont, dass es sich um keine traditionelle Konditionalität handle, d. h. nicht um eine zwingende Anweisung, sondern um eine wechselseitig einvernehmlich getroffene Vereinbarung, wird das neue Konzept anfangs als Duplikat bestehender Politiken und Ansätze und als erweiterter, wenngleich verkürzter Arm der Erweiterungsstrategie kritisiert;⁴⁷⁰ vor allem der strukturelle Rahmen und die programmatischen Schwerpunkte (Anpassungen im Bereich Wirtschaft, Rechtssystem usw.) sind ähnlich.⁴⁷¹ So muss Prodi einräumen, dass „many of the elements [...] are taken from the enlargement process.“⁴⁷² Die EU sieht sich jedoch gezwungen, einen weicheren Ansatz für Bedingungen zu entwickeln, da die Beitrittskarotte als größter Anreiz schließlich ausgespart werden sollte: „With the downsizing of the carrot, the stick [needs] to be shortened“⁴⁷³.⁴⁷⁴ Außerdem reagiert die Union damit auf den wachsenden Missmut ihrer Partner, die die zwingende Konditionalität als illegale Einmischung in interne Angelegenheiten kritisieren. Die ENP konzentriert sich deshalb weitaus betonter auf die Konnotation „Partnerschaft“, die in wechselseitiger Abstimmung auf dem Fundament eines gemeinsamen Wertekodex vertieft werden soll.⁴⁷⁵ Diese wohlwollende Lockerung räumt die Bedenken in politisch gespaltenen Ländern wie der Republik Moldau weiter aus. Obgleich die Republik Moldau zurückhaltend und sichtlich enttäuscht auf das neue Nachbarschaftskonzept der Union reagiert, schlägt das Land am Ende doch willentlich und unter rationalen Überlegungen einer *Logic of Consequence* folgend einen pro-europäischen Kurs ein: Eine ziel- und nutzenorientierte Abwägung von Kosten und Vorzügen der Bedingungen scheint zu verdeutlichen, dass das Anreizmodell der Union einen höheren Mehrwert garantiert, als es ein alternativer Integrationsansatz, wie ihn die GUS verspricht, vermag. „It [is] the necessary and accepted means for fulfilling the goal of full membership“⁴⁷⁶ – ein Zwischenschritt also auf dem Weg zur vollen Integration. Jedoch sieht Broich die Absorptionsfähigkeit der Union als „Achillesferse“⁴⁷⁷ des unionalen Integrationsprozesses; sie kann zur Schwachstelle der Europäisierung werden.⁴⁷⁸ Denn

⁴⁶⁹ Vgl. Europäische Kommission (2004), S. 3 und Korosteleva (2012), S. 1.

⁴⁷⁰ Vgl. Koopmann (2006), S. 27; Kratochvil/Tulmets (2010), S. 69 und Paiano (2011), S. 44.

⁴⁷¹ Vgl. Vobruba (2007), S. 12f.

⁴⁷² Europäische Kommission/Prodi (2002). Ausführlich dazu berichtet außerdem Vobruba (2007), S. 13.

⁴⁷³ Paiano (2011), S. 63.

⁴⁷⁴ Vgl. Paiano (2011), S. 44.

⁴⁷⁵ Vgl. ebenda, S. 49.

⁴⁷⁶ Ebenda.

⁴⁷⁷ Broich (2008), S. 11.

⁴⁷⁸ Vgl. ebenda, S. 10f.

während die Republik Moldau jedwede Zusage an Brüssel sowie sämtliche reformerischen Tätigkeiten dem Fernziel des Beitritts zuordnet, bleibt die Union anfangs zweideutig; im Verlauf des betrachteten Zeitraums tritt sie jedoch zusehends entschlossen ablehnend gegenüber dieser Prognose auf. Würde die Erweiterungsdynamik jedoch im Zuge der ENP plötzlich gestoppt, riskiere die Union ein Auseinanderdriften mit ihrer Peripherie. Und dennoch bleiben für die Republik Moldau mittel- und langfristige Aussichten während der gesamten betrachteten Periode ungewiss. Die Union nimmt zwar den Rang eines globalen Akteurs und „Werteexporteur[s]“⁴⁷⁹ ein, zeigt sich trotz des stetig wachsenden Interesses an Stabilität und Sicherheit insbesondere in ihrem unmittelbaren Umfeld in ihrer Aufnahme- und Handlungskapazität jedoch limitiert. Trotz der Erweiterungsmüdigkeit weicht die EU nicht von ihrem Kurs einer Stabilisierung der Nachbarschaft ab und verfolgt ihr Ziel der Verhütung jedweder Sicherheitsrisiken in ihrem unmittelbaren Umfeld konsequent. Zu den offenkundigen Zeichen dafür zählen im Falle der Republik Moldau neben der umfassenden Initiative zur ENP, des damit verbundenen Aktionsplans und institutioneller Präsenz der Union, regelmäßige Treffen bilateraler Gremien wie die des Kooperationsrats sowie die aktive Beteiligung an den Verhandlungen um eine Lösung um Transnistrien.⁴⁸⁰ Die Union wird sich zusehends bewusst, dass die Konfliktlösung nicht als Kondition im Sinne einer Europäisierung der Republik Moldau dient, da auf diese Weise nur die Position von Russland gestärkt würde und vergrößert deshalb ihr eigenes Engagement im Verhandlungsprozess. Mit dem potentiellen Ergebnis vorteilhafter politischer und wirtschaftlicher Entwicklungen in der Republik im Zuge der Annäherung an die EU könnte die Union – so die Hoffnung in Brüssel – auch in das Interessenfeld der Führung in Tiraspol rücken.⁴⁸¹ Die erhöhte Frequenz von diplomatischem und diskursivem Austausch auf unterschiedlichen Ebenen, die neue unionale Gründlichkeit hinsichtlich der Einforderung von Konditionalität bei Reformen sowie die verbesserte Spürbarkeit der Vorzüge für die Republik Moldau, verstärken die Glaubwürdigkeit der Union gegenüber ihrem Partner, führen aber auch zu mehr Verbindlichkeit der Republik gegenüber den zu erfüllenden Bedingungen.⁴⁸² Außerdem sind sowohl Fortschritte als auch Defizite des Ziellandes nun deutlich messbarer, eine Tatsache, die sich auch in einem klareren Reformkurs der politischen Führung äußert und von einem

⁴⁷⁹ Vobruba (2007), S. 7.

⁴⁸⁰ Vgl. Phinnemore (2006), S. 15.

⁴⁸¹ Vgl. Grund/Sieg (2008), S. 412.

⁴⁸² Vgl. Broich (2008), S. 61.

höheren Engagement der Union untermauert wird. Die Union perfektioniert fortwährend ihr Instrument der Konditionalität. Dies zeigt beispielsweise die Reaktion aus Brüssel auf das Scheitern der Republik Moldau, die Deadline des Aktionsplans einzuhalten. In der Folge wird diese nicht nur verlängert, sondern erhält außerdem den zusätzlichen Anreiz einer potentiellen vertraglichen Erneuerung ab 2009, jedenfalls dann, sollte sich Chişinău fristgerecht und reformerfüllend an die bisherigen Vereinbarungen halten. Die EU rückt außerdem nicht von ihrer Bedingung ab, Neuverhandlungen erst nach Erfüllung der PKA-Bestimmungen zu beginnen, und versucht so, Chişinău dazu zu bewegen, die angekündigten Rahmenbedingungen bzw. Konditionen auch wirklich umzusetzen. Auch finanzielle Unterstützung wird zusehends an die Leistungsbereitschaft und Reformfortschritte geknüpft.⁴⁸³ Der unionale Einsatz der Konditionalität zeigt einerseits erste erfolgversprechende Ergebnisse in der Republik Moldau, bleibt andererseits jedoch weiterhin schwach und unpräzise; insbesondere die Überprüfung der Reformfortschritte ist undurchsichtig und konkrete Fahrpläne bleiben aus. Julia Langbein begründet dies mit dem unzureichenden landesspezifischen Wissen der zuständigen EU-Angestellten, die es nicht vermögen, klare und geeignete Richtwerte und Vergleichsmaßstäbe zu definieren, die wiederum eine effektive Konditionalität erst möglich machen würden – ein eindeutiger Negativposten der Kosten-Nutzen-Kalkulation der Republik Moldau angesichts einer regressiven Glaubwürdigkeit der Union und der zunehmenden Unsicherheit in Chişinău über die wahrhaftigen Vorteile der Reformen.⁴⁸⁴ Nicht zu vergessen sind ausgelagerte Aufträge, wie die Initiative zum Grenzkontrollmanagement (EUBAM) an der ukrainisch-moldauischen Grenze mit hohen kurzfristigen materiellen, technischen sowie politischen Kosten seitens der Republik Moldau verbunden. Die Republik Moldau bleibt trotz anfänglicher Enttäuschung und Resignation gegenüber der ausbleibenden *Finalité* der Beziehungen zur Union seinem Streben nach Europäischer Integration treu und akzeptiert alle damit verbundenen Konditionen. Jedoch zeigt sich schnell, dass sich die Reformdurchführung in der Realität als weitaus schwieriger erweist als dies von den politischen Führungseliten der Republik kurzerhand und zum Teil leichtgläubig rationalen Ansichten folgend angenommen wurde. Nutzenorientiertes Denken äußert sich insbesondere in der *small-step*-Taktik der Führung in Chişinău. Die praktische Durchführung der angekündigten und teils auch im Gesetzgebungsprozess realisierten Reformen erweist sich häufig als zu kostspielig und wird

⁴⁸³ Vgl. Paiano (2011), S. 53f.

⁴⁸⁴ Vgl. Langbein (2013), S. 40ff.

von den Anreizen aus Brüssel nicht ausreichend aufgewogen. Sowohl die wirtschaftliche als auch die politische Angleichung an den Normen- und Wertekatalog des europäischen *acquis communautaire* bringen hohe Aufwendungen mit sich. Dies führt zu einer großen Diskrepanz zwischen politischer Rhetorik und Wirklichkeit der Integrationsbemühungen, obgleich der Aufbau eines institutionellen Fundaments für eine wirkungsvolle Regelübernahme unabdingbar wäre. Vor allem in dieser zweiten Phase zeigt sich eine Handlungslogik, der ein rationalistisches Kalkül zu Grunde liegt, weitaus ausgeprägter als sozial-konstruktivistische Überlegungen, die, einem inneren Bedürfnis der Regelübernahme folgend, freiwillig den europäischen Weg wählen. Beide Komponenten der Europäisierung treten dabei im Falle der Republik Moldau im Kontext einer *Top-down* Bewegung auf. Der Reformdruck entstammt vorrangig den politischen Führungseliten in Chişinău, die sich den EU-Kurs zu eigen machen und politische Zielsetzungen und sogar Prognosen daran knüpfen, nicht aber primär zivilgesellschaftlichen Triebkräften. Weiterer Hintergrund dieses staatszentrierten Reformstrebens ist der landesunspezifische *one size fits all*-Ansatz der EU für ihre Nachbarschaft, der aufgrund seiner Oberflächlichkeit bestimmte zivilgesellschaftliche Akteure nur selten tangiert.

Während Russland im ersten betrachteten Zeitraum durch seine Integrationsalternative, der GUS, als potentieller Vetospieler der Europäisierung Moldaus auftritt und den Kurs der Republik beeinflusst bzw. mitzubestimmen vermag, nimmt die Föderation nun mehr die Rolle eines maßgebenden wenngleich ungewollten Verstärkers der EU-orientierten Tendenzen des Landes ein. Russland verfehlt es, ein vorteilhaftes alternatives Integrationsmodell zu etablieren und beginnt, seiner realpolitischen Sichtweise folgend, den eigenen Einfluss auf das launenhafte und im Kurs häufig abschweifende Moldau zurückzugewinnen; dieses Mal mit dem Mittel der Sanktionierung, das zur zwingenden Umkehr führen soll. Die tiefgreifenden und akuten innerstaatlichen Entwicklungsprobleme der Republik, wie demokratische Rückständigkeit, Korruption und soziale wie wirtschaftliche Schiefelage des Landes bleiben von den Intentionen Russlands unberührt und schärfen den Fokus Chişinăus in Richtung Westen; die zivilisatorische Mission aus Gründen der historischen kulturellen und sprachlichen Verbundenheit, die Putin 2005 noch verkündet⁴⁸⁵ und die ein erstes Aufflammen eines *Soft Power*-Handelns vermuten lässt, scheint schnell vergessen. Andererseits sind die Einmischung der Union in die Verhandlungen um eine

⁴⁸⁵ Vgl. Schneider-Deters/Schulze/Timmermann (2008), S. 174.

Lösung in Transnistrien sowie die fortschreitende Ausweitung und Vertiefung des europäischen Konzeptes in Ländern wie der Republik Moldau für die politische Führung in Moskau ein warnendes Zeichen für eine drohende Niederlage im Nullsummenspiel um Zwischeneuropa. Da Russland sich grundsätzlich vorrangig darauf beschränkt bereits russland-freundliche Partner zu unterstützen,⁴⁸⁶ bringt der Wandel der politischen Führung in Chişinău in Richtung Westen die Republik Moldau schnell in die Position eines Widersachers. Während die Union betont mehr darauf bedacht ist neue Trennungslinien im Rahmen der ENP zu vermeiden,⁴⁸⁷ verstärkt Russland das eindeutige Markieren und Abstecken der Grenzen seines Einflussbereiches.⁴⁸⁸ Um nicht zwischen die Mülsteine der EU und Russland zu geraten und dennoch einen möglichst hohen Nutzen aus der Kooperation mit der Union ziehen zu können, bleibt der Republik Moldau nur eine klare Haltung gegenüber der EU und die Erfüllung deren Konditionen.

In diesem zweiten zeitlichen Abschnitt wird eines besonders deutlich: Die Republik Moldau ist mitsamt der progressiven Beziehungen zur Union und der rückläufigen Zusammenarbeit mit Russland in eine Art geopolitischer Zwischenzone zwischen den beiden Machtpositionen gelangt. Während die EU als Integrationsmodell weitaus mehr Attraktivität erwarten lässt, beharrt Russland auf *Hard Power* und der Beibehaltung des Status quo. Die Rolle der Russischen Föderation als Vetospieler der Europäisierung der Republik Moldau hat sich somit gewandelt, hin zu repressivem statt konkurrierendem Aktionismus. Dieser hat so lange hemmende Wirkung auf die Europäisierung des Landes, wie die Negativposten der moldauischen Kosten-Nutzen-Rechnung hinsichtlich der Annäherung an die EU noch überwiegen. Mit Blick auf die geographische Nähe und sicherheitspolitischen Relevanz der Region, sieht sich die EU zwangsläufig in der Rolle eines Mitspielers im geopolitischen Spiel; um ihren *Soft Power* Ansatz weiter verfolgen zu können, drängt sich das Ausweiten des unionalen Anreizsystems nahezu auf.⁴⁸⁹ Trotz der betonten differenzierten Behandlung der Nachbarstaaten und maßgeschneiderten Beziehungen zu diesen, wird vermehrt Kritik an der ENP im Allgemeinen und am Aktionsplan in seiner Funktion als Bestimmungs- und Bezugsrahmen der ENP in den einzelnen Zielländern im Besonderen geäußert: Denn während die Verpflichtungsseite für die Partner „too thick“⁴⁹⁰ sei, gestalte sich die

⁴⁸⁶ Vgl. Cwiek-Karpowicz (2012), S. 9.

⁴⁸⁷ Vgl. Europäische Kommission (2003), S. 4.

⁴⁸⁸ Vgl. Schneider-Deters/Schulze/Timmermann (2008), S. 160.

⁴⁸⁹ Vgl. ebenda, S. 160.

⁴⁹⁰ Phinnemore (2006), S. 16; Herv. Original.

Verantwortungsübernahme der Union „too thin“⁴⁹¹.⁴⁹² Das europäische Anreizsystem büßt aufgrund der mangelhaften definitorischen Trennschärfe der Nachbarschaftspolitik sowie der vagen Gewissheit des Nachbarn über Profit und potentielle Kosten einer Annäherung an Attraktivität ein. Um auch zukünftig nicht ihre Vertrauens- und Glaubwürdigkeit zu verlieren, sieht sich die Gemeinschaft zwangsläufig einem erneuten Redigieren ihres Politikansatzes ausgesetzt. Dies führt 2008 zur polnisch-schwedischen Initiative einer mehrdimensionalen differenzierteren Nachbarschaftspolitik.

4.4 Von der Östlichen Partnerschaft zum Assoziierungsabkommen (2009-2014)

Die polnisch-schwedische Initiative der ÖP wurde gleich zu Beginn als „enorme[r] Erfolg“⁴⁹³ gefeiert. Doch stellte sich dieser Erfolg auch bei europäischen Nachbarn wie der Republik Moldau ein? Die Zeichen dafür standen gut: Die Union ließ die Republik auf eine lang-ersehnte stärkere Individualbehandlung, vielfältige weitreichende und maßgeschneiderte Anreize und mehr multilaterale Zusammenarbeit hoffen, während Russland 2008 erstmals seine Strafmaßnahmen gegen das Land beendete und großes Interesse daran zeigte, nun auch wieder aktiv die Politik in Chişinău mitgestalten zu wollen.⁴⁹⁴

4.4.1 Republik Moldau zwischen politischem Stillstand, innerer

Zerrissenheit und historischem Fortschritt

Der Abschluss des ersten Visaabkommens in der gesamten ÖP zwischen der Union und der Republik Moldau setzte das Land an die Spitze der östlichen Partnerländer;⁴⁹⁵ es überholte damit die ebenfalls als Vorreiter gehandelte Ukraine.⁴⁹⁶ Das Jahr 2009 wurde dahingehend zum Sinnbild der europäischen Ausrichtung des Landes und eröffnete ein „neues Fenster der Möglichkeiten“⁴⁹⁷. Die pro-europäische Regierungskoalition *Alliance for European Integration* (AEI)⁴⁹⁸ löste die nahezu ein Jahrzehnt regierende kommunistische Führung in Chişinău ab.⁴⁹⁹ Die bislang amtierende Partei rund um Vladimir Voronin war nach einem

⁴⁹¹ Ebenda; Herv. Original.

⁴⁹² Vgl. Korosteleva (2012), S. 107 und Phinnemore (2006), S. 16f.

⁴⁹³ So zitierten Raabe und Bölling den polnischen Außenminister Radek Sikorksi: Raabe/Bölling 2009, S. 1.

⁴⁹⁴ Vgl. Korosteleva (2012), S. 7 und Tolsrup (2012), S. 72, 86f.

⁴⁹⁵ Vgl. Sieg/Kulminski (2014), S. 2.

⁴⁹⁶ Vgl. Raik (2012), S. 1.

⁴⁹⁷ Meister (2011), S. 2; Übersetzung aus dem Englischen: SB.

⁴⁹⁸ Die Koalition setzte sich zusammen aus der Liberal-Demokratischen Partei (PLDM), der Liberalen Partei (PL), der Allianz „Unser Moldau“ (AMN) und der Demokratischen Partei (PDM); vgl. Meister (2011), S. 2.

⁴⁹⁹ Vgl. ebenda.

offenkundigen Täuschungsmanöver bei den Parlamentswahlen im Frühjahr 2009 in der Öffentlichkeit in Verruf geraten und nach heftigen Protestbewegungen zu Neuwahlen gezwungen; diese besiegelten faktisch ihr vorläufiges Ende.⁵⁰⁰ Dem zielorientierten Engagement der neuen Führung zugunsten einer schrittweisen Annäherung an die Union waren ehrgeizige, weitreichende und sektorenübergreifende Reformideen zu verdanken, die den Beginn der Verhandlungen um ein AA im Januar 2010 und die Aushandlung eines Freihandelsabkommens ab Dezember 2011 einleiteten.⁵⁰¹ Das *Rethink Moldova Programm*⁵⁰² aus dem Jahr 2010 wurde dabei von internationalen Geldgebern großzügig belohnt.⁵⁰³ Nichtsdestotrotz blieb die Implementierung der ambitionierten Regelungen weit hinter den Erwartungen zurück: So stellen Meister und Büscher resigniert fest, dass nach der Initiative des Reformkataloges kaum fundamentale Neugestaltungen vorgenommen wurden und der politischen Rhetorik keinerlei Aktionen folgten.⁵⁰⁴

Die Gründe dafür waren mannigfaltig, jedoch hemmten zwei maßgebende innenpolitische Entwicklungen die Arbeit der Koalition und den damit verbundenen europäischen Kurs des Landes: Zum einen sah sich die neue Regierung bereits nach kurzer Zeit in politischer Stagnation und reformerischer Lähmung gefangen.⁵⁰⁵ Über einen Zeitraum von drei Jahren hinweg konnte keine verfassungsrechtlich geforderte qualifizierte Mehrheit für die Präsidentenwahl gefunden werden und stetige Neuwahlen machten ein reformorientiertes Fortkommen quasi unmöglich. Der politische Stillstand der Republik war primär das Resultat von „Grabenkämpfen“⁵⁰⁶ der Koalition und strittigen Prozenzhürden bei Abstimmungen, die eine Einigung auf einen neuen Präsidenten unmöglich machten.⁵⁰⁷ Zum anderen büßte der europäische Kurs in der Öffentlichkeit wie auf administrativer Ebene kontinuierlich an Glaubwürdigkeit ein – weder kam es seither zu spürbaren Fortschritten bei den Lebensbedingungen der Bevölkerung noch hatte sich der hohe Grad an Korruption in Politik und Wirtschaft erkennbar verringert.⁵⁰⁸ Das Vertrauen in Rechtsstaatlichkeit und Demokratie

⁵⁰⁰ Vgl. Meister (2011), S. 2 und Tolstrup (2012), S. 72.

⁵⁰¹ Vgl. Irmer/Mreyen (2013), S. 1 und Langbein (2013), S. 47.

⁵⁰² Vgl. Government of Moldova (2010).

⁵⁰³ Neben einem 100 Mio. Euro schweren Kredit der EU hatte das Land bereits im Vorfeld (2009) 580 Mio. US-Dollar vom IMF erhalten sowie später rund 1,9 Bill. US-Dollar von diversen anderen internationalen Geldgebern (darunter Partner wie die Europäische Kommission oder die Weltbank); vgl. Meister (2011), S. 5.

⁵⁰⁴ Vgl. Büscher (2014), S. 1 und Meister (2011), S. 5.

⁵⁰⁵ Vgl. Raik (2012), S. 1.

⁵⁰⁶ Sieg (2012), S. 2.

⁵⁰⁷ Vgl. Sieg (2012), S. 2.

⁵⁰⁸ Vgl. Büscher (2014), S. 2f. und Meister (2011), S. 5.

wich Frustration und Skepsis.⁵⁰⁹ Während sich die Gesellschaft aufgrund der erneuten zunehmenden Verunsicherung hinsichtlich eines zukunftssträchtigen Politikmodells, einer gefestigten Nation und des geopolitischen Kurses zwischen dem Lager der pro-europäischen Bevölkerung und dem der Befürworter einer Annäherung an Russland bzw. einer Mitgliedschaft in der Zollunion aufspaltete – eine Entwicklung, die im Rahmen dieser Untersuchung einem *Déjà-vu* gleichkommt –⁵¹⁰ kam es auch innerhalb der Regierungskoalition häufig zu Streitigkeiten.⁵¹¹ Die Wahl von Präsident Nicolae Timoftis im März 2012 setzte der politischen Talfahrt vorläufig ein Ende.⁵¹² Im Mai des darauffolgenden Jahres formierte sich überdies eine neue Regierung unter Premier Iurie Leancă, die den Weg aus der Verfassungs- und Regierungskrise allmählich ebnete und die auch von einer oppositionell organisierten „velvet-revolution“⁵¹³ mit dem Ziel des Sturzes der pro-europäischen Regierung nicht in ihrem Agieren gehindert werden konnte.⁵¹⁴ Das Standvermögen der reformorientierten Kräfte trotz eines Misstrauensvotums 2013⁵¹⁵ war ein deutliches Zeichen für den Willen und die Beständigkeit des EU-freundlichen Kurses des Landes; wenngleich die Wahlsiege der pro-europäischen Eliten stets knapp ausfielen.⁵¹⁶ Ausbleibende Modernisierung und ein omnipräsentes Korruptionsproblem ließen die Bevölkerung im Laufe dieser Periode wiederum stark am Reformkurs der politischen Führung zweifeln.⁵¹⁷ Wie bereits in der Vergangenheit litt die Koalitionsregierung der AEI an Selbstüberschätzung im Hinblick auf die Assoziierungsrouten zur EU: Unerreichbare Prophezeiungen über den vorzeitigen Abschluss eines Visaabkommens sowie die Verschiebung des Termins für die geplante Unterzeichnung des AAs kosteten der Allianz sowohl Vertrauen innerhalb der Bevölkerung als auch wichtiges Spielgeld für eine erfolgreiche Regierungsarbeit.⁵¹⁸ Auch eine intensive Reisediplomatie seitens der Union in die Republik sowie die etwas verzögerten aber dennoch effizienten und ergebnisreichen Verhandlungen um Abkommen zu Visafreiheit, Freihandel und Assoziierung änderten daran

⁵⁰⁹ Vgl. Meister (2011), S. 2.

⁵¹⁰ Vgl. dazu Kapitel 4.2.

⁵¹¹ Vgl. Büscher (2014), S. 3.

⁵¹² Vgl. Sieg (2012), S. 1f.

⁵¹³ Sieg/Kulminski (2014), S. 2.

⁵¹⁴ Vgl. ebenda, S. 2.

⁵¹⁵ Vgl. Irmer/Mreyen (2013), S. 1.

⁵¹⁶ Vgl. Pagung (2014), S. 2.

⁵¹⁷ Vgl. ebenda, S. 2ff.

⁵¹⁸ Vgl. Ciurea (2013), S. 3.

nichts.⁵¹⁹ Weder die positiven Rückmeldungen aus Brüssel über sichtbare Fortschritte der Republik⁵²⁰ noch die Neujustierung der pro-europäischen Eliten konnte nicht über die innerstaatlichen Spannungen hinwegtäuschen; die Aussicht auf Assoziierung mit der EU stieß dabei bei weitem nicht allein auf frohlockende Stimmen. In der autonomen Region Gagausien wurde fünf Monate vor Unterzeichnung des AA durch den Europäischen Rat aus Protest ein Referendum über den Beitritt zum Konkurrenzmodell, der Eurasischen Union, abgehalten. Auch der *de facto* Staat Transnistrien versuchte wenige Wochen zuvor Russland von der Anerkennung des eigenen Autonomiestatus zu überzeugen. Beide Initiativen blieben jedoch ohne bahnbrechenden Erfolg.⁵²¹

In Hinblick auf den Dreh- und Angelpunkt des nationalen Konfliktes um den *de facto* Staat Transnistrien zeigte sich in dieser Periode nach kurzem Aufflammen potentieller Lösungsbemühungen erneut Stagnation. Erste versöhnliche Töne in der bislang verhärteten Diskussion über die Transnistrienfrage klangen im Jahr 2010 an, als die Juni-Initiative von Deutschland und Russland, das sogenannte *Merseberg*-Memorandum, den Anstoß gab, die offiziellen Verhandlungen um eine Lösung des Konflikts in der Folge wiederaufzunehmen.⁵²² Einhergehend mit dem Anmuten eines internationalen Tauwetters, brachte der Regierungswechsel in Transnistrien im Dezember 2011 nicht nur das Ende einer 20-Jahre andauernden Smirnow-Ära (ihn löste Jewgeni Schwetschuk ab) sondern auch eine zusehends rational auftretende, reformorientierte Führung in Tiraspol, die die Unabhängigkeit des *de facto* Staates einer Annäherung an Russland vorzog.⁵²³ Doch was nach einer realistischen Chance auf eine baldige Einigung zwischen Chişinău und Tiraspol aussehen mochte, verstärkte alsbald die konträren Positionen einer gespaltenen und kaum kompromissfähigen Titularnation Moldau einerseits und eines weiterhin stark von Russland abhängigen und im Laufe zweier Jahrzehnte durch Unabhängigkeit geprägten Transnistrien andererseits – zu stark waren negative und stereotype Ressentiments sowie wechselseitiges Misstrauen

⁵¹⁹ Vgl. Pagung (2014), S. 2f.

⁵²⁰ Die Durchsicht der Fortschrittsberichte der Europäische Kommission bezeugen der Republik Moldau große strukturelle Errungenschaften und progressive Umsetzung der Aktionspläne, während stets betont wird, dass die praktische Implementierung einiger Reformen abzuwarten bleibt; vgl. Europäische Kommission/Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik (2012), S. 8; Europäische Kommission/Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik (2013), S. 4ff. und Europäische Kommission/Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik (2014a), S. 3.

⁵²¹ Während das Referendum aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht anerkannt wurde, zeigte auch Russland keinerlei Interesse daran, Transnistrien aus den Händen zu geben; vgl. dazu Büscher (2014), S. 3 und Meister (2011), S. 4.

⁵²² Vgl. Sieg (2012), S. 1.

⁵²³ Vgl. ebenda.

bereits verankert.⁵²⁴ Die Glaubwürdigkeit der russischen Bemühungen um eine zeitnahe Konfliktlösung schien außerdem fragwürdig, da die Föderation auf diese Weise ihr einflussreichstes Instrument aus der Hand geben hätte. Es verwundert demnach nicht, dass das Memorandum bis heute keinerlei erkennbaren Fortschritt brachte.⁵²⁵ Einer Annäherung an die EU, wie es die Republik Moldau forcierte, wurde in Tiraspol aufgrund der Verquickung mit Russland stets mit Zurückhaltung begegnet, wenngleich die Union durchaus mit zunehmender Glaubwürdigkeit und Attraktivität punktete.⁵²⁶ Dennoch stellt Hans M. Sieg fest, der Konflikt habe viel von seiner ursprünglichen Härte verloren; der Wissenschaftler konzipiert in seiner Analyse exemplarisch konkrete Lösungsansätze, die die Verhandlungen in eine konstruktive Richtung lenken könnten.⁵²⁷ In der Präambel des AAs mit der Republik Moldau betont die Union schließlich erneut „[t]he importance of the commitment of the Republic of Moldova to a viable settlement of the Transnistrian conflict, and the EU’s commitment to support post-conflict rehabilitation“⁵²⁸ – sie betont dabei ausdrücklich, dass eine Unterstützung künftig nur Resultat wechselseitigen Engagements sein könne.

War die Zollunion nun doch zur Integrationsalternative geworden? Neben den Vorzügen diverser wirtschaftlicher Vergünstigungen des russischen Integrationsprojekts wurden auch sicherheitspolitische Bedenken gegenüber einem verärgerten Russland geäußert und die Resignation gegenüber den kaum spürbaren Vorteilen der EU-Annäherung klar herausgestellt. Zwar war die Chance auf Assoziierung verglichen mit dem bisherigen unionalen Anreizregister revolutionär, jedoch blieb die *Finalité* der Beziehungen weiter offen.⁵²⁹ Noch einmal sah sich die Republik vor die Wahl gestellt zwischen der Annäherung an die EU und einer Mitgliedschaft im östlichen Integrationsmodell, der Zollunion, deren Beitritt aber unweigerlich das Ende des AA und somit des europäischen Weges zur Folge gehabt hätte.⁵³⁰ Doch der entscheidende Unterschied zur ersten betrachteten Periode war nun eine viel engere formale Verquickung zwischen der EU und der Republik Moldau, die Wahl und das Bestehen einer pro-europäischen Regierung sowie die Furcht vor schmerzlicher russischer Sanktions- und Interventionspolitik. So beschreibt Büscher die Krise in der Ukraine als offensichtlich beschleunigendes Moment des Abschlusses des AA zwischen

⁵²⁴ Vgl. Sieg (2012), S. 4f.

⁵²⁵ Vgl. Meister (2011), S. 5.

⁵²⁶ Vgl. Sieg (2012), S. 11.

⁵²⁷ Vgl. ebenda, S. 9, 15f.

⁵²⁸ Europäischer Rat (2014), Präambel.

⁵²⁹ Vgl. Raabe/Böttger (2009), S. 3f.

⁵³⁰ Vgl. Sieg/Kulminksi (2014), S. 3.

der EU und Moldau, da sie die Angstgefühle der Republik gegenüber ihrer eigenen territorialen Verletzlichkeit stärker werden ließ.⁵³¹ Die Annexion der Halbinsel Krim war aus moldauischer Perspektive ein Abbild des eigenen Albtraumes und Sinnbild für die rigorose und allgegenwärtige Durchsetzung russischer Machtpolitik in deren Interessensphäre.⁵³²

Die Republik ließ sich trotz innenpolitischer Zerwürfnisse und der Ehrfurcht vor russischem Interventionismus nicht von außen für die Rolle eines Spielballs instrumentalisieren; sie distanzierte sich in ihrem politischen Handeln klar von Moskau. Mit dem Abschluss des AA im Juni 2014 entschied sich das Land erstmals in seiner Geschichte eindeutig für ein zukunftsweisendes Integrationsmodell, das die Entwicklung der Republik von nun an bestimmen wird.⁵³³ Am 27. Juni 2014 unterzeichnete der Europäische Rat das bereits im November 2013 paraphierte AA zwischen der Union und der Republik Moldau.⁵³⁴ Das 465 Artikel starke Dokument besiegelt einen historischen Schritt in den bilateralen Beziehungen und hebt die Republik Moldau von vielen weiteren Nachbarn der Union ab.⁵³⁵ Sein normativer Gehalt übersteigt dabei das bisherige bilaterale Verhältnis zwischen der EU und Moldau; so definiert die Präambel des AA: „common values on which the EU is built – namely democracy, respect for human rights and fundamental freedoms, and the rule of law – lie also at the heart of political association and economic integration as envisaged in this Agreement“⁵³⁶.

Die zukünftigen Entwicklungen lassen offen, wie sich der normative Werteexport der EU in den politischen Entscheidungsmustern der Republik Moldau nach Abschluss des AA manifestieren wird, doch bezeugt die Untersuchung einen stetig wachsenden Anreiz des unionalen Integrationsmodells seit der ÖP Initiative.

4.4.2 Mehr für mehr – Differenzierte Anreizpolitik der Union

Bereits die Gründung der ÖP auf dem „Gipfeltreffen“ des Europäischen Rates am 07. Mai 2009 in Prag leuchtete mit starker politischer Symbolkraft.⁵³⁷ Für die Union war sie Antwort auf die zunehmende Verantwortung für die stabile Entwicklung ihrer Nachbarn und deren politisches Fortkommen; sie stellte die Zusammenarbeit auf eine völlig neue vertragliche

⁵³¹ Vgl. Büscher (2014), S. 1.

⁵³² Vgl. ebenda, S. 2.

⁵³³ Vgl. Sieg/Kulminski (2014), S. 4.

⁵³⁴ Vgl. Büscher (2014), S. 1; Europäischer Rat (2014) und Sieg/Kulminski (2014), S. 2.

⁵³⁵ Vgl. Europäischer Rat (2014).

⁵³⁶ Europäischer Rat (2014), Präambel.

⁵³⁷ Vgl. Raabe/Bölling (2009), S. 3 und Rat der Europäischen Union (2009).

Stufe.⁵³⁸ Außerdem sah sich die Union gefordert, nach dem Intervenieren Russlands in Georgien im Sommer 2008 auf das imperialistische Verhalten der Föderation zu reagieren und mehr Engagement gegenüber ihrer unmittelbaren Peripherie zu zeigen.⁵³⁹ Dahingehend sollte die ÖP als politisches Novum an Differenziertheit einen guten Start hinlegen – dies war das vorrangige Ziel der Union. So verwundert es nicht, dass sie die Wahlen in der Republik Moldau 2009 als den demokratischen Wahlrechtsgrundsätzen entsprechend einstufte – es handelte sich schließlich um Wahlen in einem Land, das nun in einen differenzierten Kontext privilegierter Beziehungen gesetzt werden würde. Dies erwies sich jedoch als vorschneller Trugschluss: Am Ende musste die Union ihr Urteil aufgrund der schwerwiegenden Wahltäuschungen revidieren und büßte deshalb an Glaubwürdigkeit ein.⁵⁴⁰

Für den Partnerstaat Republik Moldau bedeutete die ÖP dennoch einen Etappensieg in Richtung europäische Integration und eine wichtige Schutzmaßnahme, um nach Initiative einer Union für den Mittelmeerraum – die ebenfalls seit 2008 bestehende südliche Dimension der ENP⁵⁴¹ – nicht auf das „politische Abstellgleis“⁵⁴² zu geraten. Ein Fortschrittslevel-basierter Ansatz sollte Anreize und Instrumente so ausdifferenzieren, dass er den „front-runners“⁵⁴³ – vorrangig der Ukraine und der Republik Moldau – erlaubte, ein AA abzuschließen.⁵⁴⁴ An den handlungsleitenden ENP-Zielen, d. h. der wertbasierten wirtschaftlichen und politischen Heranführung durch sozioökonomische und institutionelle Reformmaßnahmen, änderte sich dabei primär Intensität und Umfang.⁵⁴⁵ Dazu gehörte die lang ersehnte Aussicht auf Verhandlungen eines AAs, die Teilnahme an einer DCFTA⁵⁴⁶, eine engere energiepolitische Zusammenarbeit, die weniger Abhängigkeit von Russland erhoffen ließ bzw. das Hauptziel der Führung in Chişinău, Energiesicherheit, erreichbar machte⁵⁴⁷

⁵³⁸ Vgl. Europäische Kommission (2008a), S. 2f. und Lang/Lippert (2015), S. 1.

⁵³⁹ Vgl. Raabe/Bölling (2009), S. 3.

⁵⁴⁰ Vgl. Tolstrup (2012), S. 72f.

⁵⁴¹ Für ausführliche Informationen zum *Euro-Mediterranean Partnership* (EUROMED) vgl. European Union External Action Service (2015a).

⁵⁴² Raabe/Bölling (2009), S. 3.

⁵⁴³ Korosteleva (2012), S. 7.

⁵⁴⁴ Vgl. ebenda, S. 7.

⁵⁴⁵ Vgl. Lang/Lippert (2015), S. 2.

⁵⁴⁶ Vorrangiges Ziel des DCFTA ist eine Angleichung der nationalen Gesetzgebung an EU-Recht – in allen handelsrelevanten Bereichen –, um langfristig Handelshemmnisse abzubauen; vgl. Van de Water (2011), S. 2.

⁵⁴⁷ Im August 2013 startete offiziell das Bauprojekt der *Lasi-Ungheni* Gaspipeline, die zukünftig das Gasnetz der Republik Moldau und Rumänien verbinden soll. Der russische Premierminister Rogozin drohte daraufhin – wenngleich ohne Konsequenzen – mit ausbleibenden Gaslieferungen an die Republik in den Wintermonaten; vgl. Berbeca (2013), S. 1. Außerdem betont die Europäische Kommission, dass es sich bei dieser energiepolitischen Zusammenarbeit um eine „win-win-Lösung“ für sowohl Union als auch für die

sowie die Aufnahme in eine Mobilitätspartnerschaft⁵⁴⁸ und verschiedene sektorspezifische Kooperationen. Die ÖP erwies sich außerdem alsbald als Impulsgeber einer Vielzahl verschiedener multilateraler Kooperationsformen, wie jährlich stattfindende Treffen der Außenminister, Ministerkonferenzen einzelner Sektionen, zweijährliche „Gipfeltreffen“ der Staats- und Regierungschefs der ÖP – 2009 in Prag, 2011 in Warschau und 2013 in Vilnius – sowie zivilgesellschaftliche Foren zu vier thematischen Schwerpunkten der Zusammenarbeit.⁵⁴⁹ Völlig offen blieb und bleibt dabei jedoch der wesentliche Mehrwert der vielschichtigen Formen der Zusammenarbeit.⁵⁵⁰ Stratenschulte und Priesmeyer-Tokcz beanstanden deshalb, die ausgedehnte multilaterale Dimension gleiche einem „riesigen Sandkasten, in dem jeder mit jedem spielen kann. Die Kommission stellt den Sand zur Verfügung [...], freut sich über das zahlreiche Erscheinen der Teilnehmer, sagt aber nicht, was genau gebaut beziehungsweise gespielt wird.“⁵⁵¹ Dieser Kritik steht jedoch die Tatsache gegenüber, dass sich die Union neben spürbar größeren finanziellen Unterstützungsleistungen auch um ein größeres Maß an Konditionalität durch den neuen konzeptionellen Fokus der ÖP bemühte.⁵⁵² Wer mehr Fortschritte vorweisen konnte, sollte mit mehr belohnt werden.⁵⁵³ Die „Gipfeltreffen“ der Staats- und Regierungschefs wurden dahingehend zu Kontrollterminen erhoben während Fahrpläne und Fortschrittsberichte richtungsweisende Wirkung entfalten sollten.⁵⁵⁴ Außerdem unterzog die Union im Mai 2011 die bisherige ENP einer Korrektur⁵⁵⁵: Die Ziele der „[N]eue[n] Antwort auf eine Nachbarschaft im Wandel“⁵⁵⁶ basieren auf dem Prinzip „mehr für mehr“⁵⁵⁷, d. h. je größer der Fortschritt des Partnerlandes desto weitreichender die unionalen

Republik Moldau handle; vgl. Europäische Kommission/Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik (2011), S. 25.

⁵⁴⁸ Die Republik Moldau war als Pilot-Land bereits seit 2008 an einer derartigen Partnerschaft beteiligt; vgl. dazu Kapitel 4.3.1.

⁵⁴⁹ Vgl. Stratenschulte/Priesmeyer-Tkocz (2013), S. 57ff.; Zu den Schwerpunkten gehörten neben Politik und Wirtschaft auch die Energiesicherheit und Völkerverständigung bzw. „contact between people“; vgl. Korosteleva (2012), S. 7f.

⁵⁵⁰ Vgl. Stratenschulte/Priesmeyer-Tokcz (2013), S. 69; Beispielsweise benennen Stratenschulte/Priesmeyer-Tokcz das Zivilgesellschaftliche Forum der ÖP, welches aufgrund einer undurchsichtigen, großen und stets variierenden Teilnehmerzahl (Vertreter aus 200 NGOs der ÖP Länder) stark in Kritik geraten ist; vgl. dazu Stratenschulte/Priesmeyer-Tokcz (2013), S. 70.

⁵⁵¹ Stratenschulte/Priesmeyer-Tokcz (2013), S. 71.

⁵⁵² Vgl. ebenda, S. 59f.

⁵⁵³ Vgl. ebenda, S. 60.

⁵⁵⁴ Vgl. ebenda, S. 64.

⁵⁵⁵ Zentraler Beweggrund waren jedoch weniger die Fortschritte der einzelnen Zielländer als die Umbrüche in den Staaten des Nahen Osten im Zuge des arabischen Frühlings; vgl. Langbein (2013), S. 44.

⁵⁵⁶ Europäische Kommission/Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik (2011).

⁵⁵⁷ Ebenda, S. 12.

Unterstützungsleistungen und desto intensiver der Ausbau der bilateralen Beziehungen.⁵⁵⁸ Dabei steht das Ziel einer „vertieften Demokratie“⁵⁵⁹ an erster Stelle. Die Kommission betont in dieser Mitteilung die zukünftige Intensivierung der gegenseitigen Kontroll- und Rechenschaftspflicht durch Fortschrittsberichte und den verstärkten Einbezug der Zivilgesellschaft. Außerdem verspricht sie eine größere Differenzierung, Individualität und Flexibilität des Politikansatzes gegenüber den einzelnen Partnern.⁵⁶⁰ Namentlich und an erster Stelle lobend erwähnt wird dabei u. a. die Republik Moldau, aufgrund ihrer bisherigen Reformbemühungen.⁵⁶¹ Trotz der verkündeten fortschrittlichen Neuauflage der ENP, stellt Langbein in ihrer Bilanz kritisch fest, dass der *one size fits all*-Ansatz auch in dieser neuen Ausgabe des Politikfeldes bestehen bleibt und unionaler Protektionismus sowie unzureichendes *Know how* über Länderspezifika den bahnbrechenden Fortschritt behindert.⁵⁶² Außerdem zeigen sich weitere Stimmen kritisch, die ÖP sei nicht Ergebnis eines „proactive pursuit of the EU’s own interests in the region“⁵⁶³, sondern allenfalls eine Reaktion auf das fortwährende Drängen der östlichen Partner auf mehr Europa und mehr Anreize.⁵⁶⁴ Wie Hans M. Sieg und Vladislav Kulminski herausstellen, existierte zur Zeit der ÖP-Initiative keine realistische Integrationsalternative zur Union; jedoch sah sich diese bald im Wettbewerb mit der aufstrebenden und von Russland forcierten Zollunion. Diese versprach augenblickliche Belohnung für den Beitrittsstaat, während die Union weiterhin an ihrem mittel- und langfristig vorteilhaften Konzept der Konditionalität festhielt.⁵⁶⁵ Nichtsdestotrotz äußerte sich die Union gegenüber den Reformfortschritten der neuen pro-europäischen Führung in Chişinău wohlwollend geduldig und lobte die positiven Entwicklungen im Bereich des zivilgesellschaftlichen Dialogs, der Verbesserung der Transparenz politischer Entscheidungen und den Reformen im Bereich der Korruptionsbekämpfung, der Rechtsstaatlichkeit und zur Förderung der Menschenrechte.⁵⁶⁶ Aus Sicht der EU stellte die

⁵⁵⁸ So betont die Europäische Kommission deutlich, dass die Belohnungen „dem Umstand Rechnung tragen, dass tiefgreifende Reformen mit hohen Anfangskosten verbunden sind.“ Europäische Kommission/Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik (2011), S. 3. Die EU trägt ferner dafür Sorge, dass die fortschrittlichsten Partner am besten von der Annäherung profitieren; vgl. Europäische Kommission/Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik (2011), S. 17.

⁵⁵⁹ Europäische Kommission/Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik (2011), S. 2, 4.

⁵⁶⁰ Vgl. Europäische Kommission/Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik (2011), S. 22ff. und Langbein (2013), S. 51.

⁵⁶¹ Vgl. Europäische Kommission/Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik (2011), S. 1.

⁵⁶² Vgl. Langbein (2013), S. 51f.

⁵⁶³ Sieg/Kulminski (2014), S. 3.

⁵⁶⁴ Vgl. ebenda, S. 3.

⁵⁶⁵ Vgl. Sieg/Kulminski (2014), S. 3.

⁵⁶⁶ Vgl. Meister (2011), S. 3.

Unterzeichnung des AA im Juni 2014 somit einen „Meilenstein“⁵⁶⁷ der Beziehungen zu „einigen ihrer engsten Partner“⁵⁶⁸ dar, der zusammen mit dem damit verbundenen DCFTA die Wohlfahrt dieser Länder stärken sollte.⁵⁶⁹ Das neue Abkommen sollte nach Ansicht der Union den Partnerländern von nun an die Möglichkeit geben, das Tempo der Integration bzw. den damit verbundenen Reformen selbst zu bestimmen.⁵⁷⁰ Ob und inwieweit dieses revolutionäre Anreizpaket für die Republik Moldau attraktiv genug ist, um dem EU-Kurs treu zu bleiben, bleibt abzuwarten. Weiterhin entscheidend ist dabei ein Fortschritt der Verhandlungen um die Zukunft Transnistriens. Das unionale Engagement zur Lösung des Konfliktes blieb auch in dieser Periode auf der Strecke: Neben dem bereits erwähnten *Merseberg*-Memorandum kam es zu keinerlei weiteren Initiativen. Stefan Meister konstatiert dazu resigniert: „As long as the EU accepts how Russia uses the post-Soviet conflicts [einschließlich den Konflikt um Transnistrien; Anm. SB] to secure the status quo and its own sphere of influence, no break-through will be achieved.“⁵⁷¹ Die Union stellte dazu jedoch stets klar, dass eine Integration ohne die Lösung des Transnistrienkonfliktes unmöglich wäre.⁵⁷² Die Kompromisslosigkeit in Chişinău zeugte wiederum vom unzureichend attraktiven Anreiz für die Republik Moldau, die Kosten der mit einer Lösung verbundenen Zugeständnisse selbst zu tragen. Begründungen für die verhärtete Position Moldaus waren und sind bis heute, dass der Konflikt wichtige und grundlegende Fragen der Identität des Landes tangiert und Brennpunkt konträrer geopolitischer Belange ist.⁵⁷³

4.4.3 Verhärtete Aversionen zwischen Chişinău und Moskau

Trotz des Regierungswechsels in Moskau zu einem reformwilligen Dmitry Medvedev von März 2008 bis Mai 2012 an der Spitze, ändert sich die auswärtige Politik Russlands gegenüber der russischen Peripherie nur marginal. Das international verurteilte, kriegerische Eingreifen in Georgien 2008 sowie in der Ukraine 2014 unter der Präsidentschaft von Vladimir Putin zeugten von Machtdemonstration und Ordnungsstreben der Föderation im postsowjetischen Umfeld.⁵⁷⁴ Russlands stetiges Umdenken hin zu mehr *Soft Power*

⁵⁶⁷ Europäische Kommission/Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik (2014b), S. 11.

⁵⁶⁸ Ebenda.

⁵⁶⁹ Vgl. ebenda.

⁵⁷⁰ Vgl. Europäische Kommission/Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik (2011), S. 16.

⁵⁷¹ Meister (2011), S. 5.

⁵⁷² Vgl. Ciurea/Tugui (2013), S. 2.

⁵⁷³ Vgl. Sieg/Rolofs (2013), S. 100f.

⁵⁷⁴ Vgl. Lang/Lippert (2015), S. 1.

gegenüber dem deklarierten nahen Ausland führte überdies zur Forcierung der Zollunion.⁵⁷⁵ Nicht nur unterstützte die Führung in Moskau anti-europäische Referenden, wie sie Gagausien bzw. Tiraspol kurz vor Abschluss des AAs zwischen der Republik Moldau und der EU durchführten, sondern erreichte zudem durch eine enge Verflechtung zwischen den politischen und administrativen Gremien in Tiraspol und Moskau eine weitreichende Einwirkung auf den Werdegang Transnistriens.⁵⁷⁶ Der Konflikt um die abtrünnige Region blieb weiterhin eigennütziges Druckmittel der russische Politik gegenüber der Republik Moldau, mit dessen ausbleibender Lösung sich Moskau weiterhin die Tür der Einflussnahme auf Chişinău offen hielt.⁵⁷⁷

Aber nicht nur hinsichtlich der politischen Entwicklungen in Tiraspol versuchte Moskau die Karten mitzumischen: Am Vorabend der Wahlen 2009 wurde Voronin vom ehemals unliebsamen Kooperationsverweigerer (es sei an dieser Stelle erinnert an die Absage des *Kozak*-Memorandums) zum öffentlich verkündeten Wunschkandidaten Russlands für eine weitere Amtsperiode.⁵⁷⁸ Doch Moskau kassierte mit Voronin eine Niederlage.⁵⁷⁹ Nach dem Ausscheiden der kommunistischen Führung und der Machtübernahme der pro-europäischen Koalition sah sich Moskau zu einer Neujustierung der eigenen Politik gegenüber Chişinău gezwungen: So kehrte Russland alsbald zur altbewährten Politik der Destabilisierung zurück.⁵⁸⁰ Die AEI wies zwar stets den Vorwurf der Feindlichkeit gegenüber Russland von sich,⁵⁸¹ konnte aber nichts am aggressiven und verschnupften Gebaren des Kremls ändern. Die Pfadabhängigkeit einer gemeinsamen Historie und kulturellen Verbindung, wie sie Russland gern bediente, konnte für die Republik Moldau nicht aufrecht erhalten werden,⁵⁸² ganz im Gegenteil führte die strafende Haltung Russlands zu verstärkten Aversionen in der Republik. Der betont europäische Kurs der Koalition in Chişinău und der Wille zu konsequenter Annäherung sollte nicht lange auf die Gegenreaktion aus Moskau warten. Einschüchternden Drohungen wirtschaftlicher Sanktionierung folgte alsbald die schmerzliche Realität.⁵⁸³ In der zweiten Jahreshälfte 2013 versuchte Moskau erneut – wie bereits 2005 –

⁵⁷⁵ Vgl. Sieg/Kulminski (2014), S. 3.

⁵⁷⁶ Vgl. Büscher (2014), S. 3.

⁵⁷⁷ Vgl. Sieg (2012), S. 13.

⁵⁷⁸ Vgl. Makarychev (2011), S. 120 und Tolstrup (2012), S. 72.

⁵⁷⁹ Eine überraschende Schlappe: So beglückwünschte Präsident Medvedev Voronin bereits vor Bekanntgabe der Wahlergebnisse diesen zum zukünftigen Präsidentenposten; vgl. dazu: Tolstrup (2012), S. 72.

⁵⁸⁰ Vgl. Tolstrup (2012), S. 73.

⁵⁸¹ Vgl. Makarychev (2011), S. 120.

⁵⁸² Vgl. ebenda.

⁵⁸³ Neben Beschränkungen der Energielieferungen stellten 400 000 moldauischen Arbeitsmigranten, deren

⁵⁸⁴ mit einem Importverbot auf Wein, der nun jedoch nur noch etwa ein Drittel des Gesamtweinexports der Republik betraf, die Führung in Chişinău zu einem Einlenken zu bewegen; dies blieb ohne Erfolg.⁵⁸⁵ Die autonome Region Gagausien, die sich in einem Referendum einige Wochen später für einen Beitritt zur Eurasischen Union aussprach, bleibt von Russland dabei verschont.⁵⁸⁶ Das ein halbes Jahr später folgende Embargo auf Fleischfabrikate der Republik nach dem Beschluss der zügigen Ratifizierung des AAs mit der EU durch das moldauische Parlament, weckt Mutmaßungen einer Verzweiflungstat oder kann als kategorische Trotzreaktion verstanden werden.⁵⁸⁷

Ein weiteres Mal zeigte sich die fehlende Strategie der Russischen Föderation gegenüber ihren Nachbarstaaten; Russland übte sich stattdessen weiterhin in beständiger Betonung der Gemeinsamkeiten mit dem deklarierten nahen Ausland und konterkarierte Europäisierungstendenzen des Nachbarn Moldau mit altbekannten Sanktionen.⁵⁸⁸ So zeugen sowohl die unmittelbare Reaktion Moskaus auf die Ratifikation des AA durch das Parlament in Chişinău durch ein großflächiges Embargo auf Früchte des Landes als auch politische Interventionen bei Wahlen von eben dieser immer wiederkehrenden realpolitischen Handlungslogik eines Nullsummenspiels. Andras Racz folgert resigniert aus dem unverändert dominanten Verhalten Russlands für Moldau: „Hence, Moldova’s struggle to make a geopolitical choice is far from over.“⁵⁸⁹ Während die Russische Föderation die Republik Moldau weiterhin als ureigenes Interessensgebiet anzusehen schien, war die EU aus Sicht Russlands im betrachteten Zeitraum vom Partner zum „geopolitischen Rivalen“⁵⁹⁰ auf postsowjetischem Territorium geworden. Wie sich die geopolitische Ordnung in Zukunft gestalten wird bleibt offen;⁵⁹¹ ob Kooperation – die in Anbetracht der zurückliegenden Jahre mit massivem Vertrauensverlusts als eher unwahrscheinlich angenommen werden kann – oder spannungsgeladene Konfrontation, jedwede Entwicklung wird weiterhin bedeutenden Einfluss auf den Fortgang der Europäisierung in der Republik Moldau haben.

Aufenthaltsrecht bislang ungeklärt blieb, ein empfindliches wirtschaftliches und politisches Druckmittel dar; vgl. dazu: Büschner (2014), S. 2.

⁵⁸⁴ Vgl. dazu Kapitel 4.3.

⁵⁸⁵ Vgl. Büscher (2014), S. 2 und Sieg/Kulminski (2014), S. 3.

⁵⁸⁶ Vgl. Sieg/Kulminski (2014), S. 3.

⁵⁸⁷ Vgl. Büscher (2014), S. 2.

⁵⁸⁸ Vgl. Tolstrup (2012), S. 73f.

⁵⁸⁹ Racz (2014), S. 2.

⁵⁹⁰ Lang/Lippert (2015), S. 2.

⁵⁹¹ Vgl. Lang/ Lippert (2015) zeigen potentielle strategische Überlegungen auf, die von strategischer Konzertierung, Containment bis hin zu kooperativer Konfrontation reichen.

4.4.4 Assoziierung als vorläufige Endstation der Europäisierung

Stratenschulte und Priesmeyer-Tocz prognostizierten im Jahr 2013, unmittelbar vor dem 2. ÖP-„Gipfeltreffen“ in Vilnius, dass ohne maßgebende Ergebnisse die bislang vorherrschende wirkungslose politische Rhetorik die Glaubwürdigkeit der Union gegenüber den ÖP-Staaten beschädigen werde: „Für die Partnerstaaten wäre damit klar: Um die Unterstützung der EU zu erhalten, muss man nichts tun, man muss nur so tun, als tue man etwas.“⁵⁹² Mit Blick auf die Europäisierungstendenzen der Republik Moldau im betrachteten Zeitraum ergibt sich jedoch ein gemischtes Bild: Einerseits bringt die Untersuchung deutlich hervor, dass unionale Maßnahmen seit der Initiative der ÖP durchaus um stärkere Konditionalität und Differenziertheit des Anreizsystems bemüht sind. Das Prinzip der positiven Konditionalität, das sich seit Beginn der Beziehungen der Union zu ihren Nachbarstaaten bewährt hat, bleibt dabei weiterhin maßgebendes Instrument; allerdings führt die Modernisierung der ENP im Jahr 2011 zu einer weitaus strengeren Bindung von potentiellen unionalen Anreizen an die effektive Umsetzung politischer Reformversprechungen. Das Prinzip „[m]ehr für mehr“ wird somit im Zuge der verstärkten Differenzierung der Nachbarschaftspolitik zu einem kongenialen „[w]eniger für weniger“⁵⁹³. Die Union trägt durch die dringend notwendige Individualisierung und Anpassung des bisherigen Nachbarschaftskonzepts auf die einzelnen Partnerländer der Pluralität und dem unterschiedlichem Grad an Europäisierungstendenzen dieser Staaten Rechnung. Ein attraktiver Zusatz, der es der Republik Moldau aufgrund der bereits langjährigen Reformzusagen und -bemühungen ermöglicht, an die Spitze der ÖP-Staaten zu gelangen – eine deutliche Demonstration der progressiven Europäisierung des Landes. Andererseits versäumt es die Union an dieser Stelle klare *Benchmarks* für ihren Nachbar zu definieren und die *Finalité* der Beziehungen – ein für die Republik Moldau so maßgebender Aspekt – zu formulieren.⁵⁹⁴ So erbt das Konzept der ÖP entscheidende substantielle Defizite der zugrundeliegenden ENP. Korosteleva attestiert der östlichen Dimension außerdem Zweigleisigkeit, Unterentwicklung und vor allen Dingen mangelnde Gleichwertigkeit, die eine ernsthafte Partnerschaft im Grunde implizieren würde.⁵⁹⁵ Ferner erweisen sich innenpolitische Vetokräfte und die damit einhergehende langfristige politische Stagnation als besonders müßig für die forcierte demokratische Entwicklung der Republik Moldau. Wie die Analyse der politischen Bewegungen in der Republik Moldau zeigt, werden

⁵⁹² Stratenschulte/Priesmeyer-Tkocz (2013), S. 66.

⁵⁹³ Langbein (2013), S. 51.

⁵⁹⁴ Vgl. ebenda, S. 51f.

⁵⁹⁵ Vgl. Korosteleva (2012), S. 8, 39, 41.

zwar umfangreiche Reformpapiere und legislative wie institutionelle Veränderungen vorgenommen – jedoch allseits mit mäßigem Erfolg hinsichtlich ihrer praktischen Umsetzung. Der *Logic of Consequence* folgend zeigen die politischen Programme der pro-europäischen Regierung sowie deren Engagement im bi- wie multilateralen Rahmen der ÖP durchaus europäisierende Impulse; für die Führung in Chişinău stellt der erwartete Zugewinn an Nutzen durch die Annäherung an die Union das Faustpfand ihres Machterhalts dar. Nicht ohne Grund stellt die Union die Fortschritte klar heraus und lobt die Bemühungen der Führung in Chişinău. Jedoch bleibt offen, ob dieses Engagement letztendlich zukünftig erfolgreiche praktische Umsetzung finden wird. Die realen Kosten werden von Seiten des moldauischen Regimes bislang nur indirekt übernommen, während der politische Preis der reformmotivierten Regierungskoalition, die mit nur knappem Vorsprung ihren Erhalt sichern kann, höher ausfällt als bisher. Aus rationalistischer Perspektive zeigt die Untersuchung zum einen, dass die Höhe der Kosten für Moldau aufgrund der engeren Bestimmtheit und Konditionalität der ÖP als Nachbarschaftspolitik zwar deutlich oberhalb der bisherigen Aufwendungen liegt und auch die Zahl und die Potenz der internen (oppositionelle Kräfte) wie externen (Russland) Vetospieler groß bleibt. Zum anderen aber erreichen die unionalen Anreize einen respektablen Umfang und auch die Anforderungen fallen hinreichender bestimmt aus als bisher. Obwohl die Union an einigen Punkten an Glaubwürdigkeit einbüßt, kann der Abschluss des AAs sowie die damit verbundenen Abkommen zu Visafreiheit und Freihandel durchaus als positive Bilanz der Kosten-Nutzen-Rechnung im Rahmen eines den politischen Entscheidungen zu verdankenden *Top-down* Prozesses gewertet werden. Die Europäisierung nach rationalistischen Kennziffern stellt sich somit als progressiv dar. Im Hinblick auf sozialkonstruktivistisch motivierte Entwicklungen weist die betrachtete Periode deutliche Europäisierungsprozesse auf. Der Schritt, sich für bis zu 80% des Unions-*acquis* zu öffnen und sich den externen Konditionen zu fügen, impliziert eine starke Verbundenheit der Republik Moldau mit der europäischen Identität. Außerdem muss die Wahl und Beständigkeit einer pro-europäischen Regierung trotz der langen politischen Krise und des haarfeinen Vorsprungs gegenüber den oppositionellen Kräften als durchschlagender Wandel hervorgehoben werden – eine fundamentale Neuordnung, die einem *Bottom-up* Prozess entspringt bzw. auf das Bedürfnis der „aspiration-group“⁵⁹⁶ – der EU – angehören zu wollen zurückzuführen ist. Weniger können Imitationsvorgänge nachgewiesen werden; jedoch

⁵⁹⁶ Schimmelfennig/Sedelmeier (2005), S. 19.

zeugen die benannten Entwicklungen von langfristig-erwachsenem Interesse an gemeinschaftlichen Strukturen, dem wechselseitigen Willen nach Interaktion, Annäherung bzw. Normendiffusion und -übernahme. Diese *Logic of Appropriateness* erweist sich im betrachteten Zeitraum insbesondere mit Blick auf die Vetorolle Russlands als entscheidend für das Fortkommen der Europäisierung der Republik Moldau.

Für die Russische Föderation steht weiterhin die Beibehaltung des Status quo in zweierlei Hinsicht im Vordergrund: Moskau ist sich einerseits bewusst, dass die Republik Moldau ohne die Lösung der Transnistrienfrage kein Mitglied der EU werden kann und auch die Europäische Integration als außenpolitisches Ziel der Regierung in Chişinău ohne Ergebnisse im Verhandlungsprozess unerfüllt bleiben werde. Umso weniger scheint ein Abzug der russischen Truppen auch zukünftig im Bereich des Möglichen zu liegen. Andererseits verspielt Russland durch seine imperialistische Sanktions- und Interventionspolitik die Chance auf ein Tauwetter mit Chişinău; ein Faktum, welches Bedrohungsgefühle der Moldau erhärtet und hinsichtlich der Europäisierungsbemühungen der Republik bestärkend wirkt. Die Russische Föderation tritt in der betrachteten Periode nur geringfügig als negativer Vetospieler der Europäisierung Moldaus auf. Zwar bleiben traditionelle Einflussmöglichkeiten Moskaus immanent und scheinen unumstößlich, jedoch reichen kurzfristige Anreize alternativer Integrationsmodelle wie der Zollunion nicht aus, um die wirtschaftliche, weitaus umfassendere und insbesondere nachhaltige Annäherung an die EU zu vereiteln.

In der Gesamtschau kann der Abschluss des AA dennoch vorerst als Endstation betrachtet werden, da es nicht als wahrscheinlich anmutet, die Union könne in Zukunft ein noch ehrgeizigeres Anreizsystem für die Republik Moldau etablieren. Einerseits hält sich die EU die Definition der *Finalité* der bilateralen Beziehungen auch in diesem Abschnitt weiterhin offen und bekennt sich zu einer weitreichenden *acquis*- bzw. Normendiffusion. Andererseits haben sich die Fronten um die Lösung des Transnistrienkonfliktes so verhärtet, als dass es zu vielversprechender Entspannung gekommen wäre. Dies stellt jedoch – wie o. s. bemerkt – aus EU-Perspektive ein entscheidendes Moment jedweder weiteren Annäherung dar. Da es sich hinsichtlich der Europäisierung allerdings um einen dynamischen und niemals abgeschlossenen Prozess handelt, ist diese Entwicklung (Europäisierung) selbst nicht Teil der betitelten Endstation.

5. Kritische Schlussbetrachtung

Die Untersuchung zeigt deutlich, dass zentrale Annahmen des Konzepts der Europäisierung nach Schimmelfennig und Sedelmeier sehr wohl auf die Entwicklungen der Republik Moldau seit deren erster vertraglicher Bindung an die EU angewandt werden können. So bringt ihre strukturierte Überprüfung anhand zweier Kernthesen aufschlussreiche Ergebnisse hervor. Während das theorieimmanente Element des *Lesson-drawing* aufgrund seiner analytischen Unschärfe im Rahmen dieser Arbeit weitestgehend ausgespart blieb, erwies sich die Diskussion des jeweiligen externen Anreizsystems und der Europäisierung durch Sozialisierung als ertragreich:

Das europäische Integrationsmodell stellt sich während der ersten beiden Perioden aufgrund der geringen Anreizstrukturen als zu geringfügig attraktiv für die Republik Moldau dar, um kostspielige Adaptionsprozesse in die Wege zu leiten. Grund hierfür ist ferner die Kombination aus der, der externen *Governance*⁵⁹⁷ der Union entstammenden, verpflichtenden Konditionalität einerseits und der begrenzten partnerschaftlichen Gegenseitigkeit der EU-Nachbarschaftspolitik andererseits.⁵⁹⁸ Primär rationale Überlegungen prägen die politischen Entscheidungsmuster bzw. Zielsetzungen in dieser Phase und das Gleichgewicht aus Kosten und Nutzen einer EU-Annäherung begünstigt den Schlingerkurs der Führungseliten in Chişinău. Während sich weder Moldau noch die EU in den ersten Jahren ihrer formalen Beziehungen als rezeptiv und engagiert gegenüber einer unilateralen respektive wechselseitigen Annäherung zeigen, ändert sich dies während der zweiten Periode zum einen im Rahmen der zunehmenden Ausdifferenzierung der unionalen Nachbarschaftspolitik und zum anderen aufgrund der schwindenden Bedeutung potentieller Integrationsalternativen, wie sie die GUS vormals darstellte. Die Beziehungen zur Union und die damit verbundenen Europäisierungsprozesse werden insbesondere im Zuge rationaler Abwägungen allmählich zum Bestandteil der politischen Stoßrichtung der Republik Moldau und erhalten durch die Wahl und den Erhalt einer pro-europäischen Regierung ab 2009 zusätzliche Legitimation und Zugkraft. Deutlich zeigt sich hierbei am Verhalten der Republik Moldau eine abwartende Haltung auf Initiativen aus Brüssel. Zwar stützen politische Reformprogramme in allen drei betrachteten Abschnitten die Europäisierung des Landes, jedoch bleiben diese durchwegs meist unterhalb der Implementierungsebene und zeugen

⁵⁹⁷ Vgl. dazu ausführlich Gänzle (2009).

⁵⁹⁸ Vgl. Korosteleva (2012), S. 41.

von der Scheu der politischen Führung in Chişinău, kostenintensive und gleichzeitig in ihrem Nutzen ungewisse Interventionen zu riskieren. Die ausbleibende Definition der *Finalité* der Beziehungen zwischen der EU und der Republik Moldau sowie die lange Zeit undurchsichtigen und meist inexistenten *Benchmarks* der unionalen Konditionalität waren und sind mitentscheidend für die Zurückhaltung der Republik Moldau.

Es lässt sich festhalten, dass diese beiden primär rationalistisch begründeten Aspekte – der Mangel an Richtwerten der zu erfüllenden Bedingungen sowie die fehlende Zielbestimmung der bilateralen Beziehungen – das Fortkommen der Europäisierung des Landes während der betrachteten Zeiträume maßgebend hemmen, während sich der Prozess im Allgemeinen jedoch sichtbar progressiv entwickelt. Diese Entwicklung ist besonders der zweiten theoretischen Kernannahme, nämlich der sozial-konstruktivistischen Handlungslogik, zuzurechnen. Im Laufe vieler Jahre zunehmender pro-europäischer Sozialisierung, die sich insbesondere an das zusehends provokative Auftreten des Vetospielers Russland knüpft, wächst die Attraktivität der EU als „aspiration group“⁵⁹⁹ und lässt die Annäherung an das europäische Integrationsmodell zum entscheidenden politischen Spielstein der Moldauer Führung werden. Konstant ambitionierte Reformbemühungen bringen das Land letztendlich in die Position eines *Front-runners* der östlichen Nachbarschaftspolitik und werden von der Union belohnt: Der Abschluss des AAs bezeugt als außerordentliches Novum des unionalen Anreizsystems einerseits die Zusage und politische Entschlossenheit der Republik Moldau gegenüber einer fortschreitenden Anpassung an den EU-*acquis*, während es andererseits die gewichtige (sicherheits-)politische Relevanz des Landes für die EU bekundet.

Die Rolle der Russischen Föderation erweist sich für diesen Wandel als erheblich: Die Untersuchung verdeutlicht hierfür klar die Unvereinbarkeit von europäischen und russischen Intentionen und Interessen gegenüber Moldau, die den Grad der Europäisierung der Republik in den verschiedenen Etappen beeinflussen. Russische Realpolitik prallt häufig auf normative Bestrebungen der Union, welche die Führung in Chişinău vor teils richtungsweisende und herausfordernde Entscheidungsmomente stellen. Die Ablehnung des *Kozak*-Memorandums 2004 erweist sich hinsichtlich der Europäisierung der Republik Moldau als entscheidender Wendepunkt, zumal sich in der Folge die bis dato vorherrschende Schaukelpolitik der politischen Führung in Chişinău in eine konsequente Wahl des europäischen Vektors wandelt. Russlands Position im Hinblick auf die EU-Annäherung

⁵⁹⁹ Schimmelfennig/Sedelmeier (2005), S. 19.

Moldau wechselt von der eines konkurrierenden Vetospielers während der ersten Periode durch sein attraktives alternatives Integrationsmodell – der GUS – zu der eines imperialistisch anmutenden, blockierenden Akteurs, der während der beiden folgenden Abschnitte durch seine impulsive Sanktions- und Interventionspolitik die Europäisierungsprozesse der Republik sogar beschleunigt. Die wiederholten Maßregelungen aus Moskau für die Untreue der Republik Moldau gegenüber Russland sind ein deutliches Zeichen dafür und führen schließlich zur Abwendung Moldaus vom östlichen Vektor. Der Verhandlungsprozess um Transnistrien spielt dabei in allen Abschnitten eine wesentliche Rolle: Während die Russische Föderation zunächst als engagierter Verhandlungsführer auftritt und das Desinteresse der EU eigennützig einflussstärkend kompensiert, ändert sich dies schlagartig mit der Absage des *Kozak*-Memorandums. Der ehemals hochgeachtete Fürsprecher der politischen Führung in Chişinău, Russland, kann seine Position als alternativer Integrationspartner zum EU-Modell nicht halten, während seine (Veto-) Rolle gegenüber der Europäisierung der Republik Moldau unter den eben benannten wechselnden Vorzeichen Bestand hat. Es sei an dieser Stelle betont, dass sich die Bedeutung eines potentiellen externen Vetospielers der Europäisierung am Beispiel der Republik Moldau als wesentlich herausstellt – ein Ergebnis, das auf eine theorieimmanente Lücke hinweisen kann, obgleich die Vermutung freilich dem Rahmen der Untersuchung eines konkreten Fallbeispiels entspringt.

Aus den Erkenntnissen der Untersuchung kann fernerhin gefolgert werden, dass die Republik Moldau während der betrachteten Zeiträume ihren europäischen Kurs trotz konkurrierender geopolitischer Integrationsbemühungen seitens der EU und der Russischen Föderation im Sinne der theoretischen Annahmen der Europäisierung nachhaltig verfolgen konnte. Obgleich die Republik Moldau womöglich auch in naher Zukunft weiterhin verschwommen in vielen EU-Staaten wahrgenommen werden wird, verdeutlichen die aufgezeigten Entwicklungen der vergangenen zwei Jahrzehnte jedoch, wie bedeutsam die EU ihrerseits für ein Land wie Moldau geworden ist. Was bereits Schumann forderte – die Öffnung der europäischen Gemeinschaft gegenüber den Völkern Osteuropas – wurde im Laufe der Zeit maßgebendes Moment der politischen Entscheidungsmuster in der Republik Moldau: Ein europäischer Staat, der sich zusehends sowohl um Mitgliedschaft zur als auch um die moralische Unterstützung von der EU bemühte.

Literatur- und Dokumentenverzeichnis

Literaturverzeichnis

- Adomeit, Hannes** (2013): Partner oder Störfaktor: Russlands Rolle in der Europäischen Nachbarschaft. In: Stratenschulte, Eckhart D.(Hrsg.): Grenzen der Integration. Europas strategische Ansätze für die Nachbarregionen, Nomos Verlag, Baden-Baden, S. 121-152.
- Axt, Heinz-Jürgen; Milososki, Antonio; Schwarz, Oliver** (2007): Europäisierung – ein weites Feld, Literaturbericht und Forschungsfragen. In: Nomos Verlag (Hrsg.), Politische Vierteljahresschrift, Vol. 48, Nr. 1, S. 136-149.
- Bachmann, Klaus; Stadtmüller, Elzbieta** (2011): The European Union's Neighbourhood Challenge, Transborder Cooperation, Migration and Europeanization. Wydawnictwo Uniwersytetu Wrocławskiego, Wrocław.
- Berbeca, Veaceslav** (2013): Energy Security Aspects of the Republic of Moldova. In: Institute for Development and Social Initiatives Viitorul (Hrsg.), Moldova's Foreign Policy Statewatch, Nr. 69, Chişinău, abrufbar unter: <http://www.viitorul.org/doc.php?l=en&id=4226&idc=358> (letzter Zugriff: 25.12.15).
- Birk, Johanna** (2011): Die EU und ihre Nachbarn, Integrationsmodelle zwischen Nachbarschaft und Vollmitgliedschaft. In: Hentges, Gudrun; Hans-Wolfgang Platzer (Hrsg.): Europa – quo vadis? Ausgewählte Problemfelder der europäischen Integrationspolitik, Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 43-66.
- Bochmann, Klaus; Dumbrava Vasile; Müller Dietmar; Reinhardt Victoria** (Hrsg.) (2012): Die Republik Moldau: ein Handbuch. Leipziger Universitätsverlag, Leipzig.
- Börzel, Tanja** (2010): The Transformative Power of Europe, The Limits of External Europeanization. In: Freie Universität Berlin (Hrsg.), Kolleg-Forschergruppe (KFG), KFG Working Paper Series, Nr. 11, Berlin, abrufbar unter: http://edocs.fu-berlin.de/docs/receive/FUDOCS_document_000000005300 (letzter Zugriff: 25.12.15).
- Broich, Markus J. W.** (2008): Der Wandel der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Republik Moldau im Kontext der EU-Erweiterungspolitik. Dissertation im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, Duisburg-Essen.
- Büscher, Klemens** (2014): Republik Moldau: EU-Assoziierung im Schatten der Ukraine-Krise. In: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit (Hrsg.), SWP-Aktuell, Nr. 48, Berlin, abrufbar unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-398383> (letzter Zugriff: 25.12.15).

- Bundesbank deutscher Banken** (2015): Wechselkurs Euro – Moldauischer Leu.
Stand: 03.01.16, abrufbar unter:
<https://bankenverband.de/service/waehrungsrechner/> (letzter Zugriff: 03.01.16).
- Calugareanu, Vitalie; Schwartz, Robert** (2015): Die Republik Moldau – das nächste Pulverfass in Europa? In: Deutsche Welle (DW), 02.03.2015, abrufbar unter:
<http://dw.com/p/1Ejhq> (letzter Zugriff: 26.12.15).
- Checkel, Jeffrey T.** (2005): International Institutions and Socialization in Europe, Introduction and Framework. In: International Organization, Vol. 59, No. 4, S. 801-826, abrufbar unter: <http://www.jstor.org/stable/3877829>
(letzter Zugriff: 05.01.16).
- Ciobanu, Ceslav** (2009): Frozen and Forgotten Conflicts in the Post-Soviet States, Genesis, Political Economy and Prospects for Solution. East European Monographs, Columbia University Press, New York.
- Ciurea, Cornel** (2013): Torments of the foreign policy of the Republic of Moldova.
In: Institute for Development and Social Initiatives Viitorul (Hrsg.), Moldova's Foreign Policy Statewatch, Nr. 65, Chişinău, abrufbar unter:
<http://www.viitorul.org/newsview.php?l=en&id=4128&idc=132>
(letzter Zugriff: 25.12.15).
- Cooper, Julian** (2013): Die eurasische wirtschaftliche Integration nimmt Fahrt auf.
In: Russland-Analysen, Nr. 257, S. 2-10, abrufbar unter:
<http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen257.pdf>
(letzter Zugriff: 25.12.15).
- Cwiek-Karpowicz, Jaroslaw** (2012): Limits to Russian Soft Power in the Post-Soviet Area.
In: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (Hrsg.) DGAPanalyse, Nr. 8, Berlin, abrufbar unter:
<https://dgap.org/de/article/getFullPDF/21791> (letzter Zugriff: 25.12.15).
- De Tinguy, Anne** (2006): Konkurrenten statt Partner, Die russische Sicht auf die EU und die Nachbarschaftspolitik. In: Koopmann, Martin; Lequesne, Christian (Hrsg.): Partner oder Beitrittskandidat? Die Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union auf dem Prüfstand, Schriften zur europäischen Politik, Wirtschaft und Kultur, Denkart Europa, Nomos Verlag, Baden-Baden, S. 85-108.
- Drofa, Anastasia** (2013): Strategische Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und der Russischen Föderation im Wandel von Normativität zu Pragmatismus.
Dissertation im Fach Philosophie, Aachen, abrufbar unter: <http://publications.rwth-aachen.de/record/229258/files/4947.pdf> (letzter Zugriff: 04.01.16).
- Egbert, Jahn** (2009): Frieden durch die normative Kraft militärischer Gewalt? Der Südkaukasus nach dem Augustkrieg. In: Jochen Hippler et al. (Hrsg.): Friedensgutachten 2009, LIT Verlag, Berlin, S. 85-96.

Emerson, Michael (2004a): European Neighborhood Policy: Strategy or Placebo? In: Centre for European Policy Studies (Hrsg.), CEPS Working Document, Nr. 215, abrufbar unter: http://aei.pitt.edu/6645/1/1176_215.pdf (letzter Zugriff: 25.12.15).

Emerson, Michael (2004b): The Wider Europe Matrix. In: Centre for European Policy Studies (Hrsg.), abrufbar unter: http://aei.pitt.edu/32578/1/17._The_Wider_Europe_Matrix.pdf (letzter Zugriff: 05.01.16).

Emerson, Michael; Noutcheva, Gergana (2004): Europeanisation as a Gravity Model of Democratisation. In: Centre for European Policy Studies (Hrsg.), CEPS Working Document, Nr. 214, abrufbar unter: <http://aei.pitt.edu/6646/> (letzter Zugriff: 25.12.15).

Emerson et al. (2004): Europeanization and Secessionist Conflicts: Concepts and Theories. In: European Center for Minority Issues (Hrsg.), Journal of Ethnopolitics and Minority Issues in Europe, Nr. 1, abrufbar unter: <http://www.ecmi.de/publications/detail/issue-12004-61/> (letzter Zugriff: 25.12.15).

European Integration Studies Centre; Institute for Development and Social Initiatives Viitorul (2007): Quo Vadis, Moldova? Multi-M' Publishing House Ltd, Lviv.

Eurasian Economic Community (EURASEC) (2015): About EurAsEC. Abrufbar unter: <http://evrazes.com/en/about/> (letzter Zugriff: 25.12.15)

Executive Committee of Gagauzia (2015): Legal Code of Gagauzia. Abrufbar unter: <http://www.gagauzia.md/pageview.php?l=en&idc=389&id=240> (letzter Zugriff: 25.12.15).

Fernandes, Sandra (2012): The Russian Factor in the EU's Ambitions towards the East. In: Kanet, Roger E.; Freire, Maria Raquel; Kirschbaum, Stanislaw (Hrsg.): Competing for Influence: the EU and Russia in post-sowjet Eurasia, Central and East European Studies, Nr. 2, International Council for Central and East European Studies (ICCEES), Republic of Letters, Dordrecht, S. 79-105.

Freire, Maria R. (2012): Russian foreign policy towards ist neighbourhood. In: Kanet, Roger E.; Freire, Maria Raquel; Kirschbaum, Stanislaw (Hrsg.) (2012): Competing for Influence: the EU and Russia in post-sowjet Eurasia. In: Central and East European Studies, Nr. 2, International Council for Central and East European Studies (ICCEES), Republic of Letters, Dordrecht, S. 13-30.

Fröhlich, Stefan; von Bredow, Wilfried (Hrsg.) (2008): Die Europäische Union als globaler Akteur, eine Einführung. Lehrbuch, Studienbücher Außenpolitik und Internationale Beziehungen, Verlag für Sozialwissenschaften, 1. Auflage, Wiesbaden.

- Gabanyi, Ute A.** (2004): Die Republik Moldau im Kontext der Neuen EU-Nachbarschaftspolitik. In: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit (Hrsg.), SWP-Studie, Nr. 46, abrufbar unter: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2004_S46_gbn_ks.pdf (letzter Zugriff: 25.12.15).
- Gabanyi, Ute A.** (2007): Die Initiative „Schwarzmeersynergie“: Die EU plant den Ausbau ihrer regionalen Zusammenarbeit. In: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit (Hrsg.), SWP-Aktuell, Nr. 29, abrufbar unter: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2007A29_gbn_ks.pdf (letzter Zugriff: 25.12.15).
- Gänzle, Stefan** (2009): EU Governance and the European Neighbourhood Policy, A Framework for Analysis. In: Europe-Asia Studies, Vol. 61, Nr. 10, S. 1715-1734, abrufbar unter: https://www.researchgate.net/profile/Stefan_Gaenzle/publications (letzter Zugriff: 25.12.15).
- Gawrich, Andrea; Melnykovska, Inna; Schweickert, Rainer** (2010): Neighbourhood Europeanization through ENP, The Case of Ukraine. In: Journal of Common Market Studies, Vol. 48, Nr. 5, S. 1209-1235, abrufbar unter: http://www.researchgate.net/publication/45140362_Neighbourhood_Europeanization_through_ENP_The_Case_of_Ukraine (letzter Zugriff: 25.12.15).
- Gheorghiu, V.** (2003): Institutional framework of the Republic of Moldova accession to the European Union. In: Institute of Public Policy (Hrsg.), abrufbar unter: <http://www.ipp.md/libview.php?l=en&idc=167&id=493> (letzter Zugriff: 02.01.16).
- Government of Moldova** (2010): Rethink Moldova: Priorities for Medium Term Development of the Republic of Moldova. Report for the Consultative Group Meeting in Brussels, abrufbar unter: <http://siteresources.worldbank.org/INTMOLDOVA/Resources/Rethink-Moldova-2010-2013-Final-edit-110310.pdf> (letzter Zugriff: 02.01.16).
- Government of Moldova** (2015a): Government: Cabinet Ministers. Abrufbar unter: <http://www.gov.md/ro/profiles/team> (letzter Zugriff: 02.01.16).
- Government of Moldova** (2015b): Gesetzesänderung über den garantierten Mindestlohn im realen Sektor. Abrufbar unter: <http://lex.justice.md/ru/333943/> (letzter Zugriff: 02.01.16).
- Grund, Manfred; Sieg, Hans Martin** (2008): Transformation, Konfliktbewältigung und Integration – die europäische Perspektive der Republik Moldau zwischen Georgienkrise und Parlamentswahlen. In: Integration, Vol. 31, Nr. 4, S. 403-412, abrufbar unter: http://iep-berlin.de/wp-content/uploads/2014/10/integration_08_04.pdf (letzter Zugriff: 02.01.16).

- Guicherd, Catherine** (2002): The Enlarged EU's Eastern border, Integration Ukraine, Belarus and Moldova in the European Project. In: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit (Hrsg.), SWP-Studie, abrufbar unter: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/research_papers/S20_02_sicher.pdf (letzter Zugriff: 02.01.16).
- International Monetary Fund** (2004): Economic Growth and Poverty Reduction Strategy Paper (2004-2006). Government of the Republik of Moldova (Hrsg), Chişinău, abrufbar unter: <https://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2004/cr04395.pdf> (letzter Zugriff: 02.01.16).
- International Organization for Migration** (2012): Extended Migration Profile of the Republic of Moldova. Chişinău, abrufbar unter: http://publications.iom.int/system/files/pdf/285_migration_2007-2012_en.pdf (letzter Zugriff: 02.01.16).
- International Organization for Migration mission to Moldova; European Commission Food Security Programme Office in Moldova; International Monetary Fund Office in Moldova** (2004): Migration and Remittances in Moldova. Report by CBS-AXA Consultancy, abrufbar unter: http://www.iom.md/materials/6_migration_remittances.pdf (letzter Zugriff: 02.01.16)
- Institute for Public Policy** (2007): European Strategy of the Republic of Moldova (updated version). Abrufbar unter: <http://www.ipp.md/libview.php?l=en&idc=167&id=524> (letzter Zugriff: 02.01.16).
- Irmer, Sven-Joachim; Mreyen, Lukas** (2013): Allianz für die Europäische Integration gescheitert. In: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (Hrsg.), Länderbericht, abrufbar unter: <http://www.kas.de/moldau/de/publications/33755/> (letzter Zugriff: 02.01.16).
- Irmer, Sven-Joachim; Wolf, Theodor** (2014): Das Assoziierungsabkommen zwischen der Republik Moldau und der Europäischen Union ist unterschrieben, Sicherung von Frieden, Stabilität und Wohlstand. In: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (Hrsg.), Länderbericht, abrufbar unter: <http://www.kas.de/wf/de/33.38266/> (letzter Zugriff: 02.01.16).
- Kellermann, Florian** (2015): Republik Moldau, Selbstbedienungsladen für Oligarchen. In: Deutschlandfunk, 29.09.2015, abrufbar unter: http://www.deutschlandfunk.de/republik-moldau-selbstbedienungsladen-fuer-oligarchen.795.de.html?dram:article_id=332437 (letzter Zugriff: 26.12.15).
- Klußmann, Uwe** (2009): Republik Moldau, Letzte Oase für Sowjetnostalgiker. In: Spiegel Online, 29.03.2009, abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/republik-moldau-letzte-oase-fuer-sowjetnostalgiker-a-615885.html> (letzter Zugriff: 26.12.15).

- Koopmann, Martin** (2006): Die Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union: Herausforderungen und Probleme eines anspruchsvollen Politikkonzeptes. In: Koopmann, Martin; Lequesne, Christian (Hrsg.) Partner oder Beitrittskandidat? Die Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union auf dem Prüfstand. Schriften zur europäischen Politik, Wirtschaft und Kultur, Denkart Europa, Nomos Verlag, Baden-Baden, S. 17-30.
- Koopmann, Martin; Lequesne, Christian** (2006): Einleitung. In: Koopmann, Martin; Lequesne, Christian (Hrsg.) Partner oder Beitrittskandidat? Die Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union auf dem Prüfstand. Schriften zur europäischen Politik, Wirtschaft und Kultur, Denkart Europa, Nomos Verlag, Baden-Baden, S. 11-15.
- Korosteleva, Elena** (2010): Moldova's European Choice: 'Between Two Stools'? In: Europe-Asia Studies, Vol. 62, Nr. 8, S. 1267-1289, abrufbar unter: <http://dx.doi.org/10.1080/09668136.2010.504383> (letzter Zugriff: 02.01.16).
- Korosteleva, Elena** (2012): European Union and it's Eastern Neighbors – towards a more ambitious partnership? Routledge, New York.
- Kratochvil, Petr; Tulmets, Elsa** (2010): Constructivism and Rationalism in EU External Relations, The Case of the European Neighbourhood Policy, 1. Auflage, Nomos Verlag, Baden-Baden.
- Kozub, Magdalena** (2011): The European Union – A Normative Power Actor. In: Bachmann, Klaus; Stadtmüller, Elzbieta (Hrsg.): The European Union's Neighbourhood Challenge – Transborder Cooperation, Migration and Europeanization, Wydawnictwo Uniwersytetu Wrocławskiego, Wrocław, S. 19-36.
- Lang, Kai-Olaf; Lippert, Barbara** (2015): Optionen der EU für den Umgang mit Russland und den östlichen Partnerländern: ‚kooperative Konfrontation‘ als Richtschnur über den Riga-Gipfel hinaus. In: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit (Hrsg.), SWP-Aktuell, Nr. 43, Berlin, abrufbar unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-431275> (letzter Zugriff: 02.01.16).
- Langbein, Julia** (2013): Die Europäische Nachbarschaftspolitik, „One size fits all“ oder differenzierte Strategie? In: Stratenschulte, Eckhart D. (Hrsg.): Grenzen der Integration: Europas strategische Ansätze für die Nachbarregionen, Nomos Verlag, Baden-Baden, S. 29-53.
- Langbein, Julia; Börzel, Tanja A.** (2013): Introduction, Explaining Policy Change in the European Union's Eastern Neighbourhood. In: Europe-Asia Studies, Vol. 65, Nr. 4, S. 571-580, abrufbar unter: http://www.researchgate.net/publication/263038326_Introduction_Explaining_Policy_Change_in_the_EU%27s_Eastern_Neighbourhood (letzter Zugriff: 02.01.16).
- March, James G.; Olsen, Johan P.** (1989): Rediscovering Institutions, The Organizational Basis of Politics. Free Press, 2. Auflage, New York.

- Makarychev, Andrey** (2011): Neighbourhood and Soft Power on Europe's Doorstep, Russia, Ukraine, Moldova. In: Bachmann, Klaus; Stadtmüller, Elzbieta (Hrsg.): The European Union's Neighbourhood Challenge – Transborder Cooperation, Migration and Europeanization, Wydawnictwo Uniwersytetu Wrocławskiego, Wrocław, S. 109-129.
- Mayer, Sebastian** (2004): Die EU als weltpolitischer Akteur, Anmerkungen zum Forschungsstand. In: WeltTrends, Nr. 24, S. 65-77.
- Meister, Stefan** (2011): A turning point for Moldova? A challenge for the EU and Moldova. In: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (Hrsg.), DGAPanalyse kompakt, Nr. 3, Berlin, abrufbar unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-380759> (letzter Zugriff: 02.01.16).
- Ministry of Foreign Affairs of Pridnestrovian Moldovan Republic** (2015): About Republic: Country Overview. Abrufbar unter: http://mfa-pmr.org/en/about_republic (letzter Zugriff: 02.01.16).
- Missiroli, Antonio** (2008): The ENP five years on, looking backward – and forward. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Paper for the conference „The EU and its Neighbours: in search for new forms of partnership“, abrufbar unter: <http://www.emmanouilidis.eu/download/Missiroli-The-ENP-five-years-on.pdf> (letzter Zugriff: 03.01.16).
- Muravska, Tatyana; Berlin, Alexandre** (2014): The Eu-Eastern partnership countries, association agreements and transdisciplinarity in Studies, training and research. In: Baltic Journal of European Studies. Vol. 4, Nr. 2, S. 134-149.
- Nye, Joseph S.** (2004): Soft Power: The Means to Success in World Politics – The Changing Nature of Power. In: Public Affairs, New York. S. 1-32.
- Octavian, Ticu** (2014): Russia and the territorial integrity in the post-soviet: new reality, old paradigm? In: Institute for Development and Social Initiatives Viitorul (Hrsg.), Moldova's Foreign Policy Statewatch, Nr. 78, Chişinău, abrufbar unter: <http://www.viitorul.org/newsview.php?l=en&idc=132&id=4384&t=/NEWS-IDIS-EVENTS/Octavian-Ticu-Russia-and-the-territorial-integrity-in-the-post-Soviet-new-reality-old-paradigm> (letzter Zugriff: 02.01.16).
- Olsen, Johan P.** (2002): The Many Faces of Europeanization. In: Journal of Common Market Studies, Nr. 12, abrufbar unter: http://www.researchgate.net/publication/4763990_The_Many_Faces_of_Europeanization (letzter Zugriff: 02.01.16).
- Pagung, Sarah** (2014): Richtungsentscheidung in Moldau, Implikationen für europäische und deutsche Außenpolitik. In: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (Hrsg.), DGAPkompakt, Nr. 15, Berlin, abrufbar unter: <https://dgap.org/de/think-tank/publikationen/dgapkompakt/richtungsentscheidung-moldau> (letzter Zugriff: 02.01.16).

- Paiano, Max** (2011): The Civilian Power Next Door, Conditionality and the European Neighbourhood Policy. In: Bachmann, Klaus; Stadtmüller, Elzbieta (Hrsg.): The European Union's Neighbourhood Challenge – Transborder Cooperation, Migration and Europeanization, Wydawnictwo Uniwersytetu Wrocławskiego, Wrocław, S. 37-63.
- Phinnemore, David** (2006): Moldova: a step too far for EU enlargement? Arbeitspapier des ECPR, 3rd Pan-European Conference on EU Politics, Bilgi University, Istanbul, abrufbar unter: <http://www.jhubc.it/ecpr-istanbul/virtualpaperroom/031.pdf> (letzter Zugriff: 02.01.16).
- Polownikow, Alexandra** (2012): Die Zollunion zwischen Belarus, Kasachstan und Russland – Motive, Entwicklungen und Perspektiven. In: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit (Hrsg.), Forschungsgruppe Russland/GUS, SWP-Arbeitspapier, abrufbar unter: http://www.swp-berlin.org/de/publikationen/produkt-detail/article/die_zollunion_zwischen_belarus_kasachstan_und_russland.html (letzter Zugriff: 03.01.16).
- Popescu, Nicu** (2004): Europeanization and Conflict Resolution, A View from Moldova. In: European Center for Minority Issues (Hrsg.), Journal of Ethnopolitics and Minority Issues in Europe, Nr. 1, abrufbar unter: http://www.ecmi.de/fileadmin/downloads/publications/JEMIE/2004/1_2004Comment02.pdf (letzter Zugriff: 03.01.16).
- Raabe, Stephan; Böllig Anna K.** (2009): Europa geht auf den Osten zu: das Konzept der ‚Östlichen Partnerschaft‘ konkretisiert sich. In: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (Hrsg.), Länderbericht, abrufbar unter: http://www.kas.de/wf/doc/kas_15483-544-1-30.pdf?090115132350 (letzter Zugriff: 02.01.16).
- Racz, Andras** (2014): Moldova's European Choice is not yet consolidated. In: The Finnish Institute of International Affairs (Hrsg), Kommentar, Nr. 21, Helsinki, abrufbar unter: http://www.fiia.fi/en/publication/465/moldova_s_european_choice_is_not_yet_consolidated/ (letzter Zugriff: 02.01.16).
- Radio Free Europe, Radio Liberty** (2003): Newline – April 23, 2001. Abrufbar unter: <http://www.rferl.org/content/article/1142388.html> (letzter Zugriff: 05.01.16).
- Raik, Kristi** (2012): Moldova deserves more from the EU. In: The Finnish Institute of International Affairs (Hrsg.), Kommentar, Nr. 5, Helsinki, abrufbar unter: http://www.fiia.fi/en/publication/252/moldova_deserves_more_from_the_eu/ (letzter Zugriff: 02.01.16).
- Regierung der Russischen Föderation** (1999): Mittelfristige Strategie für die Entwicklung der Beziehungen zwischen Russland und der Europäischen Union: Vorlage der Russischen Regierung auf dem Gipfel in Helsinki am 22. Oktober 1999. Abrufbar unter: <http://www.ieras.ru/journal/journal1.2000/9.htm> (letzter Zugriff: 06.01.16).

- Rinnert, David** (2013): Die Republik Moldau in der Östlichen Partnerschaft: Vom ‚Musterschüler‘ zum ‚Sorgenkind‘? In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Perspektive, abrufbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/id-moe/10185.pdf> (letzter Zugriff: 02.01.15).
- Risse, Thomas** (2003): Konstruktivismus, Rationalismus und Theorien Internationaler Beziehungen – warum empirisch nichts so heiß gegessen wird, wie es theoretisch gekocht wurde. In: Hellmann, Gunther; Wolf, Klaus D.; Zürn, Michael (Hrsg.): Forschungsstand und Perspektiven der Internationalen Beziehungen in Deutschland, Nomos Verlag, Baden-Baden, S. 99-133.
- Sakwa, Richard** (2008): ‘New Cold War’ or twenty years’ crisis? Russia and international politics. In: International Affairs, Vol. 84, Nr. 2, S. 241-267, abrufbar unter: <http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/inta.2008.84.issue-2/issuetoc> (letzter Zugriff: 02.01.16).
- Schimmelfennig, Frank; Engert, Stefan; Knobel, Heiko** (2003): Europäisierung in Osteuropa, Reaktionen auf die demokratische Konditionalität. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Vol. 32, Nr. 3, S. 321-337, abrufbar unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-60372> (letzter Zugriff: 03.01.16).
- Schimmelfennig, Frank; Sedelmeier, Ulrich** (2002): Theorizing EU enlargement, research focus, hypotheses, and the state of research. In: Journal of European Public Policy, Vol. 9, Nr. 4, S. 500-528, abrufbar unter: <http://citeseerx.ist.psu.edu/viewdoc/download?doi=10.1.1.490.1647&rep=rep1&type=pdf> (letzter Zugriff: 03.01.16).
- Schimmelfennig, Frank; Sedelmeier, Ulrich** (2005): The Europeanization of Central and Eastern Europe. Cornell University Press, Ithaca.
- Schneider-Deters, Winfried; Schulze, Peter W.; Timmermann, Heinz** (2008): Die Europäische Union, Russland und Eurasien: Die Rückkehr der Geopolitik. Berliner Wissenschafts-Verlag (BWV), Berlin.
- Schwengsbier, Jutta; Chiochina, Simion**: Moldauer dürfen visafrei in die EU reisen. In: Deutsche Welle (DW), 28.04.2014, abrufbar unter: <http://dw.com/p/1BoZF> (letzter Zugriff: 26.12.15).
- Sedelmeier, Ulrich** (2011): Europeanization in New Member and Candidate States. In: Living Review of European Governance, Vol. 6, Nr. 1, abrufbar unter: <http://www.livingreviews.org/lreg-2011-1> (letzter Zugriff: 04.01.16).
- Sieg, Hans Martin** (2012): Der Transnistrienkonflikt nach den Präsidentschaftswahlen in Russland, Moldau und Tiraspol: Politische Perspektiven und strategische Ansätze. In: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.(Hrsg.), Länderbericht, abrufbar unter: http://www.kas.de/wf/doc/kas_31198-1522-1-30.pdf?120531122640 (letzter Zugriff: 03.01.16).

- Sieg, Martin; Kulminski, Vladislav** (2014): Moldova at a Crossroads: Why an Association Agreement with the EU matters more than ever. In: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V (Hrsg.), DGAPkompakt, Nr. 8, Berlin, abrufbar unter: <https://dgap.org/en/article/getFullPDF/25417> (letzter Zugriff: 03.01.16).
- Sieg, Martin; Rolofs, Oliver** (2013): Frostige Zeiten - Auf dem Weg auseinander? Putins Russland und der Westen. In: Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (Hrsg.), Internationale Politik, Ausgabe: März/April, S. 94-101, abrufbar unter: <https://zeitschrift-ip.dgap.org/de/article/getFullPDF/23425> (letzter Zugriff: 03.01.16).
- Stemmer, Anna** (2011): Die Republik Moldau und die Migration: Risiken und Chancen für die Europäische Union. In: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Auslandsinformationen, Berlin, Nr. 9/10, S. 42-61, abrufbar unter: http://www.kas.de/wf/doc/kas_28724-544-1-30.pdf?120321132648 (letzter Zugriff: 03.01.16).
- Stratenschulte, Eckhart D.; Priesmeyer-Tkocz, Weronika** (2013): Vilnius – Sackgasse oder Kopfbahnhof, Die Östliche Partnerschaft vor dem Neuanfang. In: Stratenschulte, Eckhart D.(Hrsg.): Grenzen der Integration: Europas strategische Ansätze für die Nachbarregionen, Nomos Verlag, Baden-Baden, S. 55-78.
- Tchakarova, Velina** (2010): Zwischeneuropa im Spannungsfeld außen- und sicherheitspolitischer Interessen der EU und Russlands. In: Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik, Fokus, Nr. 3, abrufbar unter: http://www.aies.at/download/2010/AIES-Fokus-2010_03.pdf (letzter Zugriff: 27.12.15).
- Tirigan, Sergiu** (o.J.): Rural development: issues and perspectives for Moldova. Abrufbar unter: <http://www.sfpa.sk/v4talkseast/static/pdf/v4docs-6.pdf> (letzter Zugriff: 04.01.16).
- Tolstrup, Jakob** (2012): Cross-conditionality in a Common Neighbourhood, Russia and the EU Competing for Influence in Moldova, Ukraine and Belarus. In: Kanet, Roger E.; Freire, Maria Raquel; Kirschbaum, Stanislaw (Hrsg.): Competing for Influence: the EU and Russia in post-sowjet Eurasia, Central and East European Studies, Nr. 2, International Council for Central and East European Studies (ICCEES), Republic of Letters, Dordrecht, S. 55-77.
- Transparency International** (2015): Corruption Perception Index 2014: Results. Abrufbar unter: <https://www.transparency.org/cpi2014/results> (letzter Zugriff: 04.01.16).
- Tugui, Eduard** (2013): Internationalization Equation, Transnistrian Conflict and the Republic of Moldova European Integration. In: Institute for Development and Social Initiatives Viitorul (Hrsg.), Moldova's Foreign Policy Statewatch, Nr. 68, Chişinău, abrufbar unter: <http://viitorul.org/newsview.php?l=en&idc=132&id=4201&t=/NEWS-IIS-EVENTS/Internationalization-equation-Transnistrian-conflict-and-the-Republic-of-Moldova-European-Integration> (letzter Zugriff: 04.01.16).

United Nations Development Programme (2015): Human Development Reports: The Republic of Moldova. abrufbar unter: <http://hdr.undp.org/en/countries/profiles/MDA> (letzter Zugriff: 04.01.16).

Van de Water, Ina K. (2011): Das Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union (DCFTA), Potential für Reformen der ukrainischen Gesellschaft und die Modernisierung der ukrainischen Wirtschaft. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Studie, abrufbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/id/08359.pdf> (letzter Zugriff: 28.12.15).

Vitu, Liliana (2004): Foreign affairs of the Republic of Moldova – Does Moldova’s Eastern orientation inhibit its European aspirations? In: Institute of Public Policy (Hrsg.), Policy Analyses, abrufbar unter: <http://pdc.ceu.hu/archive/00002608/> (letzter Zugriff: 04.01.16).

Vobruba, Georg (2007): Expansion ohne Erweiterung, Die EU-Nachbarschaftspolitik in der Dynamik Europas. In: Osteuropa, Vol. 57, Nr. 2-3, S. 7-20, abrufbar unter: <http://www.zeitschrift-osteuropa.de/site/assets/files/2291/oe070201.pdf> (letzter Zugriff: 04.01.16).

World Bank (2015a): World Development Indicators: Moldova. Abrufbar unter: <http://data.worldbank.org/country/moldova> (letzter Zugriff: 04.01.16).

World Bank (2015b): Poverty headcount ratio at national poverty lines (% of population): Republic of Moldova. Abrufbar unter: <http://data.worldbank.org/indicator/SI.POV.NAHC/countries/MD-UA-BY-GE-AM-AZ?display=graph> (letzter Zugriff: 04.01.16).

Zabarah, Dareg A. (2011): Nation- and Statehood in Moldova: Ideological and political dynamics since 1980s. Balkanologische Veröffentlichungen, Nr. 53, Harassowitz Verlag, Wiesbaden.

Dokumentenverzeichnis

European Union External Action Service (2005): EU/Moldova Action Plan. Abrufbar unter: http://eeas.europa.eu/enp/pdf/pdf/action_plans/moldova_enp_ap_final_en.pdf (letzter Zugriff: 04.01.16).

European Union External Action Service (2015a): Euro-Mediterranean Partnership (EUROMED). Abrufbar unter: http://eeas.europa.eu/euromed/index_en.htm (letzter Zugriff: 28.12.15).

European External Action Service (2015b): The Role of the EU Delegation. Abrufbar unter: http://eeas.europa.eu/delegations/moldova/about_us/delegation_role/index_en.htm (letzter Zugriff: 04.01.16).

European Union External Action Service (2015c): EUBAM: Who we are. Abrufbar unter: <http://eubam.org/who-we-are/> (letzter Zugriff: 06.01.16).

Europäische Kommission (1998a): PCA with Moldova enters into force. Pressemitteilung, Nr. 582, 30.06.1998, Brüssel, abrufbar unter: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-98-582_en.htm (letzter Zugriff: 04.01.16).

Europäischer Kommission (1998b): Partnership and Cooperation Agreement between the European Communities and their Member States and the Republic of Moldova. ABl. EU 1998 L 181, S. 3-48.

Europäische Kommission (1998c): Erste Tagung des Kooperationsrates zwischen der Europäischen Union und der Republik Moldau. Pressemitteilung, Nr. 390, 14.07.1998, Brüssel, abrufbar unter: http://europa.eu/rapid/press-release_PRES-98-249_de.htm (letzter Zugriff: 06.01.16).

Europäische Kommission (2003): Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament, Größeres Europa – Nachbarschaft: Ein neuer Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Nachbarn. KOM(2003) 104 endgültig, 11.03.2003, Brüssel, abrufbar unter: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52003DC0104&rid=1> (letzter Zugriff: 04.01.16).

Europäische Kommission (2004): Mitteilung der Kommission, Europäische Nachbarschaftspolitik, Strategiepapier. KOM(2004) 373 endgültig, 12.5.2004, Brüssel, abrufbar unter: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52004DC0373&rid=1> (letzter Zugriff: 04.01.16).

Europäische Kommission (2007a): Die erste ‚Gemeinsame Visumstelle‘ der EU wird in Moldau eröffnet. Pressemitteilung, Nr. 561, 25.04.2007, Brüssel, abrufbar unter: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-07-561_de.pdf (letzter Zugriff: 04.01.16).

Europäische Kommission (2007b): Mitteilung an das Europäische Parlament und den Rat, Für eine starke Europäische Nachbarschaftspolitik. KOM(2007) 774 endgültig, 05.12.2007, Brüssel, abrufbar unter: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52007DC0774&rid=1> (letzter Zugriff: 06.01.16).

Europäische Kommission (2008a): Mitteilung an das Europäische Parlament und den Rat, Östliche Partnerschaft. KOM(2008) 823 endgültig, 03.12.2008, Brüssel, abrufbar unter: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52008DC0823&rid=1> (letzter Zugriff: 04.01.16)

Europäische Kommission (2008b): Mitteilung an das Europäische Parlament und den Rat, Umsetzung der Europäischen Nachbarschaftspolitik im Jahr 2007. KOM(2008) 164 endgültig, 03.04.2008, Brüssel, abrufbar unter: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52008DC0164&rid=1> (letzter Zugriff: 04.01.16).

Europäische Kommission (2008c): Commission staff working document – Accompanying the Communication from the Commission to the Council and the European Parliament – ‘Implementation of the European neighbourhood policy in 2007’ – Progress Report Moldova. SEC(2008) 399, 03.04.2008, Brüssel, abrufbar unter: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/HTML/?uri=CELEX:52008SC0399&qid=1448634052344&from=EN> (letzter Zugriff: 04.01.16).

Europäische Kommission (2010): European Commission launches visa dialogue with Moldova. Pressemitteilung, Nr. 736, 15.06.2010, Brüssel, abrufbar unter: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-10-736_en.htm (letzter Zugriff: 04.01.16).

Europäische Kommission (2015): Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung, Twinning. Abrufbar unter: http://ec.europa.eu/europeaid/where/neighbourhood/overview/twinning_en.htm (letzter Zugriff: 04.01.16).

Europäische Kommission; Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik (2011): Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, Eine neue Antwort auf eine Nachbarschaft im Wandel. KOM(2011) 303 endgültig, 25.05.2011, Brüssel, abrufbar unter: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52011DC0303&rid=1> (letzter Zugriff: 04.01.16).

Europäische Kommission; Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik (2012): Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, Umsetzung einer neuen Europäischen Nachbarschaftspolitik. JOIN(2012) 14 final, 15.05.2012, Brüssel, abrufbar unter: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52012JC0014&rid=1> (letzter Zugriff: 04.01.16).

Europäische Kommission; Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik (2013): Joint Staff Working Document, Implementation of the European Neighbourhood Policy in Republic of Moldova Progress in 2012 and recommendations for action. SWD(2013) 80 final, 20.03.2013, Brüssel, abrufbar unter: http://eeas.europa.eu/enp/pdf/docs/2013_enp_pack/2013_progress_report_moldova_en.pdf (letzter Zugriff: 27.12.15).

Europäische Kommission; Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik (2014a): Joint Staff Working Document, Implementation of the European Neighbourhood Policy in the Republic of Moldova Progress in 2013 and recommendations for action. SWD(2014) 93 final, 27.03.2014, Brüssel, abrufbar unter: http://eeas.europa.eu/enp/pdf/2014/country-reports/moldova_en.pdf (letzter Zugriff: 27.12.15).

Europäische Kommission; Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik (2014b): Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, Umsetzung der Europäischen Nachbarschaftspolitik im Jahr 2014. JOIN(2015) 9 final, 25.03.2015, Brüssel, abrufbar unter: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52015JC0009&from=DE> (letzter Zugriff: 28.12.15).

Europäische Kommission (Hrsg); Prodi, Romano (2002): A Wider Europe - A Proximity Policy as the key to stability. Speech at the Sixth ECSA-World Conference, 'Peace, Security And Stability International Dialogue and the Role of the EU', Jean Monnet Project, 06.12.2002, Brüssel, abrufbar unter: http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-02-619_en.htm (letzter Zugriff: 04.01.16).

Europäische Kommission; Rat der Europäischen Union (1998): Beschluss vom 28.05.1998 über den Abschluß des Abkommens über Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Moldau andererseits. ABl. EG 1998 L 181, S. 1-2.

Europäisches Parlament (1993): Schlussfolgerungen des Vorsitzes – Europäischer Rat, 21. und 22. Juni 1993, Kopenhagen, abrufbar unter: http://www.europarl.europa.eu/summits/copenhagen/co_de.pdf (letzter Zugriff: 04.01.16).

Europäisches Parlament (2010): Rückübernahmepolitik der Europäischen Union. In: Generaldirektion Interne Politikbereiche, Politische Abteilung C: Bürgerrechte und konstitutionelle Fragen, Brüssel, abrufbar unter: [http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/etudes/join/2010/425632/IPOL-LIBE_ET\(2010\)425632_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/etudes/join/2010/425632/IPOL-LIBE_ET(2010)425632_EN.pdf) (letzter Zugriff: 04.01.16).

Europäischer Rat (2003): Ein sicheres Europa in einer besseren Welt, Europäische Sicherheitsstrategie.12.12.2003, Brüssel, abrufbar unter: <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/031208ESSIIDE.pdf> (letzter Zugriff: 04.01.16).

Europäischer Rat (2004): Vertrag über eine Verfassung für Europa. ABl. EU 2004 C 310, S. 3-474.

Europäischer Rat (2014): Association Agreement between the European Union and the European Atomic Energy Community and their Member States, of the one part, and the Republic of Moldova, of the other part. ABl. EU 2014 L 260, S. 4-738.

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss (2008): Stellungnahme zu dem Thema Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Republik Moldau: Welche Rolle kommt der organisierten Zivilgesellschaft zu? ABl. EU 2008 C 120, S. 89-95.

- Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (1997):** The Moscow Memorandum, On the Bases for Normalization of Relations Between the Republic of Moldova and Transdneistria. Abrufbar unter: <http://www.ucdp.uu.se/gpdatabase/peace/Mol%2019970508.pdf> (letzter Zugriff: 04.01.16).
- Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (1999):** Dokument von Istanbul, Gipfeltreffen von Istanbul. Abrufbar unter: <http://www.osce.org/de/mc/39571?download=true> (letzter Zugriff: 04.01.16).
- Rat der Europäischen Union (1996):** Verordnung (EG) Nr. 1488/96 des Rates vom 23. Juli 1996 über finanzielle und technische Begleitmaßnahmen (MEDA) zur Reform der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen im Rahmen der Partnerschaft Europa-Mittelmeer. ABl. EU 1996 L189, S. 1-9.
- Rat der Europäischen Union (1999a):** Gemeinsamer Standpunkt 1999/345/GASP vom 17.05.1999 – vom Rat aufgrund von Artikel 15 des Vertrags über die Europäische Union festgelegt – betreffend einen Stabilitätspakt für Südosteuropa. ABl. EU 1999 L 133, S. 1-2.
- Rat der Europäischen Union (1999b):** Verordnung (EG, EURATOM) Nr. 99/2000 des Rates vom 29. Dezember 1999 über die Unterstützung der Partnerstaaten in Osteuropa und Mittelasien. ABl. EU 1999 L 21, S. 1-9.
- Rat der Europäischen Union (2002):** Übermittlungsvermerk des Vorsitzes für die Delegationen – Europäischer Rat (Kopenhagen) Tagung vom 12. und 13. Dezember 2002, Schlussfolgerungen des Vorsitzes. 29.01.2003, Brüssel.
- Rat der Europäischen Union (2003a):** Übermittlungsvermerk des Vorsitzes für die Delegationen – Europäischer Rat (Thessaloniki) Tagung vom 16. und 17. Oktober 2003, Schlussfolgerungen des Vorsitzes. 25.11.2003, Brüssel.
- Rat der Europäischen Union (2003b):** Joint statement, EU-Russia-Summit, 300th anniversary of St. Petersburg – celebrating three centuries of common European history and culture. Pressemitteilung, Nr. 154, 31.05.2003, St. Petersburg, abrufbar unter: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/er/75969.pdf (letzter Zugriff: 06.01.16).
- Rat der Europäischen Union (2005a):** Gemeinsame Aktion 2005/265/GASP des Rates vom 23. März. 2005 zur Ernennung eines Sonderbeauftragten der Europäischen Union für die Republik Moldau. ABl. EU 2005 L 81, S. 50-52.
- Rat der Europäischen Union (2005b):** European Union's Border Mission to Moldova and Ukraine. 30.11.2005, Brüssel, abrufbar unter: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/HTML/?uri=URISERV:ps0002&from=EN> (letzter Zugriff: 04.01.16).

Rat der Europäischen Union (2008): Joint Declaration on a Mobility Partnerships between the European Union and the Republic of Moldova. 21.05.2008, Brüssel, abrufbar unter: http://eeas.europa.eu/delegations/moldova/documents/eu_moldova/joint_declaration_2008_en.pdf (letzter Zugriff: 04.01.16).

Rat der Europäischen Union (2009): Gemeinsame Erklärung des Prager Gipfeltreffens zur Östlichen Partnerschaft. Pressemitteilung, Nr. 78, 07.05.2009, Brüssel, abrufbar unter: <http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=DE&f=ST%208435%202009%20INIT> (letzter Zugriff: 04.01.16).

The Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation (2000): National Security Concept of the Russian Federation. Approved by Presidential Decree Nr. 24 of 10 January 2000, abrufbar unter: <http://archive.mid.ru//bdomp/ns-osndoc.nsf/1e5f0de28fe77fdcc32575d900298676/36aba64ac09f737fc32575d9002bbf31!OpenDocument> (letzter Zugriff: 04.01.16).

Vertrag über die Europäische Union (1992), ABl. EG 1992 C 191, S. 1-112; bzw. Mitteilung über das Inkrafttreten des am 7. Februar 1992 in Maastricht Unterzeichneten Vertrages über die Europäische Union, ABl. EU L 293, S. 61.

Vertrag über die Europäische Union (2012), Konsolidierte Fassung, ABl. EU 2012 C 326, S. 13-390.